

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 75. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Medien.

Für die heutige Sitzung, die mit vielen Gesprächen beginnt und deshalb einen relativ hohen Geräuschpegel mit sich bringt, haben sich **sieben Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir wie immer in das Protokoll aufnehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie darüber informieren, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 16. Dezember 2014 eine **Ergänzung der Tagesordnung** gemäß § 20 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung beantragen.

Als **neuer Tagesordnungspunkt 7** soll in die heutige Plenartagesordnung aufgenommen werden: die **zweite Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 16/5413** in der Fassung des **Neudrucks – Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**. Als **Redezeit** wird der **Block I** vorgeschlagen.

Ich lasse nun über diese Ergänzung und den Antrag zur Ergänzung abstimmen. Wer die Tagesordnung heute unter Tagesordnungspunkt 7 so ergänzen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis, mit dem wir den Antrag angenommen haben, die Tagesordnung des heutigen Plenartages um diesen neuen Tagesordnungspunkt 7 ergänzt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich in der Nummerierung entsprechend.

Die nunmehr neue und gültige Tagesordnung für den heutigen Tag wird gleich als aktuelle Tagesordnung im Netz abrufbar sein.

Damit treten wir ein in die Beratung der **heutigen Tagesordnung**. Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

1. und 2. Ergänzung
Drucksachen 16/6710
und 16/6990

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7600

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7609

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7616

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7617

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – GFG 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6502

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/6990

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7601

dritte Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt. Die Veränderungsnachweise liegen Ihnen ebenfalls vor.

Mit all diesen Hinweisen und Vorbemerkungen eröffne ich die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Laschet für die Fraktion der CDU das Wort. – Es wäre sehr schön, wenn es ein klein wenig ruhiger werden könnte.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten sind eine Chance, Ideen und Gedanken über die Zukunft des Landes auszutauschen; für die Regierung, einen Moment Rechenschaft abzulegen; für die Opposition die Gelegenheit, Forderungen zu formulieren, Alternativen aufzuzeigen, Unterschiede deutlich zu machen zwischen den fünf Fraktionen in diesem

Landtag und den Menschen zu erklären, was besser werden muss, wie die Möglichkeiten jedes Einzelnen in diesem Land verbessert werden können; eine Vision zu entwickeln, wie Nordrhein-Westfalen weg von den Abstiegsplätzen, hin zu den Spitzenplätzen in Deutschland kommt.

(Beifall von der CDU)

Wir haben diese Chance in der ersten Lesung genutzt; wir haben haushaltspolitisch Bilanz gezogen. Wir haben einen Gegenentwurf skizziert,

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

in dem wir deutlich gemacht haben, wie man Hindernisse für mehr Wachstum abschaffen kann. Wir haben deutlich gemacht, wie der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren sollte, und wir haben kritisiert. Denn nur wer Defizite benennt, kann besser werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb kann ich mir schon vorstellen, wie das gleich abläuft. Herr Römer, der SPD-Fraktionsvorsitzende, wird an das Pult treten und sagen:

(Zuruf von der SPD: Davon ist auszugehen!)

Herr Laschet, Sie reden das Land schlecht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Die Ministerpräsidentin wird sagen: Sie reden das Land schlecht. – Aber, meine Damen und Herren: Sie sind die Ministerpräsidentin. Sie sind nicht das Land!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Zeiten – das ist die alte Arroganz der Macht, die wir gerade erlebt haben –,

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Och!)

in denen jemand sagt: L'État, c'est moi – Der Staat bin ich –, sind vorbei. Wir diskutieren über den richtigen Weg in diesem Land. Vor der Frage stehen wir heute.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn wir auf unsere letzte Debatte zurückblicken,

(Thomas Marquardt [SPD]: Das war ein ganz schlechter Anfang!)

weiß man die Antwort auf die Frage: Was ist in diesem Land passiert, und was hat eigentlich deutschlandweit dazu geführt, dass schlecht über unser Land berichtet wurde?

(Zurufe von der SPD)

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt – ich zitiere –:

„In ihrer Not begann die Regierung ... mit einer sonderbaren Imagekampagne: Sie inszenierte das bevölkerungsreichste Bundesland konsequent als diffuse Insolvenzmasse. Nicht einmal Kaffee und Kekse konnte Rot-Grün Regierungsgästen in Zeiten der Haushaltssperre ... anbieten ...“

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Ooh! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

„Willkommen im selbsternannten Armenhaus der Republik!“

Dann lässt man sich in der „Bild“-Zeitung als Sieger des Tages feiern. Wenn dann ein anderer Ministerpräsident einer erfolgreichen Koalition aus Hessen sagt:

(Zuruf: Sachsen!)

„Der Patient liegt auf der Intensivstation“, ist man beleidigt und fragt: Wie kommt er dazu, unser Land zu kritisieren? – Sie selbst haben dieses Bild von einem insolventen Land gemalt. Lassen Sie solche PR-Gags, die unserem Land schaden und unser Land schlechtreden!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Zweites Beispiel: Man erlässt eine Haushaltssperre. Wann erlässt man normalerweise eine Haushaltssperre?

(Zuruf von der SPD)

Eine Haushaltssperre erlässt man nach einem Regierungswechsel, wenn die neue Regierung einige Ausgaben überprüfen will, oder dann, wenn man in einer Notlage ist. Aber keine Regierung dieser Erde erlässt eine Haushaltssperre bei blühendem Wachstum und sprudelnden Steuereinnahmen.

(Beifall von der CDU)

Also haben Sie mit dieser Haushaltssperre erneut belegt, dass Sie am Ende sind.

Vieles hat in der Haushaltssperre stattgefunden, worüber es längst Verträge gab. Ich bin ein großer Fan der Kölner Stunksitzung. Aber man fragt sich in der Tat: Warum muss in Zeiten einer Haushaltssperre für 14.000 € mitten im September vor halb-leeren Rängen in Brüssel eine Stunksitzung stattfinden, während andere Maßnahmen, ehrenamtliche Maßnahmen, plötzlich nicht mehr möglich sind? Das verstehen die Menschen nicht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

In der „Neuen Westfälischen“ war Ende November nachzulesen:

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch eine eigene Meinung?)

Seit 1998 ist Martin Fels ehrenamtlicher Helfer beim Kreis 74, der Straffälligenhilfe Bielefeld. In seiner Freizeit besucht er Gefangene, erledigt Behördengänge, unterstützt Unternehmen, Familien. Weit mehr als 1.000 km verfährt er mit seinem eigenen Auto zwischen den unterschiedlichen Hafthäusern der JVA Senne.

Er hat die Kosten dafür in Höhe von 350 € immer erstattet bekommen, und nun teilt man ihm ohne jede Vorwarnung mit: Wegen der Haushaltssperre kriegst du das Geld nicht mehr. Die Bitte um eine Ausnahmegenehmigung, die das Justizministerium an den Finanzminister gerichtet hat, wurde abgelehnt. Und das Justizministerium sagt dann:

„Das ist ein Problem ... Denn die Ehrenamtlichen sind ein sehr wichtiger Bestandteil der Justiz.“

Meine Damen und Herren, wie schon bei anderen Fällen: Bedauern ersetzt keine Verantwortung. Haushaltssperre trifft die Falschen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dieser Mensch will jetzt die Urkunde, die ihm der Minister 2013 feierlich übergeben hat, öffentlich versteigern, weil er sagt: Ich lege keinen Wert mehr auf Urkunden, ich will anerkannt bekommen, was ich in meinem Ehrenamt mache.

Das betrifft Tausende im Land, wo Haushaltssperre exakt die getroffen hat, die nicht rechtzeitig Verträge für Events, für Kongresse und anderes hatten, sondern sich darauf verlassen haben, dass das Land ihnen wenigstens die Kosten ersetzt, die sie durch ihr Ehrenamt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Da fragt man sich: Wer erzeugt denn dieses Bild im Land – nicht nur nach außen, nicht nur in den anderen Bundesländern, sondern hinein in das eigene Bundesland, bei den Menschen, die in diesem Land leben und sich einbringen wollen?

Das dritte Beispiel, wo Sie in den letzten 100 Tagen, gar nicht seit vier Jahren, sondern seit unserer letzten Debatte zum Haushalt ein schlechtes Bild erzeugt haben, sind die Bilder aus Burbach. Diese Bilder sind um die Welt gegangen. Die Menschen sehen Not und Elend in Syrien, im Irak, im Libanon, und dann wird aus Nordrhein-Westfalen übertragen, wie Menschen in Flüchtlingseinrichtungen behandelt worden sind. Solche Bilder reden unser Land schlecht, nicht eine Opposition, die das kritisiert!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann haben wir gemeinsam einen Flüchtlingsgipfel abgehalten. Wir haben Maßnahmen beschlossen,

wir haben als Opposition viele Vorschläge gemacht, was denn besser werden kann. Und jetzt erfahren wir in diesen Tagen: Alles das, was wir da beschlossen haben, zahlt Wolfgang Schäuble.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Alles, was auf diesem Flüchtlingsgipfel beschlossen worden ist, wird jetzt vom Bund bezahlt. Wir hatten es eigentlich so verabredet, dass wir vom Bund Zusatzgelder für die Kommunen benötigen, da diese in Nordrhein-Westfalen mehr als in anderen Ländern bezahlen müssen. So haben wir unseren Einsatz in Berlin verstanden. Aber von den 108 Millionen € landen nur 54 Millionen € bei den Kommunen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Falsch!)

Das ist erneut die klebrige Hand Ihrer schlechten Finanzpolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber wir kennen das. Wir haben zum Teil gemeinsam in der Großen Koalition dafür gestritten, dass die BAföG-Mittel übernommen werden. Wir haben hart dafür gerungen, dass diese 23 Milliarden €, die die Große Koalition in den nächsten Jahren ausgibt, für Schwerpunkte in Bildung und Wissenschaft eingesetzt werden.

Anschließend haben sich die Minister der Fachkonferenzen zusammengesetzt. Die Familienminister haben gesagt: Wir wollen auch, dass das Geld für Kitas mitverwandt wird. Dann ist aber am Ende entschieden worden: Nein, der Schwerpunkt soll Bildung und Wissenschaft sein. 278 Millionen € sollten dafür bereitstehen. Was ist das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen? – Diese 278 Millionen € finden Sie in diesem Haushalt nicht ausgewiesen. Sie sind versichert, Sie haben nicht die Prioritäten gesetzt, die wir in Berlin gemeinsam verabredet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann fangen Sie einen theoretischen Streit über die Frage an – es hilft den Menschen übrigens nicht weiter, wenn man über Kompetenzen streitet –: Wer ist zuständig für die Schulsozialarbeit? – Da muss Andrea Nahles, Sozialdemokratin, Herrn Priggen, Grüner, in einem Brief, der jetzt bekannt geworden ist, erklären, dass die Zuständigkeit für Schulsozialarbeit nicht beim Bund liegt,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

sondern eine Schnittstelle zwischen Schulen, Familien und Jugendhilfe ist. Das wird alles im Detail erläutert. Der Bund hat trotzdem 278 Millionen € durch die Übernahme der BAföG-Mittel gegeben, obwohl er dafür nicht zuständig ist. Aber unser Antrag, 100 Millionen € von diesen 278 Millionen € den Kommunen für Schulsozialarbeit zu geben, haben Sie abgelehnt. 49 Millionen € landen da. Sie haben sich auf Kosten der Kommunen bei dieser Haushaltsfrage bereichert!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das sind die Dinge, die unserem Land schaden, weil man in Berlin nicht mehr glaubt, dass das Geld, das der Bund den Ländern für die Kommunen gibt, auch tatsächlich bei denen landet. Sie verspielen Vertrauen für unser Land, indem Sie bei jeder einzelnen Maßnahme

(Widerspruch von den GRÜNEN)

immer das Geld für Ihre schlechte Haushaltspolitik nutzen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Unfassbar! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß, dass Sie das ärgert, insbesondere die Grünen. Nur, wir verabreden in Berlin etwas mit Sozialdemokraten. Und ich erwarte dann auch, dass es den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommt, wenn wir in Berlin für unsere Interessen kämpfen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünftes Beispiel zu der Frage: Wer schadet eigentlich durch seine Politik dem Bild Nordrhein-Westfalens in Deutschland? – Wir haben die Demonstration von Hooligans und Neonazis in Köln erlebt. Wie reagieren andere Länder? – Hamburg und Berlin haben direkt gedroht, das unterbinden zu wollen. Und die, die demonstrieren wollten, haben die Demonstration abgesagt. In Bayern wagen Hooligans gar nicht erst, Demonstrationen zu beantragen.

(Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

In Bayern wagt keiner, solche Gewaltdemonstrationen zu beantragen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

In Niedersachsen hat das Land zusammen mit der Stadt direkt reagiert, hat ein Verbot erlassen. Das ist dann, wie so häufig, von den Gerichten wieder aufgehoben worden. Dann ist es unter strengsten Auflagen auf einem ganz kleinen Platz mit Alkoholverbot und allem zu einer Demonstration gekommen, die weniger Teilnehmer hatte als die in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb sage ich: Das kann man nicht mit großen Sprüchen lösen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Sie machen doch alle nur große Sprüche dazu!)

Herr Jäger sagt: Ich trete den Neonazis auf die Stiefel. – Nein, Herr Jäger, die Neonazis sind in Nordrhein-Westfalen, in Köln, auf den Grundrechten her-

umgetrampelt, indem sie Polizeibeamte bekämpft haben!

(Beifall von der CDU)

Den Schaden, den diese Bilder aus Köln für unser Land Nordrhein-Westfalen bedeutet haben, hat die Zivilgesellschaft in Köln am letzten Sonntag wieder gutgemacht. Alle Parteien, die Karnevalisten, die „Höhner“, die „Bläck Fööss“ und der FC sind mit „Arsch huh!“ auf die Straßen gegangen und haben wiedergutmacht, was Sie durch Ihre Politik an schlechtem Image für Köln erzeugt haben!

(Anhaltender Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Endlich mal die CDU! Da warten wir seit 20 Jahren drauf! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist gut, dass die Menschen in diesem Land

(Unruhe – Glocke)

durch ihr persönliches Engagement wiedergutmachen, was Sie durch Organisationsversagen in Köln angerichtet haben. Wir haben eine starke Zivilgesellschaft, die dazu beiträgt, dass Köln anders wahrgenommen wird als das, was Herr Jäger uns acht Wochen vorher beschert hat.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Ein sechstes und letztes Beispiel ist die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Während an allen Stellen darüber nachgedacht wird, wie wir die Bürger entlasten können, beschließt Nordrhein-Westfalen: Wir erhöhen die Grunderwerbsteuer. Das Schönste dabei ist allerdings das, was sich der Finanzminister in dieser Woche in der „Rheinischen Post“ erlaubt hat. Er sagte – O-Ton –:

„Ich habe Verständnis für den Schritt der Regierungsfractionen.“

Jetzt wissen wir es: Es war nicht der Finanzminister, es war nicht die Regierung, sondern es waren Sie, die Abgeordneten. Sie, Herr Börschel, haben Herrn Walter-Borjans gedrängt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Das ist die These!

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Es waren die sozialdemokratischen Abgeordneten, die diese arme Regierung, welche die Grunderwerbsteuer gar nicht erhöhen wollte, dazu gedrängt haben, doch – bitte, bitte! – die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Wie man so Regierungsarbeit machen kann, ist mir unverständlich. Das Handwerk sagt dazu: Die geplante Anhebung der Grunderwerbsteuer stellt unterm Strich einen unnötigen weiteren Minusfaktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen dar. Die IHKs sagen: Potenzielle Investoren werden abgeschreckt. Das gefährdet die Quellen des Wohlstands für unser Land.

Wer so etwas beschließt und so vorgeht, der schadet dem Land, der redet das Land schlecht, der

macht das Land schlecht! Das ist unsere Kritik an dem, was Sie vortragen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wenn man sich in diesem Land engagiert, mag es zwar witzig sein, wenn Altbundeskanzler Gerhard Schröder in den PUA kommt, das Parlament ein bisschen abfällig behandelt und am Ende sagt: Ich bin bereit, zugunsten der Landeskasse auf meine Auslagen zu verzichten. Ich weiß, es ist eng hier. – Und der dpa-Ticker schreibt dann: Er bringt die Lacher auf seine Seite.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Land haben, wo Zeugen in Untersuchungsausschüssen sich nicht lustig machen über unser Land, sich nicht lustig machen über die Finanzpolitik dieser Regierung!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deshalb täten Sie unserem starken Bundesland einen großen Gefallen, wenn Sie in Ihrer Politik zu einer Kurskorrektur kämen und mit uns zusammen darüber nachdenken würden, wie man diesen Riesen, dieses wirtschaftsstarke Land entfesseln kann von all den Vorschriften, all der Bürokratie und all dem, was Chancen für unser Land hemmt.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Entfesselungskünstler!)

Ich glaube, dass unser Land ein Land mit Profil, mit Potenzial und mit Perspektiven ist. Deshalb kommt es mir darauf an, dass wir in unserem Land eine starke Wirtschaft mit mehr Wachstum haben, dass wir einen starken Staat haben, der nicht das zulässt, was in den letzten Wochen in diesem Land passiert ist, dass wir vor allem Aufstiegschancen für starke Menschen haben und in den Statistiken nicht immer hinten liegen.

(Beifall von der CDU)

Das kriegen Sie nicht hin mit dem Klein-Klein im Haushalt, mit vielen kleinen Kürzungsvorschlägen, sondern indem Sie die Wirtschaftskraft des Landes, die Einnahmesituation stärken.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Dass es Ihnen fremd ist, eine starke Wirtschaft zu unterstützen, verstehen wir ja. Aber das ist trotzdem die Antwort darauf. Jeder einzelne Arbeitsplatz, der in Nordrhein-Westfalen verloren geht, bedeutet Verlust an Wirtschaftskraft, Verlust an Steuereinnahmen und Erhöhung der Soziallasten für die Kommunen, weil die Wirtschaft erforderlich ist, um starke Arbeitsplätze zu haben.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das Schlimme ist: Wenn Sie nicht wüssten, dass es so ist, könnte man es Ihnen noch nachsehen. Aber die Studien liegen ja auf dem Tisch. Hätten wir nur das Wirtschaftswachstum von Bayern, hätten wir

jährlich 3,2 Milliarden € mehr in der Landeskasse. Wir könnten dann ganz anders in die Zukunft investieren. Da Sie es aber durch Tausende Maßnahmen, durch Bürokratie und Verordnungen, denen schwermachen, die in diesem Land etwas erwirtschaften wollen, liegen wir hinten. Das ist die einfache Analyse.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung selbst hat auf eine Große Anfrage der FDP Folgendes geantwortet:

Die grundlegenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden auf europäischer und bundespolitischer Ebene gestaltet. Sie sind für alle Bundesländer annähernd gleich.

Frau Kraft sagt dann immer, das liege am Strukturwandel von Kohle und Stahl. Das Argument, wir seien im Wirtschaftswachstum schwächer als die anderen, hören wir von den Sozialdemokraten seit 40 Jahren.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch auch!)

In der gleichen Antwort auf diese Anfrage sagt die Landesregierung:

Es war einmal anders. Zwischen 2007 und 2009 lagen wir besser. Wir lagen über dem Bundesschnitt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, und immer noch nicht begriffen, Herr Laschet!)

Es lag an der politischen Rahmenvoraussetzung der damaligen Regierung, die ermöglicht hat, dass es besser wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt werden Sie fragen: Was ist denn damit gemeint? Was können wir denn ändern? – Wir haben das schon letztes anhand zahlreicher Dokumente belegt.

Erstes Beispiel: Tariftreue- und Vergabegesetz. Wir haben jetzt einen bundesweiten Mindestlohn. Wir haben europäische Standards.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir haben bundesdeutsche Standards. Sie aber erzeugen Bürokratie mit Leuten, die in der Landesregierung damit beschäftigt sind, Vorschriften zu erdenken. In den Kommunen gibt es aber Leute, die damit arbeiten müssen.

(Jochen Ott [SPD]: Die haben aber kein Problem damit!)

Die großen Unternehmen haben große Abteilungen, die dafür zuständig sind, aber der kleine Handwerksmeister mit 20 Beschäftigten wird dadurch nur mit Bürokratie belastet, die dann am Ende wieder andere austragen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir schlagen Ihnen Folgendes vor: Schaffen Sie morgen dieses Gesetz ab, und nutzen Sie das Geld, das Sie jetzt für die Evaluierung planen, um beispielsweise in die Digitalisierung zu investieren. Dann gäbe es eine echte Zukunftschance für neue Arbeitsplätze und keine bürokratische Belastung derer, die bei uns tätig sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweites Beispiel: zusätzliches Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan. Das Ziel ist – wie beim ersten Gesetz auch – wieder richtig. Natürlich ist der Klimaschutz die große Aufgabe, aber Europa hat sich auf einen europaweiten Zertifikatehandel verständigt.

Obwohl Experten Ihnen sagen: „Lassen Sie das mit dem Kohleverstromungsverbot“, lassen Sie das immer noch weiter prüfen, Herr Remmel.

Der Wirtschaftsminister Gabriel hat zu Recht bei der Betriebsversammlung von Vattenfall vor wenigen Tagen gesagt:

Mit Blick auf die Versorgungssicherheit können wir nicht zeitgleich mit dem Ausstieg aus der Kernenergie auch noch mit dem politischen Ausstieg aus der Kohleverstromung beginnen.

Warum untersucht man dann weiter Ausstiege aus der Kohleverstromung? – Lassen Sie das einfach. Das sichert keine Arbeitsplätze, das schädigt Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche geführt. Der Gesamtbetriebsrat von RWE Power war bei mir. Der ver.di-Bundesvorsitzende engagiert sich inzwischen sogar in dieser Frage ebenso wie der Bezirksvorstand der IG BCE in Düsseldorf. Ich weiß gar nicht, ob Sie noch mit den Gewerkschaftern reden.

(Zuruf von Achim Tüttenberg [SPD])

Diese beschreiben Ihnen das doch. Die Bundesregierung – auch das sei kritisch angemerkt – hat jetzt beschlossen, zusätzlich 22 Millionen t CO₂ einzusparen. Daraufhin sagt der EU-Kommissar, diese deutsche Maßnahme schwäche erneut unseren Zertifikatehandel. Die Zertifikatepreise verfallen erneut, und mit diesen Zertifikaten werden neue Kohlekraftwerke in Polen und der Slowakei gebaut.

In dieser Lage unseres Landes würde ich für den letzten, den allerletzten und für jeden einzelnen Arbeitsplatz im Bereich der Braunkohle kämpfen. Denn das dient unserem Land, und das dient auch dem Klimaschutz.

(Beifall von der CDU)

Des Weiteren wird von der aus Nordrhein-Westfalen ins Bundeskabinett berufenen Umweltministerin darüber diskutiert, dass man von unserer Kraftwerkstechnologie, die eine Effizienzsteigerung von

31 % auf 48 % bewirken könnte und die in China eingesetzt werden könnte, wo Hunderte neuer Kohlekraftwerke gebaut werden, Abstand nehmen will und unsere Technologie ins Ausland exportiert wird.

Da fragt man sich doch: Sind wir noch zu retten, das in einer Lage zu tun, in der wir um dieses Industrieland und um Arbeitsplätze kämpfen und es denen, die etwas können, somit noch schwerer machen, ihren Beitrag zum Weltklima zu leisten?

(Beifall von der CDU)

Zu Ihrem Landesentwicklungsplan: Diese Vorgaben – das schildern Ihnen auch Ihre eigenen Kommunen, der Kölner Oberbürgermeister und andere – behindern die wirtschaftliche Entwicklung. Im Entwurf steht immer noch, langfristig sei das Ziel beim Flächenverbrauch Nettonull.

Nun habe ich gelesen, dass Sie sich über die schwarze Null lustig machen, die jetzt auf der Bundesebene erreicht ist.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das liegt daran, dass Sie sich gar nicht vorstellen können, ohne neue Schulden auszukommen. Wenn Sie über diese schwarze Null klagen, wäre es doch eine gute Maßnahme, die Nettonull herauszunehmen. Eine Nettonull heißt: null für neue Arbeitsplätze, null für neue Steuereinnahmen, null für wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land.

Wir brauchen in den boomenden Regionen Südwestfalens, des Münsterlandes, Ostwestfalens und am Niederrhein noch Erweiterungsmöglichkeiten, und diese dürfen Sie nicht bekämpfen. Denn damit schwächen Sie Arbeitsplätze in der Zukunft.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Was könnten Sie tun, um Arbeitsplätze der Zukunft jetzt zu sichern? – Sie könnten diese Arbeitsplätze sichern, indem Sie stärker in den Breitbandausbau investieren. Denn insbesondere die Arbeitsplätze in den Regionen, über die ich rede, befinden sich nicht in den großen Städten. Die neuen Unternehmen, die noch Arbeitsplätze ausbauen, befinden sich in unseren ländlichen Regionen.

Wenn Sie am Sonntag „WESTPOL“ gesehen haben, dann kennen Sie die Breitbandverfügbarkeit in Nordrhein-Westfalen. Da sehen Sie viele rote Flächen. Rot ist das Negative auf dieser Karte, grün sind die guten Stellen, wo es Breitbandverkabelung gibt.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist eine Grafik!)

In den Regionen liegen unsere Zukunftsarbeitsplätze. Deshalb: Investitionen jetzt! Folgen Sie den Anträgen, die wir vorgelegt haben, ein Evaluierungsprogramm zum Fördern durch die NRW.BANK, ein Referenzprojekt für das mobile Internet – das wären

Entscheidungen, die auch in Zukunft Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sichern. Dazu sind Sie nicht in der Lage.

(Beifall von der CDU)

Nun will ich nicht immer Bayern als Beispiel nehmen, wir nehmen einmal Baden-Württemberg.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nehmen Sie doch mal Sachsen! Haben Sie Sachsen gestrichen?)

In Baden-Württemberg hat Ministerpräsident Kretschmann eine Regierungserklärung zum Thema „Heimat, Hightech, Highspeed“ abgegeben. Er hat beschrieben, wie man Baden-Württemberg weiterentwickeln will. Warum hören wir eine solche Regierungserklärung eigentlich nicht von unserer Ministerpräsidentin?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir hören überhaupt keine Regierungserklärung von der Ministerpräsidentin. Wenn man nicht regiert, kann man natürlich auch nichts erklären.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber es wäre schön, wenn Sie sich ...

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, Ministerpräsidenten haben immer wieder – ob sie Rüttgers, Clement, Steinbrück, Johannes Rau hießen – Erklärungen zur Zukunft des Landes abgegeben, und zwar nicht nur am Tag nach ihrer Wahl, sondern auch während der Wahlperiode. Dieses Thema wäre dazu geeignet. Wir fordern Sie auf, einmal zu erklären, wie Sie sich das Land in der Zukunft vorstellen, anstatt im Funkloch zu stecken und zu den Themen des Landes nicht mehr Stellung zu nehmen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Da gibt es doch Beispiele.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ganz cleverer Anlauf!)

Wir haben fünf Schlüsselbranchen in Nordrhein-Westfalen, die auch der Wirtschaftsminister immer benennt:

Das Erste ist die Produktion. 18,4 % aller Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen sind im Industriesektor tätig, und zwar nicht nur in den Großkonzernen, sondern in 1.600 Unternehmen. 70 % davon haben weniger als 100 Mitarbeiter. Genau diese Unternehmen trifft die ganze Bürokratie. Die trifft all das, was ich eben beschrieben habe. Wenn wir sie davon befreien und auf diesen Produktionsteil unserer Industrie setzen, wenn wir vielleicht wie der Bund einen Normenkontrollrat einrichten, der mal durchforstet, welche überflüssigen Vorschriften wir haben, dann wäre schon viel gewonnen. Wenn ein

Beamter morgens ins Ministerium geht und sagt: „Welche Vorschrift könnte ich heute abschaffen?“, wäre das besser, als zu sagen: Welche erfinde ich heute, damit noch mehr Verordnungen ins Land geschickt werden?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das zweite Thema ist Energie. Das ist der zweite große Sektor, den auch der Wirtschaftsminister benennt. 240.000 Menschen arbeiten in dem Bereich. Deshalb sage ich: Neben dem magischen Dreieck – Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit – müssen wir in Nordrhein-Westfalen einen vierten Punkt hinzufügen, nämlich Arbeitsplätze. Bei drei Kraftwerken geht es eben nicht nur um ein einfaches Abschalten. Das schildern Ihnen die Leute des Gesamtbetriebsrats von RWE Power. Das hat Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft, das hat Auswirkungen auf den Bergbau, es betrifft Tausende Arbeitsplätze, die wir gleichermaßen in die Debatte einführen müssen wie die drei anderen Argumente. Das wäre etwas für eine Landesregierung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dritter großer Bereich: Logistik. In Nordrhein-Westfalen sind 284.000 Menschen in 21.000 Unternehmen in der Logistikbranche beschäftigt. Deshalb ist Verkehrsinfrastruktur für uns besonders wichtig. Deshalb ist es nicht gut, Herr Verkehrsminister, wenn der Landeshaushalt seit 2010 um 20 % angestiegen ist, die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur aber exakt gleich geblieben sind. Das ist nicht proportional. Verkehrspolitik ist heute Wirtschaftspolitik. Dazu gehört, die eigenen Hausaufgaben zu machen, in den Landesstraßenbau zu investieren und die bereitliegenden Bundesmittel abzurufen. Das ist Ihnen 2013 nicht gelungen. Jetzt haben Sie einen neuen Trick: Sie rufen beim Bund einfach weniger ab, und zwar nur noch 638 Millionen €. Das sind 97 Millionen € weniger als die Mittelzuweisungen des Vorjahres.

(Minister Michael Groschek: Quatsch! – Ministerin Barbara Steffens: Falsch gelesen!)

Ich sage Ihnen: Sie müssen an die Regierungszeit von CDU und FDP anknüpfen. Mehr als 700 ...

(Beifall von der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Nein! – Weitere Zurufe: Nein!)

– Natürlich sagen Sie Nein. Es ist doch völlig klar, dass Sie da Nein rufen.

(Minister Michael Groschek: Dummes Zeug!)

Aber die Menschen, die jeden Tag im Stau stehen, die sagen ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 2010 und 2012 haben die Menschen Nein gerufen! – Stefan Zimkeit [SPD]: Aber die interessieren ja nicht!)

– Es ist völlig klar, dass Sie da Nein rufen. Aber die Menschen, die jeden Tag im Stau stehen, die in Leverkusen nicht mehr über den Rhein fahren können, die Angst um Ihre Arbeitsplätze haben,

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

sagen: Ja, die CDU hat recht. Wir brauchen mehr Mittel in Infrastruktur. – Das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Sie haben doch die Mittel runtergefahren! Sie haben die Ingenieure abgebaut!)

Deshalb wird es wichtig sein, das umzusetzen, was Ihnen der Initiativkreis Ruhr geschrieben hat. Wir brauchen, um dem Aufbau Ost eine erfolgreiche Modernisierung des Ruhrgebiets folgen zu lassen und die Industrie der Region als Kraftpaket der deutschen Industrie zu erhalten, Investitionen. – Frau Ministerpräsidentin, diese Mittel sollten zweckgebunden nur für die Infrastruktur eingesetzt werden, sagt der Initiativkreis Ruhr, und eben nicht einfach in den Landeshaushalt fließen. Das schafft neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, und das sollten Sie ernst nehmen, wenn Ihnen die Unternehmen das sagen.

(Beifall von der CDU)

Ich habe einige Beispiele genannt,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh ja!)

wo man, wenn man sich darauf konzentrieren würde, Arbeitsplätze schaffen könnte. Dort könnte man Wirtschaftskraft schaffen und Menschen, die bei uns überdurchschnittlich stark in Hartz IV leben, Langzeitarbeitslosen, neue Perspektiven geben, indem man sich um Arbeitsplätze kümmert. Das führt am Ende auch zu Steuermehreinnahmen. Sie können Menschen, die von sozialen Sicherungssystemen leben, nur dort herausholen, indem Sie ihnen Arbeit geben und sie nicht alimentieren, sondern sie stark machen und sie in die Gesellschaft einbeziehen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall von der CDU)

Das setzt dann auch bei der Bildungspolitik an. Auch da kommt es darauf an, von den Schlusslichtplätzen wegzukommen. Ich will nicht, dass Nordrhein-Westfalen in jeder Untersuchung zur Abhängigkeit der schulischen Aufstiegsmöglichkeiten vom Elternhaus immer die geringste soziale Mobilität aufweist. Ich will echte Aufstiegschancen schon in der frühkindlichen Bildung über Ganztagsangebote haben. Wir dürfen nicht immer Schlusslicht sein, sondern müssen Nordrhein-Westfalen im Interesse jedes einzelnen Kindes nach oben bringen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Frau Löhrmann, die GEW hat Ihnen das doch gesagt. Da brauchen Sie doch gar nicht den Hinweis der CDU. Die GEW hat Ihnen doch gesagt: vier Jahre neue Schulden, und im Ergebnis hat sich in diesem Land für genau diese Gruppe, für die wir eintreten sollten, nichts verbessert – nichts.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen alle diese Bereiche angepackt werden. Reden Sie in diesen Tagen doch einmal mit Eltern, die unter diesem Vorgehen mit der Brechstange bei der Inklusionspolitik leiden. Reden Sie einmal mit den Eltern in ländlichen Regionen. Weil plötzlich Förderschulen wegfallen, sind Eltern dort in Sorge, ob ihre Kinder noch die gleiche qualitative Betreuung bekommen, die sie früher bekommen haben. Reden Sie doch mit den Menschen im Land. Dann wüssten Sie, dass die Dinge nicht optimal laufen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Daher brauchen wir einen neuen Anfang. Diese Problematik ist nicht durch runde Tische und Sonderparteitage lösbar, sondern, indem eine Regierung einfach einmal handelt. Sie sind seit vier Jahren im Amt, Frau Löhrmann. Machen Sie doch einfach. Machen Sie keine Resolutionen, runden Tische und Sonderparteitage. Verbessern Sie das G8. Das dient den Eltern mehr als solche Schauummern, die Sie andauernd veranstalten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Sie sind jetzt schon vier Jahre im Amt. Dann machen Sie doch.

(Jochen Ott [SPD]: Der Brandstifter ruft die Feuerwehr! – Unruhe von der SPD – Glocke)

Eine letzte Bemerkung zu dem Haushalt und den Schulden: Wir haben 140 Milliarden € Schulden. In den letzten 40 Jahren haben wir 130 Milliarden € Zinsen bezahlt. Wir haben heute einen extrem niedrigen Zinssatz und zahlen trotzdem noch 3,5 Milliarden € Zinsen. Das ist mehr als der gesamte Haushalt des Bau- und des Familienministeriums. Hätten wir dieses Geld zur Verfügung, weil wir nicht eine solche Schuldenlast hätten, könnten Sie an Zukunftschancen für die Menschen in diesem Land arbeiten.

Wir sind dazu bereit. Wir können die Menschen stärken und das Land nach vorne bringen. Sie machen das Land schlecht. Das ist heute die Stunde der Bewährung. Ihr hier vorliegender Haushalt wird die Chancen von Nordrhein-Westfalen und der Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter verschlechtern.

(Jochen Ott [SPD]: Ganz schlecht! Schlechte Rede!)

Deshalb sagen wir heute Nein zu diesem Haushalt und Ja zu einem Neuanfang für unser Land. – Vielen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU – Langanhaltender Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Oppositionsführer,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

lieber Kollege Laschet,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

eines muss ich Ihnen wirklich lassen: Sie haben ein unnachahmliches Talent, Ihren Zuhörern ein Land vorzugaukeln, das zwar wie Nordrhein-Westfalen anmutet, tatsächlich aber nur in Ihren parteipolitischen Fantasien existiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Glück des Landes und im Unterschied zu Ihrer Märchenstunde, Herr Laschet, haben diejenigen, denen das Land am Herzen liegt, eine Mehrheit in diesem Haus,

(Klaus Kaiser [CDU]: Arroganz!)

während diejenigen, die das Land schlechtreden, was Sie gerade wieder getan haben, von den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens gleich zwei Mal in vier Jahren auf die Oppositionsbänke verbannt wurden – zu Recht, meine Damen und Herren. Das hat Ihre Rede gerade gezeigt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben ja zum Haushalt außer Nein nichts gesagt, keine Hinweise gegeben. Deshalb will ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, Herr Kollege Laschet: Ja, Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Kein anderes Bundesland zieht mehr ausländische Direktinvestitionen an als Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CDU: Falsch!)

Keines hat mehr mittelständische Weltmarktführer, jene Hidden Champions, die das Rückgrat unserer Volkswirtschaft darstellen. In keinem anderen Bundesland gibt es mehr Universitäten, mehr Forschungsinstitute, mehr Fachhochschulen.

Herr Laschet, Sie blenden doch völlig aus, dass unser Land sich immer noch in einem Strukturwandel befindet. Ihre ehemalige abgewählte Wirtschaftsministerin hat ja sogar das Ende des Strukturwandels ausgerufen. Das macht doch deutlich: Sie kennen

das Land nicht. Sie haben keine Ahnung von Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, in vielen Großstädten gibt es eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Bildungsarmut. Das kann doch niemand ernsthaft bestreiten. Aber genau diese Herausforderungen sind ja der Grund, warum SPD und Grüne die Regierungsverantwortung tragen und eben nicht CDU und FDP. Die Menschen in unserem Lande wissen um die Herausforderungen und Probleme und sie trauen uns zu, sie zu bewältigen und zu lösen, und nicht Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn, Herr Kollege Laschet, hätten Sie sich um diese Herausforderungen gekümmert, wären Sie ja vielleicht gar nicht abgewählt worden. Hätte die NRW-CDU echte Lösungskonzepte oder zumindest die Herausforderungen und Sorgen ernst genommen, aufgenommen, dann wäre Ihnen doch nicht innerhalb von zwei Jahren die Hälfte Ihrer Wähler von 2005 verloren gegangen. Erinnern Sie sich eigentlich noch?

(Zuruf von der SPD: Nicht gerne!)

Sie wollten großspurig hier im Land eine schwarz-gelbe Epoche einleiten, und daraus ist doch nur eine klägliche schwarz-gelbe Episode geworden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum? – Ich wiederhole das noch einmal:

(Karlheinz Busen [FDP]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

weil Sie weder das Land verstehen noch die Menschen hier in diesem Land. Die erkennen doch heute: Seit 2010 ist Nordrhein-Westfalen stärker und gerechter geworden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben vom ersten Tag unserer Regierungszeit an klare Prioritäten gesetzt. Unser Leitbild für Nordrhein-Westfalen ist eine Gesellschaft, in der die Hoffnung auf sozialen Aufstieg weitaus realistischer ist als die Angst vor dem Abstieg. Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zu echter Chancengleichheit und bestmöglicher Bildung in Kita und Uni, ist ein Land, in dem der Gegensatz zwischen dem Erfolg im Beruf und der Zeit für die Familie immer geringer wird, ein Land mit einer starken Wirtschaft, das seine Kraft aus Innovationen, neuen Technologien und aus guter Arbeit bezieht.

(Zuruf von der FDP: Geschwätz!)

Wir sind auch ein Land, das auf einem guten Weg ist mit starken und lebenswerten Städten und Gemeinden, in denen jeder Mensch ausreichend so-

ziale Sicherheit und Teilhabe erhält. Das, meine Damen und Herren, ist die Basis für jeden Menschen, um seine Vorstellungen eines selbstbestimmten Lebens verwirklichen zu können. Das ist das wahre NRW. Das ist aber nicht Ihr NRW, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Haushalt 2015, den wir heute beschließen werden, demonstriert eindrucksvoll diese politischen Prioritäten der rot-grünen Koalition, ihren Gestaltungswillen, Herr Kollege Laschet, und vor allem ihre Erfolge.

Im kommenden Jahr wird das Land rund 25 Milliarden € für Kinderbetreuung, für frühkindliche Bildung, für Schulen und Universitäten sowie für Wissenschaft und Forschung ausgeben. Das sind fast 40 % des gesamten Landeshaushaltes und mehr als jemals eine Regierung in Nordrhein-Westfalen dafür bereitgestellt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

2010 – da waren Sie gerade abgewählt worden – gab es laut einer Studie des Prognos-Instituts noch 137.000 Frauen in Nordrhein-Westfalen, die ihre berufliche Karriere für die Kindererziehung abbrechen mussten, weil es nicht genügend Betreuungsplätze gab. Dieser Mangel war mindestens so frauen- und familienfeindlich wie wirtschaftlich unsinnig, meine Damen und Herren.

Durch einen beispiellosen Kraftakt haben wir ihn behoben. Im kommenden Jahr wird es in Nordrhein-Westfalen rund 155.000 Kita-Plätze für Unterdreijährige geben. Im Vergleich zu 2010, Herr Kollege Laschet, ist das eine Steigerung von 43 %. Das ist die Leistung, die wir vorweisen können, und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insgesamt gibt es in Nordrhein-Westfalen weit über 600.000 Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter.

Auch die Qualität der Kinderbetreuung hat sich seit 2010 verbessert. Durch unsere Reformen des von Ihnen sogenannten Kinderbildungsgesetzes steht nun der Rekordwert von 2 Milliarden € für frühkindliche Bildung und Sprachförderung zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laschet, hat zudem den drittbesten Betreuungsschlüssel aller Bundesländer für Unterdreijährige. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Dazu haben Sie keinen einzigen Beitrag geleistet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen selbstverständlich, dass der Konflikt zwischen Familie und Beruf mit dem Beginn der Schulzeit nicht endet. Deshalb setzen wir auf offene Ganztagschulen. Sie sind ein Erfolgsmodell. Ihre Anzahl wächst stetig. Im kommenden Schuljahr werden wir die Zahl

der Plätze in der offenen Ganztagsbetreuung auf 280.000 steigern. Schon heute bieten 71 % aller Schulen in der Primar- und Sekundarstufe I eine Ganztagsbetreuung an.

Zum Vergleich, Herr Kollege Laschet, weil Sie ja immer andere Bundesländer heranziehen: Im Bundesdurchschnitt sind es 51 %, in Bayern nur 46 % und in Baden-Württemberg nur 29 %. Da hat die grün-rote Regierung viel aufzuholen bei dem, was die CDU da an Mängeln hinterlassen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für die Fraktionen von SPD und Grünen ist es wichtig, dass der Erfolg der offenen Ganztagschule auch finanziell flankiert wird. Aus diesem Grund haben wir eine Erhöhung der Finanzierungsmittel in Höhe von 5 Millionen € vorgesehen.

Zudem sind wir uns einig, die Schulsozialarbeit fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die Finanzierung eines entsprechenden Programms von 48 Millionen € ist gesichert.

Aber, Herr Kollege Laschet, damit das ein für alle Mal klar bleibt: Das ist keine Landesaufgabe. Wir machen ein Förderprogramm für drei Jahre, weil wir helfen wollen und helfen müssen, diese wichtige Aufgabe zu sichern. Wir sind uns mit den kommunalen Spitzenverbänden, die uns dafür loben und die sagen, dass das eine gute Sache ist, was wir machen, einig darin, dass wir gemeinsam dafür sorgen wollen, dass der Bund endlich diese Aufgabe weiterführt. Das ist seine Sache.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich wäre froh, wenn Sie an unserer Seite wären, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben das Thema „schulische Inklusion“ angepackt. Wir haben dafür gesorgt, dass der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern in Regelschulen flächendeckend angeboten wird. Das machen wir ebenfalls im Schulerschluss mit den Kommunen. Auch das unterscheidet unsere von Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist das Wissenschaftsland in Deutschland und Europa. Unsere 71 Hochschulen und mehr als 40 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind Entwicklungszentren für technologische Innovation und zugleich Basislager für sozialen Aufstieg. Aus diesem Grund haben wir seit 2010 die Finanzmittel dafür um über 30 % erhöht. Im Haushalt 2015 werden 7,8 Milliarden € dafür zur Verfügung stehen. Das ist ebenfalls ein Rekord, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nicht minder beeindruckend ist die Unterstützung, die das Land seit mehr als vier Jahren seinen Städten und Gemeinden zukommen lässt und die Sie anerkennen müssten, wenn Sie sich zu Ihren Fehlern bekennen und Ihre Scheuklappen endlich ablegen würden.

Bis 2010 versuchten Sie – die abgewählte schwarz-gelbe Regierung – nämlich, den Landeshaushalt doch auch dadurch zu sanieren, dass Sie die kommunalen Haushalte geplündert haben,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und zwar in einem Ausmaß, bei dem uns heute noch der Atem stockt. Mehr als 3 Milliarden € haben Sie den Kommunen weggenommen. Haben Sie das schon vergessen, Herr Kollege Laschet? Sie waren doch ganz vorn mit dabei bei diesem Raubzug durch die kommunalen Kassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diesen Raubzug haben wir gestoppt – mit Erfolg im Übrigen. 2010 gab es in Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Regierungsverantwortung noch 138 Kommunen mit Nothaushalten. Jetzt sind es nur noch drei. Das ist ein Erfolg unserer Arbeit, Herr Kollege Laschet.

Mehr noch: Im nächsten Jahr werden wir das Volumen der Gemeindefinanzierung auf 9,6 Milliarden € anheben. Hinzu kommen über 450 Millionen € für den Stärkungspakt – nur die reine Landesfinanzierung gerechnet. Insgesamt gibt es also 10 Milliarden € für lebenswerte Städte und Gemeinden. In der Geschichte unseres Landes, meine Damen und Herren, hat keine Regierung die Kommunen stärker entlastet und mehr gefördert als diese rot-grüne Koalition unter Führung von Hannelore Kraft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Ja, ganz selbstbewusst sagen wir, darauf sind wir stolz, weil wir unsere Kommunen wieder handlungsfähig machen.

Eine große Herausforderung für unsere Kommunen ist derzeit die stetig wachsende Zahl schutzsuchender Flüchtlinge. Wir sind fest entschlossen – auch das wird in diesem Haushalt sichtbar –, niemanden mit den damit einhergehenden Problemen allein zu lassen, weder die Flüchtlinge noch die Kommunen.

(Zuruf von der CDU: Wirklich ein Hohn!)

Unsere Städte und Gemeinden werden im kommenden Jahr, Herr Kollege Lindner, insgesamt 145 Millionen € an Unterstützungsleistungen erhalten. 54 Millionen € kommen vom Bund, 91 Millionen € wird das Land bereitstellen. Das Gros der Landesmittel, Herr Kollege Laschet, geht direkt an die Kommunen, und mit den übrigen Finanzmitteln unterstützt das Land die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge, ihre Unterbringung sowie die Betreuung ihrer Kinder.

Um das noch einmal klar und deutlich zu sagen: Die Bundesmittel werden eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet. Von den insgesamt 108 Millionen €, die aus dem Bund-Länder-Paket nach Nordrhein-Westfalen fließen, muss das Land Nordrhein-Westfalen 54 Millionen € wieder zurückzahlen. Das müssten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, doch eigentlich ganz genau wissen. Trotzdem behaupten Sie das Gegenteil.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, weil Sie das wissen, sage ich Ihnen ganz offen: Dass Sie das Gegenteil behaupten, das ist schäbig und das ist unredlich. Das macht man nicht. Sie sollten sich dafür schämen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir geben also die Bundesmittel direkt und in voller Höhe an die Kommunen, in denen Flüchtlinge sind, weiter. Die wissen das im Gegensatz zu Ihnen auch zu schätzen.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig herauszustellen: Nordrhein-Westfalen bleibt ein guter Ort für diejenigen, die zu uns flüchten. Wir werden darüber die Deutungshoheit weder dieser sogenannten PEGIDA noch Rechtsextremisten überlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Haushalt 2015 zeichnet sich also nicht nur durch Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau aus, durch Zukunftsinvestitionen in eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, in Bildung, Wissenschaft, Forschung und nicht zuletzt in starke Kommunen, sondern mit diesem Haushalt senken wir auch abermals die Nettokreditaufnahme. Im kommenden Jahr fällt sie auf 1,93 Milliarden €.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich kann Ihnen das nicht ersparen, und ich erinnere Sie noch einmal daran:

Als Sie wieder von den Menschen in Nordrhein-Westfalen abgewählt worden sind, hatten Sie für 2010 eine Neuverschuldung in Höhe von 6,6 Milliarden € geplant. Darin war schon eingerechnet, was Sie den Kommunen weggenommen haben.

(Zurufe von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Unglaublich!)

Sie hatten für die Jahre danach ebenfalls eine Neuverschuldung, und zwar in ähnlicher Größenordnung, geplant. Wir haben, meine Damen und Herren, die Haushaltskonsolidierung kontinuierlich vorangetrieben.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Wir haben die Neuverschuldung Schritt für Schritt gesenkt, ohne auf die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu verzichten und ohne unsere Kommunen zu schröpfen, wie Sie das gemacht haben, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, damit Ihnen unsere Anstrengung richtig bewusst wird, sage ich Ihnen: Wir liegen mit 1,93 Milliarden € um 70 % unter dem Neuverschuldungsniveau bei unserem Regierungsantritt vor vier Jahren, also 70 % unter dem, was Sie uns hinterlassen haben.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich will von Ihnen dafür kein Lob haben; das brauchen wir auch gar nicht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Aber wissen Sie: Sie sollten das wenigstens sportlich anerkennen, anstatt immer kleinkariert und kleinkrämerisch daran herumzukritteln, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von Armin Laschet [CDU])

Alle können also sicher sein: In spätestens fünf Jahren werden wir 100 % planmäßig erreichen

(Zuruf von der CDU: Aha!)

und einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Dann sind Sie gar nicht mehr in der Regierung! – Lachen von der SPD – Rainer Schmelzter [SPD]: Das kann nur von ganz hinten kommen! – Ibrahim Yetim [SPD]: Gott schütze NRW!)

Das nenne ich eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

Das haben im Übrigen auch die unabhängigen Experten des Stabilitätsrates von Bund und Ländern bestätigt, die am vergangenen Montag in Berlin getagt haben. Wie wurde dieser Erfolg möglich?

Erstens. Vor allem durch kluges und gezieltes Sparen. Die von uns vorgenommenen Einsparungen summieren sich im Haushalt 2015 auf 1,5 Milliarden € – dazu kein Wort von Ihnen, Herr Kollege Laschet.

(Zuruf von der CDU: Stimmt auch nicht!)

Zweitens. Durch Wachstumsimpulse.

Drittens. Durch Einnahmeerhöhungen. Damit habe ich selbstverständlich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,5 Prozentpunkte gemeint.

(Karlheinz Busen [FDP]: Toll!)

Diese Anhebung, meine Damen und Herren, ist notwendig, um angesichts einer unsicheren Konjunkturlage Haushaltsrisiken abzufangen, die politische Handlungsfähigkeit des Landes zu erhalten

und schließlich den Konsolidierungspfad bis 2020 zu stabilisieren.

(Karlheinz Busen [FDP]: Noch mehr Steuern!)

Ich gebe es gerne zu: Es wäre gerechter, den Spitzensteuersatz zu erhöhen oder eine angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften durchzusetzen. Das ist uns als Land allein jedoch nicht möglich.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD] – Karlheinz Busen [FDP]: Immer mehr Steuern!)

Dennoch und allen falschen Behauptungen zum Trotz: Das wäre sehr viel gerechter, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Aber in die falsche Richtung!)

Allen falschen Behauptungen zum Trotz: Wir werden den Haushalt durch Wachstumsimpulse und vor allem durch strukturelle, also durch dauerhafte und nachhaltige Einsparungen konsolidieren.

Die Einnahmesteigerung durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer ist die weitaus kleinere Komponente unserer Konsolidierungsstrategie.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann lassen Sie sie doch weg!)

So sind wir, meine Damen und Herren, nach wie vor fest entschlossen, den Anstieg der Personalausgaben so stark zu bremsen, dass bis 2017 mindestens 700 Millionen € eingespart werden können. Durch das Besoldungsgesetz 2013/2014 sind bereits 220 Millionen € Einsparungen erreicht worden. In den kommenden drei Jahren werden jeweils 160 Millionen € hinzukommen müssen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Jetzt bin ich an einem interessanten Punkt angelangt: Was sind die Alternativen der Opposition? – Doch nicht dieses 15-seitige Papier, Herr Kollege Laschet, das Sie jetzt auch noch in einen Entschließungsantrag gepackt haben, das Sie als „Schwerpunkte Ihres Haushaltes 2015“ verkaufen wollen!

Nehmen wir einmal Seite 10 Ihres Papiers, Kapitel Hochschulpolitik – ich zitiere –: Die praktische Umsetzung von Hochschulfreiheit erfordert als Grundlage ein Gesamtfinanzierungskonzept aus staatlicher Grundfinanzierung, Drittmitteln und einem Nutzerbeitrag. – Nutzerbeitrag? Das sind doch Studiengebühren!

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Sagen Sie das doch laut und deutlich und nicht so verdrückt, meine Damen und Herren. Bei diesem Satz schaut doch das schlechte Gewissen aus jedem Buchstaben heraus.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie machen das doch deshalb so klammheimlich, weil Sie wissen: Mit der Forderung nach Studiengebühren hat die NRW-CDU bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal.

(Zuruf von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Sie wollen, feige, wie Sie sind, das noch nicht einmal offen aussprechen. Das ist schäbig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Studiengebühren abgeschafft; Sie wollen sie wieder einführen: mindestens 4.000 € bis zum Masterabschluss für einen Studenten. Wenn noch eine Schwester mit dazukommt, müssen die Eltern zusehen, wie sie und ob sie etwas zu diesen 8.000 € beisteuern können.

(Zurufe von der CDU)

Nein, meine Damen und Herren, Ihre Alternativen sind doch nicht Einsparungen, sondern drastische Belastungen für junge Familien, für Studierende und für deren Eltern. Das ist der Unterschied zu uns!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Gebühren für das letzte Kitajahr abgeschafft. Sie wollen sie wieder einführen.

(Werner Jostmeier [CDU]: Was Sie sagen, ist falsch!)

Sie wollen, Herr Kollege Laschet, eine Facharbeiterfamilie in Essen mit 1.600 € belasten, eine alleinerziehende Akademikerin in Dortmund mit 1.750 € oder eine junge Familie in Bonn, bei der der Vater Vermessungstechniker und die Mutter Krankenschwester ist, mit über 3.000 €. Das ist der Unterschied zu uns.

Steuererhöhungen sind für Union und FDP eine Todsünde, aber Gebührenerhöhungen eine Tugend.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, welch eine ideologische Schizophrenie!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

In aller Offenheit – ich wiederhole das gerne –: Ihre Politik ist bildungsfeindlich, und sie ist familienfeindlich. Meine Damen und Herren, sie richtet sich gegen junge Erwachsene genauso wie gegen Kinder und Eltern.

(Armin Laschet [CDU]: Fragen Sie mal die Erzieherinnen, was die dazu sagen!)

Meine Damen und Herren, schauen wir hinein in das, was Sie wollen. Sehen wir uns das genau an.

Sie wollen das Sozialticket streichen,

(Zuruf von der CDU: Ja!)

weil das soziale Grundrecht auf Mobilität gar kein Grundrecht sei.

Und natürlich wollen Sie sich auch wieder bei den Haushalten der Kommunen bedienen. Würden Ihre sogenannten Reformvorschläge für die Gemeindefinanzierung Realität, dann nähmen Sie unseren Städten und Gemeinden mindestens 1 Milliarde € weg. Auch das müssen wir offen sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wenn ich Sie ernst nehme, muss ich feststellen: Das Schlimmste an all dem ist, dass Sie damit einem ausgeglichenen Haushalt keinen Schritt näherkämen; denn das, was Sie durch Gebührenerhöhungsorgien für den Landesetat eintreiben wollen, würden Sie in gleichem Atemzug wieder ausgeben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mehrfach!)

Herr Tenhumberg hat 494 Millionen € mehr für die Kitas gefordert, Herr Kaiser 290 Millionen € für die Inklusion, Herr Kuper 90 Millionen € für den Stärkungspakt und Sie, Herr Laschet, auch noch 160 Millionen € für digitale Bildung, für Lehrerfortbildung, für Masterstudiengänge und die Medizinische Fakultät in OWL.

(Armin Laschet [CDU]: Das sind Bundesmittel! Das ist Bundesgeld!)

Auf sage und schreibe 1,1 Milliarden € summieren sich die CDU-Forderungen für das Haushaltsjahr 2015.

(Armin Laschet [CDU]: Das hat der Bund euch hingelegt!)

Und dass Sie dann, Herr Kollege Laschet, für sich in Anspruch nehmen, eine solidere Haushaltspolitik machen zu können,

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

das hat mit Finanzkompetenz überhaupt nichts zu tun. Eher etwas mit profunden Kenntnissen von Magie und Zauberei, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine kurze Anmerkung zu den Haushaltsanträgen der FDP: Die Leistung der FDP in diesem Jahr besteht im Wesentlichen darin, ihre Haushaltsanträge des vergangenen Jahres durch die Aktualisierung der Jahreszahlen auf den neuesten Stand zu bringen.

(Christian Lindner [FDP]: Annuität! – Weitere Zurufe von der FDP)

Herr Kollege Lindner, das war sicher eine intellektuelle Herausforderung, der Sie sich aber tapfer gestellt haben. Ich will das ausdrücklich anerkennen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Weitere Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, in den kommenden Monaten werden auf Bundesebene Verhandlungen geführt – Sie sind nicht dabei, Herr Kollege Lindner –, die die Kerninteressen Nordrhein-Westfalens berühren. Es geht um die Reform des Länderfinanzausgleichs und darum, die strukturelle Benachteiligung unseres Landes zu beenden. Nordrhein-Westfalen soll wieder mehr von dem erhalten und behalten, was seine Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften. Das ist die Position der Ministerpräsidentin, und das ist unsere Position, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum hat die Landesregierung nicht die volle Unterstützung der NRW-CDU in dieser Frage, die so entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist? Anstatt Ihren Einfluss für NRW im Bund geltend zu machen und landespolitische Verantwortung zu demonstrieren,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Welchen Einfluss?)

hintertreibt die NRW-CDU aber die Reformbemühungen der Regierung, wo sie nur kann.

(Armin Laschet [CDU]: Zweckgebundene Infrastrukturmittel! Initiativkreis Ruhr!)

Der stellvertretende Vorsitzende der NRW-CDU, Steffen Kampeter, auch Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, nennt die Beendigung der Benachteiligung Nordrhein-Westfalens realitätsfremd und greift Hannelore Kraft persönlich an.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Herr Laschet will verhindern – das ist gerade noch einmal deutlich geworden –, dass Nordrhein-Westfalen seinen gerechten Anteil aus dem Aufkommen des Solidaritätszuschlags erhält. Sie wollen das Land zu einem Bittsteller um die Steuermittel machen,

(Armin Laschet [CDU]: Initiativkreis Ruhr!)

die unsere Bürgerinnen und Bürger selbst erwirtschaftet haben. Warum wollen Sie das, Herr Kollege Laschet? In Wahrheit geht es Ihnen doch gar nicht um den Soli, die Infrastruktur oder die Interessen des Landes.

(Armin Laschet [CDU]: Sie sollten nachlesen, was im Ruhrgebiet läuft!)

Sie hoffen, die Landesregierung und die Koalitionsparteien beschädigen zu können, indem Sie die Verhandlungen hintertreiben. Das ist Ihr Motiv, Herr Kollege Laschet. Legen Sie es doch auf den Tisch!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das gleiche Spiel, meine Damen und Herren, wiederholt sich im Übrigen auch bei den Regionalisie-

rungsmitteln für den öffentlichen Nahverkehr, über dessen Volumen und Verteilung gerade verhandelt wird. Auch hier wird Nordrhein-Westfalen benachteiligt. Aber auch hier wäre es im Interesse des Landes, wenn Sie nicht nur Anträge verabschieden, sondern sich aktiv in Berlin für NRW einsetzen würden. Warum liefern Sie uns – Herr Kollege Laschet, ich lade Sie dazu ein – nicht einen Wettbewerb um den ersten Preis für denjenigen, der am meisten bei der Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs und bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel für NRW herausholt? Ich würde mich diesem Wettbewerb mit Ihnen gerne stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, der Bundesrat hat einstimmig, also mit den Stimmen aller Länder, ein Regionalisierungsgesetz beschlossen, das vorsieht, dass die Länder mehr Regionalisierungsmittel erhalten sollen, als der Bundesfinanzminister bereit ist zu zahlen.

(Armin Laschet [CDU]: Sehr richtig!)

8,5 Milliarden € statt, wie jetzt vorgesehen, 7,3 Milliarden €! Und das Gesetz aus dem Bundesrat sieht eine Dynamisierung vor, die Schäuble auch nicht will. Ich habe alle Bundestagsabgeordneten meiner Partei aus Nordrhein-Westfalen angeschrieben und sie aufgefordert, im Bundestag für das Gesetz aus dem Bundesrat einzutreten, weil das gut für alle Länder, auch gut für Nordrhein-Westfalen ist. Ich lade Sie ein: Schreiben Sie Ihren CDU-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen ebenfalls,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

und fordern Sie die auf, für die Initiative des Bundesrates einzutreten. Dann würden Sie endlich einmal eine gute Tat für Nordrhein-Westfalen tun, Herr Kollege Laschet. Daran würden wir Sie gerne messen wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Dafür hat er doch keine Zeit!)

Was machen Sie stattdessen? – Sie schaden lieber unserem Land. Sie haben doch der Kanzlerin vorgegaukelt, der Rechtsstaat sei bei uns in Gefahr, weil wir in vier Jahren vier Urteile des Verfassungsgerichtshofs gegen uns erhalten haben. Starker Tobak! Frau Merkel ist auf Sie herangefallen

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

und behauptet diesen Quatsch auch noch öffentlich. Herr Laschet, das fällt auf Sie zurück. Haben Sie denn Frau Merkel wirklich nicht gebeicht, dass in Ihrer kurzen Regierungszeit der Verfassungsgerichtshof sage und schreibe elfmal – ich wiederhole: elfmal – gegen Schwarz-Gelb entschieden hat

(Zurufe von der SPD: elfmal!)

und zusätzlich – zum zwölften Mal – das Bundesverfassungsgericht? Haben Sie ihr das nicht gebeichtet, Herr Kollege Laschet?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das ist und bleibt einsamer Rekord. Das ist Ihr Alleinstellungsmerkmal, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Herr Laschet, wie sollen denn die Menschen in diesem Land in Ihnen eigentlich eine Führungspersönlichkeit erkennen können, wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, Ihre eigene Partei auf die Interessen Nordrhein-Westfalens zu verpflichten? Sie haben noch nicht einmal genügend Autorität, um einen Bezirksbürgermeister in Köln zur Raison zu bringen, der ein stillschweigendes Bündnis mit Rechtsradikalen eingegangen ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Keine Autorität! Das wäre dann auch, Herr Kollege Laschet, endlich mal ein Beleg dafür, dass die CDU in Köln tatsächlich ernsthaft gegen rechts auftreten würde.

(Armin Laschet [CDU]: Unglaublich!)

Mehr als 20 Jahre, Herr Kollege Laschet – ich fand es vorhin anmaßend, was Sie zu Köln gesagt haben –, hat sich die CDU in Köln immer weggeduckt, wenn es um den Kampf gegen rechts ging.

(Armin Laschet [CDU]: Quatsch! Das stimmt nicht!)

Jetzt waren Sie einmal dabei, und schon machen Sie hier so ein Bohei! Das ist unredlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen, Herr Kollege Laschet, auch das Folgende nicht ersparen. Dank Ihrer mangelnden Führungskraft stand der CDU-Bundesparteitag am Ende vor der Wahl, entweder einen Bundesminister zu beschädigen oder die Frauenquote ad absurdum zu führen. Ja, wie das ausgegangen ist, das wissen wir.

Und weil Sie vorhin aus einer Zeitung zitiert haben, zitiere ich auch aus einer. In der „Rheinischen Post“ hat über den Zustand der NRW-CDU – sie hat es auf den Punkt gebracht – gestanden – ich zitiere –:

„Kein Wirtschaftsprofil, kein Personalkonzept, keine Diskussion und ein Chef, der sich nicht festlegen will – als kraftvolle Oppositionspartei ist die CDU in Nordrhein-Westfalen derzeit ein Totalausfall.“

– „Rheinische Post“, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die rot-grüne Koalition unter der Führung von Hannelore Kraft kann zur Mitte dieser Legislaturperiode auf eine beachtliche Leistungsbilanz hinweisen. Wir geben es aber gerne zu: Noch haben wir nicht alle Ziele erreicht. Wir haben immer noch viel vor.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zweieinhalb Jahre!)

Unsere Koalition, meine Damen und Herren, arbeitet hart mit einer hohen Schlagzahl. Wir machen das konzentriert und diszipliniert. Und diese Koalition funktioniert gut, weil SPD und Grüne sich vertrauen und weil wir uns aufeinander verlassen können, meine Damen und Herren. Und das bleibt, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Das ist der Unterschied zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Koalition funktioniert.

Nordrhein-Westfalen – das sagen wir ganz selbstbewusst – ist der Standort, von dem aus der Fortschritt beginnt: wirtschaftlich mit der Förderung moderner Industrien und produktionsorientierten Dienstleistungen und mit dem Klimaschutz als Fortschrittmotor für die ökologische Modernisierung unseres Landes und gesellschaftlich durch die Gestaltung einer neuen Ära „Gute Arbeit“ für das Zeitalter der digitalen Ökonomie und durch den weiteren Ausbau unserer vorbeugenden Sozial- und Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren, wir nutzen die Herausforderungen. Wir gehen die Probleme an, Schritt für Schritt. Ja, wir treiben den Strukturwandel voran, und wir nutzen seine wirtschaftliche Dynamik für die soziale und ökologische Gestaltung.

Und das alles kann man diesem Haushalt entnehmen. Deshalb sagen wir selbstbewusst: Ja, wir stimmen diesem Haushalt zu. Er ist eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Landes und dafür, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut leben können. – Glückauf für unser Land, meine Damen und Herren!

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mir, weil Weihnachten vor der Tür steht, fest vorgenommen, mit etwas Positivem zu beginnen. Weihnachten ist das Fest der Liebe und das Fest der Versöhnung. Deshalb, Herr Römer, habe ich genau zugehört, als Sie hier gesprochen haben, um etwas Positives zu

Ihrer Rede zu sagen: Mit Ihrer neuen Brille haben Sie Modebewusstsein bewiesen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bedauerlicherweise hat die neue Brille Ihren Blick fürs Land nicht geschärft. Im Westen nichts Neues, kann man mit Remarque sagen. Für Norbert Römer hat die Opposition keinen Blick für die Realitäten im Land. Die Gewerkschaften, die Sie kritisieren: Realitätsverlust. Wenn Wirtschaftsverbände Sie kritisieren, dann schlagen Sie Einladungen aus, weil jede Form von Kritik für Sie ideologische Oppositionsrhetorik ist.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Majestätsbeleidigung ist das!)

Überall im Land nur Realitätsverlust für Sie.

Gott sei Dank, einen Lichtblick gibt es: die Landesregierung. Die Landesregierung macht alles richtig, sie macht Nordrhein-Westfalen stärker und gerechter. Das Problem ist nur, verehrter Kollege Römer: Außer Ihnen glaubt das im Land keiner mehr – nur noch Sie!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Außer Ihnen leiden alle unter Realitätsverlust. Das mag damit zusammenhängen, dass Sie die Lage des Landes und Ihre Politik so darstellen wie Karamellbonbon-Werbung: alles in ein goldenes Licht getaucht und weichgezeichnet. In der Realität des Landes, verehrte Damen, meine Herren, haben aber nicht nur die Straßen so viele Löcher wie Kinder Karies haben nach zu viel Genuss von Karamellbonbons, Herr Römer. Es ist nicht so, dass Ihnen lauter Geisterfahrer entgegenkommen, sondern Sie sind derjenige, der auf einem falschen Kurs ist!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sehr gut gefallen hat mir die Rede von Armin Laschet. Das war eine Rede, in der ich nahezu alle Einzelaspekte habe unterschreiben können, auch mit einem Konzept für das Land.

(Zuruf von der SPD)

Sehr gut gefallen hat mir die Forderung nach einem Entfesselungsimpuls für Nordrhein-Westfalen; das ist der richtige Weg.

(Zuruf von der SPD)

Dennoch gibt es eine gewisse Spannungslage zwischen dem, was die Union völlig zu Recht in Nordrhein-Westfalen fordert, und jenem, was die Union in der Großen Koalition in Berlin an praktischer Politik macht. Wie kann man denn das Tariftreuegesetz in Nordrhein-Westfalen – übrigens zu Recht – als „bürokratisch“ kritisieren und gleichzeitig in der Bundesregierung ein Mindestlohngesetz auf den Weg bringen – und dafür 1.600 zusätzliche Beamte beim Zoll für die flächendeckende Kontrolle von

Handwerk und Mittelstand einstellen –, das einen Bürokratieumfang von 10 Milliarden € hat?

Wie kann man das Tariftreuegesetz in Nordrhein-Westfalen kritisieren und im Bund eine solche zusätzliche Bürokratie für Handwerk und Mittelstand auf den Weg bringen?

(Beifall von der FDP)

Das Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen ist ein laues Lüftchen im Vergleich zu dem Bürokratiesturm, der ab 1. Januar 2015 auf Mittelstand und Handwerk zukommt.

Zum anderen: Wie kann man denn hier das Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen kritisieren, und gleichzeitig legt Sigmar Gabriel als Bundeswirtschaftsminister der CDU-geführten Bundesregierung einen „Aktionsplan Klimaschutz 2020“ vor, der massiv eingreift in die wirtschaftliche Grundlage der Energieversorgungsunternehmen, gerade hier im Land? Ich sage Ihnen nur ein Stichwort: E.ON.

Wie passt das zusammen, zu sagen: „Wir brauchen keine nationalen Alleingänge beim Klimaschutz“, und genau das im Bund zu machen? – Das führt zu einer Gefährdung von 12.000 Arbeitsplätzen allein im Ruhrgebiet, wie das Institut für Weltwirtschaft prognostiziert hat.

Also, bei der guten Rede, die die Union hier heute gehalten hat, frage ich mich: Wie passt das mit der Politik in Berlin zusammen?

(Beifall von der FDP)

Man hat den Eindruck: Die CDU versucht, gleichzeitig auf Gas und Bremse zu stehen. So etwas kennt man aus dem Rallyemotorsport, gleichzeitig auf Gas und Bremse zu stehen. Armin Laschet war heute hier so etwas wie der Walter Röhrl der Landespolitik.

(Heiterkeit von der FDP)

Das erfordert aber eine hohe Virtuosität hinter dem Lenkrad, weil man nämlich sonst in der Leitplanke landet.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Norbert Römer hat hier – und das ist vielleicht auch, was die Zahlen angeht, die bemerkenswerteste Entwicklung seit der ersten Lesung des Landeshaushalts für das Jahr 2015 – darauf hingewiesen, dass die Nettokreditaufnahme gegenüber der ersten Lesung auf unter 2 Milliarden € reduziert wird.

Sie heben noch einmal den Daumen, um sich dessen besonders zu rühmen. Das ist ja eine unbestreitbare Zahl, Herr Kollege, aber umso mehr macht es Sinn, sie in einer langfristigen Entwicklung zu würdigen und zu betrachten.

(Norbert Römer [SPD]: Seit 2010, ja!)

Sie haben ja – genau – noch einmal die mittelfristige Finanzplanung des Jahres 2010 bemüht. Auch da muss man sagen: Im Westen nichts Neues. Das ist inzwischen – im Fußball würde man so sagen – eine Standardsituation, dass Sie die alten Zahlen nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Wir erinnern uns aber an das Jahr 2008, mit einer dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise und einem enormen Wachstumseinbruch. Das ist eine andere konjunkturelle Lage, als wir sie heute haben. Vergleichen wir die jetzigen makroökonomischen Rahmenbedingungen mit damals, mit denen des Jahres 2010, Kollege Römer. Wenn Sie das machen, stellen Sie fest: Das Land hat heute über 10 Milliarden € höhere Einnahmen als die, mit denen Helmut Linssen seinerzeit planen konnte.

Durch die Niedrigzinsen, die Sie haben und die Sie nutzen können, werden dem Land gegenüber den damaligen Ansätzen 1 Milliarde € Zinskosten gespart. 10 Milliarden € höhere Einnahmen als die, mit denen Helmut Linssen planen konnte, 1 Milliarde € Einsparungen durch ein niedrigeres Zinsniveau! Ich frage Sie, Herr Römer: Wenn Sie sich für Ihre Nettokreditaufnahme hier so rühmen – wo ist das Geld hin, das zusätzlich in der Kasse ist und das Sie nicht zusätzlich für Zinsen ausgeben müssen? Wo finden wir das im Haushalt?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norbert Römer [SPD] – Zuruf von der Regierungsbank)

Warum ist es nicht genutzt worden für zusätzliche Konsolidierungen?

Die unter 2 Milliarden € bei der Nettokreditaufnahme sind viel zu wenig ehrgeizig angesichts der Lage des Landes, der Landesfinanzen und ihrer Verbesserung. Das können Sie auch nicht leugnen. Dass Sie jetzt unter 2 Milliarden € gekommen sind – na ja, das hat doch nichts damit zu tun, dass es jetzt eine Konsolidierungsstrategie im Lande gegeben hätte. Sie haben es ja selber gesagt und haben dem einen relativ breiten Raum in Ihrer Rede gegeben.

Dass Sie unter 2 Milliarden € gekommen sind, das hängt mit einem höheren Aufkommen der Umsatzsteuer zusammen und vor allen Dingen mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Sie haben nicht gespart, sondern Sie erhöhen die Einnahmen durch Steuererhöhungen!

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Sie greifen den Menschen in die Kasse, statt selber etwas zu tun!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist die Art, wie Sie Landespolitik machen. – Das kennen wir von der SPD ja auch aus anderen Zusammenhängen.

(Norbert Römer [SPD]: Von der FDP!)

Das kennen wir von Ihnen, das haben wir in diesen Tagen noch einmal vorgeführt bekommen. Ich sage nur, Herr Römer: Thomas Stotko, der SPD-Schatzmeister in Witten, der bei anderen das Geld einkassiert, aber selber keine Beiträge leistet.

(Zurufe von der SPD: Pfui! – Schämen Sie sich!)

Norbert Walter-Borjans macht „Methode Stotko“ in groß.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Finanzpolitik, Methode Stotko: Einkassieren bei anderen, selber keine Beiträge leisten.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Ihnen ja auch ins Stammbuch geschrieben worden; ich sage nur: Stabilitätsrat. Da haben Sie, Herr Römer, gerade versucht, die Analyse des Stabilitätsrats in ein Lob für Nordrhein-Westfalen umzubiegen. Das ist schon ein bemerkenswerter Judotricks; denn Nordrhein-Westfalen ist bei allen Kennzahlen, die der Stabilitätsrat zur Analyse der finanzpolitischen Lage und zur frühzeitigen Erkennung von Haushaltsnotlagen erhebt, unterdurchschnittlich.

Das Bemerkenswerte ist: Nordrhein-Westfalen senkt zugleich als größtes Bundesland diesen Durchschnitt noch weiter ab. Der Stabilitätsrat hat Nordrhein-Westfalen nicht gelobt, Herr Römer, der Stabilitätsrat hat auf Kritik an Nordrhein-Westfalen und ein Alarmsignal für Nordrhein-Westfalen verzichtet, weil Nordrhein-Westfalen den Schnitt selber nach unten zieht. Das ist die Realität. Das war keine Bestätigung Ihrer Politik, sondern ist im Gegenteil eine Mahnung, endlich einen Kurswechsel einzuleiten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Institut der deutschen Wirtschaft wird in seinem aktuellen Konsolidierungsbericht noch deutlicher. Dort ist für alle Bundesländer geprüft worden, wie viele der disponiblen Landesmittel einzusparen wären, um die Schuldenbremse tatsächlich zu erreichen. Das Ergebnis: In Nordrhein-Westfalen wären es 7,2 % der disponiblen Ausgaben im Landshaushalt, die ad hoc eingespart werden müssten, um auf einen Konsolidierungspfad zu kommen. In Nordrhein-Westfalen müsste also jeder 13. Euro strukturell eingespart werden, während in sieben Flächenländern bereits Überschüsse erzielt werden.

Es ist nicht so, lieber Armin Laschet, dass es nur eine Imagekampagne der Landesregierung ist, es

gäbe hier eine diffuse Insolvenzmasse. Es ist auch nicht so, lieber Kollege Norbert Römer, dass Nordrhein-Westfalen vor Kraft kaum laufen könnte, vor Kraft nur so strotzen würde. Die bittere Realität ist: Unter der Regierungsverantwortung von Hannelore Kraft hat dieses eigentlich starke Land Kurs genommen auf den angekündigten Staatsbankrott und Verfassungsbruch am Ende dieses Jahrzehnts.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist die bittere Realität. Die Defizite lassen sich inzwischen auch gar nicht mehr leugnen. Sie sind mittlerweile so offensichtlich, dass sie außerhalb der Plenarreden auch aus der Regierungskoalition selbst nicht mehr geleugnet werden. Ich will nur zwei Ereignisse der letzten Zeit nennen:

Am 29. November hat die grüne Partei in Nordrhein-Westfalen zu einer Diskussion über den Landeshaushalt geladen. Die Veranstaltung der Grünen trägt den Titel: „NRW auf Kurs oder auf dem Weg in die Überschuldung?“ – Ich zitiere aus der „Rheinischen Post“:

„Wie ernst die grünen Finanzexperten die Lage sehen, zeigt der geplante Vortrag von Simon Rock. Zum einen ist er sich keineswegs sicher, ob NRW es 2020 wirklich schafft, die strukturelle Neuverschuldung wie vorgeschrieben auf null zu bringen. Zum anderen warnt er in einer ‚Projektion‘ davor, dass NRW möglicherweise bis 2050 jedes Jahr neue Schulden macht.“

Da kann ich nur sagen, Herr Priggen, da hat wohl bei den Grünen endlich jemand in den Nachhaltigkeitsbericht der Landesregierung geschaut, in dem genau diese unsolide Planung steht, vor der Sie in Ihrer Veranstaltung gewarnt haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die zweite Impression ist der Rücktritt des finanzpolitischen Sprechers der SPD während laufender Haushaltsberatungen. Das ist schon eine Delikatesse, Herr Römer, wenn der eigene Finanzexperte der SPD-Finanzpolitik das Misstrauen ausspricht. Herr Börschel ist ein bemerkenswerter Kronzeuge, der ebenfalls in der „Rheinischen Post“ sagt – ich zitiere –:

Man hätte den Dreiklang aus Einnahmenverbesserung, Sparen und Investieren besser anders zum Ausdruck bringen können, als Sie das mit Ihrer Finanzpolitik tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Hat er doch recht!)

Sie, Herr Römer, reden Ihre Politik schön, während Ihr eigener Finanzexperte Ihnen während der Haushaltsberatungen von der Fahne geht. Wie passt das zusammen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nein, es ist so, wie es der sozialdemokratische Finanzminister von Baden-Württemberg gesagt hat: Es gibt einen Unterschied zwischen Realsparern und Verbalsparern.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Hier in Nordrhein-Westfalen ist die Heimat der Verbalsparer.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Denn in der Realität passiert nichts. Stattdessen wird auf andere gezeigt. Auf andere zeigen Sie, wenn es darum geht, Ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Ich nenne nur ein Beispiel: die Debatte um den Solidaritätszuschlag. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, weil die Politik ihre Verlässlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aufs Spiel setzt. Von allen Parteien ist in den 90er-Jahren zugesagt worden, dass der Solidaritätszuschlag nur so lange und so weit erhoben wird, wie er zur Bewältigung der teilungsbedingten Sonderlasten benötigt wird.

Jetzt wird das umgewidmet; es gibt eine breite Phalanx, die den Soli jetzt mit einer Ewigkeitsgarantie ausstatten will – wie bei Kaiser Wilhelm, bei dem die Sektsteuer für die Kriegsflotte eingeführt worden ist. Die gibt es nicht mehr, aber die Sektsteuer bleibt. Die neue Sektsteuer soll der Solidaritätszuschlag sein.

Frau Kraft konzentriert all ihre Bemühungen darauf, aus dem Topf des Länderfinanzausgleichs und aus dem Aufkommen des Solidaritätszuschlags zusätzliche Mittel für Nordrhein-Westfalen herauszuschlagen – mit dem Argument einer angeblich strukturellen und langjährigen Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. – Das habe ich richtig verstanden, das ist ja die Argumentation.

Tatsächlich kann man beim Länderfinanzausgleich und bei den Regionalisierungsmitteln feststellen, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu seiner Größe und seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung unterdurchschnittlich oder nicht proportional behandelt wird. Aber dass das so ist, hat doch eine Geschichte. Das kann man nicht komplett aus dem Zusammenhang der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen herauslösen.

Der Grund dafür, dass Nordrhein-Westfalen seit Jahren beim Länderfinanzausgleich und zum Beispiel bei den Regionalisierungsmitteln schlechter steht, als es eigentlich proportional stehen sollte, liegt doch darin, dass sozialdemokratische Regierungen seit Jahrzehnten den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen bremsen wollten, indem sie beim Bund um Steinkohlesubventionen gebuhlt haben. Die sind noch nicht ausgelaufen,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

da wollen Sie an andere Töpfe ran. Das ist doch der Grund!

Ich denke, knapp 100 Milliarden € wird Nordrhein-Westfalen wegen der Steinkohlesubventionen bekommen haben – 100 Milliarden €, die beispielsweise nicht für Verkehrsinfrastruktur und Bildung eingesetzt worden sind, weil Sie sich darauf konzentriert haben, eine Industrie, die in Nordrhein-Westfalen aufgrund der geologischen Situation keine Zukunft hat, künstlich zu beatmen. Und jetzt klagen Sie andere an. Frau Kraft, das ist nichts anderes als peinlich, was Sie machen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist eine peinliche Positionierung. Inzwischen wird man ja auch als Nicht-Sozialdemokrat außerhalb unserer Landesgrenzen auf Ihre Art der öffentlichen Argumentation angesprochen. Was für eine Selbstverzweigung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie doch bitte einmal den Test! Manche von Ihnen haben – wie ich sehe – ihr Tablet auf dem Tisch. Bitte geben Sie bei Google doch einmal ein: „Kraft fordert mehr Geld“. – Sie werden innerhalb von wenigen Sekunden 1,2 Millionen Treffer erhalten auf den Satz „Kraft fordert mehr Geld“. Das ist inzwischen ein Running Gag geworden, Frau Kraft, und es ist ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Hilflosigkeit, diese gefühlte Schwäche, die Sie ausstrahlen, kein Selbstbewusstsein, kein Gestaltungsehrgeiz, kein Stolz auf das Land – und das alles wegen Fehlentscheidungen, die Sie über Jahre und Jahrzehnte getroffen haben.

Wenn man immer wie bei „Wer wird Millionär“ nach dem Joker Berlin ruft, wenn man fünfzehnmal in einer Sendung, um im Bild zu bleiben, nach dem Telefonjoker ins Kanzleramt rufen muss, um die Finanzen in Ordnung zu bekommen, dann sollten wenigstens die Mittel, die zur Verfügung stehen, abgerufen werden. Armin Laschet hat darauf hingewiesen.

Wir haben ja schon die Posse gehabt, dass 42 Millionen €, die eigentlich für den Straßenbau zur Verfügung stehen, nicht abgerufen worden sind, weil Sie mit den Planungen nicht parat gekommen sind,

(Zuruf von der SPD: Weil Sie die Ingenieure eingespart haben!)

weil Sie keine privaten Planungsbüros einschalten wollten in Ihrer „Staat-vor Privat“-Ideologie. Aber es schlägt dem Fass den Boden aus, wenn wir erfahren, dass jetzt ein um 139 Millionen € geringerer Betrag beim Bund angemeldet wird. Damit man nach-

her nicht sagen muss, dass man gar nicht alles in Anspruch nehmen kann, gibt sich Nordrhein-Westfalen gleich zu Beginn des Verfahrens zu bescheiden. Denn wer sich hinten anstellt, Frau Kraft, und dann nichts für Nordrhein-Westfalen herausholt, der macht sich unglaublich, auch bei Verhandlungen über die bundesstaatlichen Finanzbeziehungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist kein Wunder, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen mit der Verkehrsinfrastruktur, dem Zustand der Straßen, unzufrieden ist. Das ist ein Armutszeugnis für das Land.

Unser konkreter Vorschlag: Machen Sie ein Sonderprogramm für den Landesstraßenbau. Nutzen Sie die Mittel in Höhe von 30 Millionen €, die Sie seinerzeit auf Druck der Linkspartei in die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs eingeführt haben, die keinem bedürftigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger zugutekommen, sondern in die kommunalen Haushalte fließen – nicht jede Kommune hat ein Sozialticket, da dies eine örtliche Entscheidung ist –, für ein konkretes Programm zum Ausbau unserer maroden Landesstraßen, Frau Kraft. Das wäre eine Investition durch wirtschaftliche Entwicklung, am Ende auch in die soziale Zukunft des Landes.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Linkspartei müssen Sie jedenfalls diese Maßnahme nicht erhalten.

Zum anderen: Sorgen Sie dafür, Frau Kraft, dass tatsächlich in Nordrhein-Westfalen konsolidiert und gespart wird, dass wir das Land auf seine wirklichen Kernaufgaben konzentrieren! Und in denen sollte das Land stark sein. Wenn Sie in den letzten beiden Jahren 280 Aufträge über insgesamt 13,3 Millionen € an Agenturen und Dienstleister vergeben – wie muss man das vor dem Hintergrund Ihrer Klage, Sie kommen mit dem Geld nicht zurecht, bewerten? 60.000 € für einen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Region Peloponnes in Griechenland – da hätte man wirklich gerne gewusst, was da ausgetauscht worden ist.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Oder für Rollup-Plakate mit dem Logo des Blitzmarathons: 10.000 €. Das ist Personality-PR, die wir nicht brauchen. Wer in Zeiten knapper Kassen für solche Extras noch Geld hat, der hat ein dickes Glaubwürdigkeitsproblem, Frau Kraft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mitunter wirkt das ja wie eine Karikatur, wenn Sie zum Beispiel in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung eine Veranstaltung machen zu dem Thema: „Wenn aus Kunst Kohle wird“. – Da fragt

man sich, ob der Geschäftsführer von WestSpiel dort der Hauptreferent war.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist doch die Lage im Land. Mit solchen peinlichen Possen machen Sie Haushaltspolitik. Wir schlagen Ihnen vor: das Land auf Kernaufgaben konzentrieren, Bürokratie verschlanken, Überstandards reduzieren von der Tariftreue bis zum Landespersonalvertretungsgesetz, europäische Standards nur eins zu eins umsetzen in Landesrecht, damit hier in Nordrhein-Westfalen die Bürokratiebelastung weder für die öffentliche Hand noch für die Wirtschaft größer wird.

Dann gehen Sie bitte auch an die großen Landesbetriebe heran, die immer noch nicht vernünftig wirtschaftlich geführt werden. Der Landesrechnungshof mahnt in jedem Jahr erneut eine Veränderung bei unserem skandalträchtigen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen an. Was für ein Riesentanker! Die Flächen sind nicht alle vernünftig wirtschaftlich verwertet. Immer wieder hören wir von Skandalen der Vergangenheit, aber es gibt keine Konsequenz, die daraus gezogen wurde. Was für Wowereit sein Flughafen war, Frau Kraft, das ist für Sie der Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Ziehen Sie daraus die Konsequenzen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das kann teilweise privatisiert werden. Wir haben vorgeschlagen, im Finanzministerium eine Abteilung zu schaffen, die sich um die Vergabe öffentlicher Aufträge bemüht.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Konzentrieren Sie sich darauf, am Markt zu mieten. Aber machen Sie Schluss mit diesem skandalträchtigen Betrieb!

Eine letzte Bemerkung zum Thema Konsolidierungspotenziale. Wissen Sie, Frau Ministerpräsidentin, zur Mitte der Legislaturperiode darf man den Blick ja auch einmal in die weitere Zukunft richten.

(Zuruf von den PIRATEN: Sollte man!)

Wir stehen vor der Digitalisierung aller Lebensbereiche, sie ist in vollem Gang. Und wir sind am Vorabend eines dramatischen demografischen Wandels, der hier in Nordrhein-Westfalen die Bevölkerungsstruktur verändern, aber auch zu einer erheblichen Verschiebung der Bevölkerung führen wird, und zwar aus dem ländlichen Raum stärker in die Metropolregionen. – Digitalisierung, demografischer Wandel.

Frau Ministerpräsidentin, ich frage Sie, wenn Sie noch über die Tagespolitik hinausschauen: Welche Konsequenzen soll das Land aus Digitalisierung und Demografie ziehen? – Gerade jetzt wäre doch mit Blick auf das Ende des Jahrzehnts die Zeit, einen grundlegenden und tiefgreifenden Umbau unserer Verwaltungsstruktur in Angriff zu nehmen.

Brauchen wir in Zeiten von Digitalisierung noch alle Bezirksregierungen? Hat übrigens noch jeder Kreis eine Bestandsgarantie, wenn es eine erhebliche Entvölkerung im ländlichen Raum gibt? Über diese Zukunftsfragen, in denen auch ein Potential für Kostensenkung liegt, wird – trotz des ehemaligen Effizienzteams – innerhalb der Landesregierung noch nicht einmal nachgedacht. Das ist Ihr großes Versäumnis, Frau Kraft; denn Zukunftschancen werden überhaupt nicht einmal angedacht!

(Beifall von der FDP)

Mit Blick auf die Finanzpolitik im engeren Sinne komme ich zum letzten Punkt. Dabei geht es um die Zahlen in Bezug auf die Einnahmeverbesserung. Herr Römer, es war schon ein starkes Stück, wie Sie hier gerade eben Armin Laschet für die Wiedereinführung von Studienbeiträgen kritisiert haben. Sie wissen, dass das Geld, was den Hochschulen seinerzeit als Ausgleich gegeben wurde, nicht an die steigenden Studierendenzahlen angepasst worden ist. Deshalb haben wir an den Hochschulen einen erheblichen Qualitätsverlust. Es müssten wesentlich mehr Mittel sein!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kollege Römer, ich kann Sie da nur an den großen und visionären sozialdemokratischen Bildungspolitiker Peter Glotz erinnern. Peter Glotz hat einmal gesagt: „Lieber eine gute Ausbildung gegen eine mäßige Gebühr als ein beschissenes Studium umsonst.“

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist die Realität. Ich bekenne mich übrigens auch dazu. – Auch halte ich es für gerecht, dass einerseits der Arzt, der später ein hohes Lebenszeiteinkommen hat, etwas für seine Ausbildung zahlt, wenn auf der anderen Seite auch die pharmazeutisch-technische Assistentin etwas für ihre Ausbildung zahlen muss, obwohl sie kein hohes Einkommen hat. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich sage es einmal so: Das ist ein Stück Klientelpolitik für einen Teil der im öffentlichen Dienst beschäftigten ver.di-Mitglieder unter den Genossen.

Ich will aber auf den eigentlichen Punkt hinaus, den Sie, Herr Römer, hier angesprochen haben. Sie haben Armin Laschet kritisiert und gesagt, man würde mit diesem Studienbeitragsmodell eine junge Familie – aus Bochum, haben Sie, glaube ich, gesagt – mit 1.800 € Schulden zusätzlich belasten.

Ganz abgesehen davon, dass es da eine öffentlich-rechtliche Finanzierung gab, dass das mit dem BAföG verrechnet worden ist, dass also die Belastung aus BAföG und Studienbeiträgen nie höher war als das, was auch die SPD in der Bundesregierung immer als zumutbar betrachtet hat – es gab also keine zusätzliche Belastung –, ganz abgesehen da-

von: Sie kritisieren Armin Laschet wegen 1.800 € tatsächlicher oder angeblicher Mehrbelastung für Familien durch Studienbeiträge. Aber selber haben Sie vor ein paar Wochen hier gestanden und gesagt: Wenn eine junge Familie beim Wohnungskauf durch die Grunderwerbsteuer jetzt 4.500 € zusätzlich bezahlt, dann ist das eine Petitesse. Was regen Sie sich eigentlich so auf? – Das ist doch unglaublich unwürdig!

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist allerdings richtig!)

Völlig unglaubwürdig! Bei der Anhörung zur Grunderwerbsteuer haben Ihnen 20 Sachverständige gesagt, dass das nicht auf diejenigen beschränkt sein wird, die jetzt gerade eine neue Wohnung kaufen wollen. Sondern, meine Damen und Herren da oben auf der Tribüne: Das, was die hier veranstalten, trifft auch Sie. Denn einerseits wird die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf die Mieter umgelegt, und andererseits werden viele Familien, die sich dann eine Wohnung nicht leisten können, weiter als Mieter auf dem Markt unterwegs sein und damit zu einer Angebotsverknappung beitragen. Sie sind der Mietpreistreiber und nicht der Mietpreisbremser, Herr Römer!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es kommt aber noch besser: Die Grunderwerbsteuer wird nicht in allen Fällen gezahlt werden müssen. Wir haben das doch gerade bei der landeseigenen Portigon AG erlebt. Da kauft die Blackstone-Gruppe die Gebäude für ca. 350 Millionen € – aber eben nicht zu 100 %, und deshalb fällt keine Grunderwerbsteuer an.

(Zuruf von der FDP: Betrug am Steuerzahler!)

Das heißt, der Finanzinvestor zahlt nicht einen Euro Grunderwerbsteuer. Das Land mietet danach von dieser – früher haben Sie sie so genannt – „Heuschrecke“, muss aber keine höhere Miete zahlen, weil natürlich auch die Grunderwerbsteuer nicht auf die neue Miete umgelegt wird. Das bedeutet, dass das Land von dieser – ich sage es einmal diplomatisch – Steuergestaltungsmöglichkeit profitiert. Das aber ist der Gipfel der Heuchelei: anderen in die Tasche greifen und selbst von Trickereien profitieren wollen!

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Da hilft auch der kleine Antrag, den Sie dazu verfasst haben, überhaupt nicht. In ihm appellieren Sie – das haben Sie jetzt so hinten herum nachgeschoben – mit warmen Worten an Berlin, diese Gestaltungsmöglichkeiten jetzt aus dem Verkehr zu ziehen. Solange diese Gestaltungsmöglichkeiten nicht beseitigt sind, verbietet sich eine Erhöhung der

Grunderwerbsteuer, Herr Römer. So herum geht das! Nicht anders herum!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das alles folgt ja – wie ich es eben gerade dargelegt habe – einem Konzept. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben dieser Tage den „Ruhr-Nachrichten“ gesagt, Sie wollten im Karneval als Vampir gehen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich habe es nicht den „Ruhr-Nachrichten“ gesagt!)

– Es stimmt jedenfalls, dass Sie als Vampir gehen wollen. Das ist, muss ich sagen, eine Innovation; denn normalerweise verkleidet man sich im Karneval, und Sie zeigen Ihr wahres Gesicht.

(Große Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Wir werden Sie jedenfalls aus dieser Debatte über die Grunderwerbsteuer nicht frühzeitig entlassen. Ich sage hier: Wir als FDP-Fraktion werden für den morgigen Tag eine dritte Lesung des Grunderwerbsteuererhöhungsgesetzes beantragen, und wir werden eine namentliche Abstimmung darüber fordern,

(Beifall von der FDP und Dietmar Schulz [PIRATEN])

weil wir morgen sehen wollen, was die zehn bis zwanzig sozialdemokratischen Abgeordneten inklusive Herrn Börschel machen werden, wenn hier auch mit eigenen Namen darüber abgestimmt wird. Wir möchten sehen, wie die sich winden und welche gewundenen Protokollerklärungen dort abgegeben werden. Darauf freuen wir uns auch schon.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der Bildungspolitik ist der erste Bumerang eingeschlagen, meine Damen und Herren. Seit vier Jahren hören wir von Frau Kraft und Frau Löhrmann, man solle kein Kind zurücklassen. Dafür wird genau dieser Generation unter dem Deckmantel angeblich präventiver Sozialpolitik ein immer größerer Schuldenberg aufgelastet. Das war schon bekannt. Neu ist aber, dass uns nunmehr erste Ergebnisse dieser präventiven Sozialpolitik vorliegen. Nach vier Jahren kann man schließlich Bilanz ziehen.

Norbert Römer hat eben gesagt, in den vergangenen vier Jahren sei in Nordrhein-Westfalen der soziale Aufstieg viel besser möglich geworden. Entgegen dieser aus der neuen Brille betrachteten, angeblichen Verbesserungen sagt das Institut der Deutschen Wirtschaft im Bildungsmonitor, Nordrhein-Westfalen stehe unterdessen auf dem vorletzten Platz. Selbst die Gewerkschaften merken das, Herr Römer. Leiden die auch an Realitätsverlust?

GEW und DGB schreiben am 20. November schreiben:

„Die angekündigte Politik der Prävention mit Investitionen ins Bildungssystem statt Nachsorge wird in der Realität nicht eingehalten.“

(Beifall von der FDP)

Leiden auch die Gewerkschaften an Realitätsverlust? Erkennen diese Ihre Wohltaten auch nicht mehr an? – Nein, man sieht eine vorsorgende Sozialpolitik. Das war einfach nur ein Tarnwort für neue Schulden und haushaltspolitische Tatenlosigkeit. Außer Rhetorik nichts gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte das anhand von drei Projekten in aller Kürze deutlich machen.

Erstes Projekt: Inklusion. Ich habe einmal gesagt, das sei das Prestigeprojekt der Regierung. Ich habe das wie folgt gemeint: Inklusion ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Teilhabe an der Inklusion ist eine gesellschaftspolitische Anforderung, zu der wir verpflichtet sind, und es ist auch ein Gebot der Humanität. Dem fühlen wir uns alle verpflichtet. Zu einem Prestigeprojekt wird es aber dann, wenn man die Inklusion für alle zur Regel machen will und beispielsweise die hervorragenden pädagogischen Ressourcen unserer Förderschulen einfach so hinten herüber wirft. Dann wird das ideologisch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Löhrmann, Sie haben allen Ernstes am 3. Dezember die Chuzpe gehabt, sich in der zweiten Lesung Haushaltsberatung hierhin zu stellen und wörtlich zu sagen – ich zitiere aus dem Protokoll –:

„Aber die Weichen sind in Nordrhein-Westfalen für diese schwierige Aufgabe richtig gestellt, und das wird uns auch bescheinigt.“

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zitat Ende. – Dazu applaudiert nur Frau Beer.

(Heiterkeit von der FDP)

Zum Stichwort „Realitätsverlust überall im Land außer bei Rot-Grün“: Realitätsverlust herrscht offensichtlich auch beim Verband der Sonderpädagogik. Denn dieser hat uns dieser Tage einen Brandbrief bzw. eine Brand-E-Mail geschrieben. Schon der Betreff lautete „Inklusion – Schulen in Not“. Dann ging es mit dem Realitätsverlust des Verbandes der Sonderpädagogik im Text weiter – Zitat –:

„Lehrkräfte der allgemeinen Schule müssen oft ohne qualifizierte Unterstützung die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in großen Klassen allein bewältigen. Die Belastbarkeit aller Beteiligten wird über Gebühr strapaziert.“

Herr Römer, auch hier herrscht grassierender Realitätsverlust im Land, außer bei Ihnen, oder – das ist die andere Möglichkeit – Sie haben sich inzwischen

in einem Kokon der Autosuggestion blickdicht verpuppt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Um den Erfolg Ihrer Präventionspolitik doch irgendwie zu belegen, werden jetzt 500 Stellen an den Berufskollegs eingespart. Dazu schreibt die „Westfalenpost“ am Montag völlig zu Recht, das sei mangelhaft. Denn Sie können doch nicht auf der einen Seite Guntram Schneider auf den Weg schicken, um mit der Ausbildungsplatzabgabe der Wirtschaft zu drohen, und auf der anderen Seite rufen Sie selbst bei den Wirtschaftsverbänden an und sagen: Gebt mir meine Quote für die Ausbildung. Ich brauche jetzt Ausbildungsplätze. Deswegen müsst ihr mir etwas zusagen.

Sie erhöhen einerseits den Druck und kommen mit der Ausbildungsplatzabgabe aus der Mottenkiste, und auf der anderen Seite kürzen Sie bei den Berufskollegs, also dort, wo es darum geht, die Ausbildungsreife aller Kinder und Jugendlichen überhaupt herzustellen. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Löhrmann kündigt in der KMK eine Allianz für die berufliche Bildung an, und hier in Nordrhein-Westfalen werden 500 Stellen ausgerechnet bei den Berufskollegs eingespart. Das passt doch nicht mehr zusammen. Das sind Fensterreden, die wir in der Bildungspolitik hören.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Römer, Sie haben völlig recht. Wir haben – wie bereits im vergangenen Jahr – beantragt, dass die Stellenkürzung bei den Berufskollegs zurückgenommen wird und die in diesem Jahr geplanten Reduzierungen von 229 Stellen nicht wirksam werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich lasse mir von Ihnen gerne vorwerfen, dass wir diesen Haushaltsantrag in diesem Jahr wieder gestellt haben, und ich kündige Ihnen zudem an: Auch im nächsten und übernächsten und dem Jahr danach werden wir diesen Antrag wieder stellen, weil uns die berufliche Bildung und ihre Qualität am Herzen liegt. Das heften wir nicht einfach ab.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Der dritte bildungspolitische Punkt: Der Landessprecher von Bündnis 90/Die Grünen hat im Umfeld seines Parteitages gesagt, man wolle jetzt – Zitat – ein Friedensangebot an die Gymnasien machen.

Meine Damen, meine Herren, allein die Formulierung ist verräterisch. Denn ein Friedensangebot muss nur derjenige aussprechen, der offensichtlich vorher Krieg gegen die Gymnasien geführt hat. Anders ist das nicht zu erklären.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Probleme im Zusammenhang mit G8 und G9 haben doch nicht allein etwas mit der Verkürzung des Bildungsganges zu tun.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das hat vor allen Dingen damit zu tun, dass das Gymnasium bei der Versorgung von Fachlehrern, bei den Klassenfrequenzen und beim Ganztags systematisch von dieser Landesregierung vernachlässigt wird.

(Beifall von der FDP – Martin Börschel [SPD]:
Mit der Art, wie Sie es gemacht haben, hat es zu tun!)

Sonst gäbe es diese Kritik nicht. Aus diesem Grund haben wir Ihnen einen Stärkungspakt für die Gymnasien vorgeschlagen, der aus der Demografierendite gegenfinanziert wird, die Sie abbauen wollen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Geld ist Voodoo!)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt hinweisen. Wir haben alle mit Besorgnis gesehen, dass bei Opel in Bochum die letzten Autos vom Band gelaufen sind und Alternativen für die Zukunft der Arbeitsplätze vor Ort unverändert unbekannt sind.

Die nordrhein-westfälischen Energiekonzerne befinden sich auf dem Rückzug, E.ON flieht jetzt aus der klassischen Energieerzeugung in die subventionierten erneuerbaren Energien. Wenn aber irgendwann alle Subventionen für Ökoenergie wollen, stellt sich die Frage, wer diese Subventionen bezahlt. Nachhaltig ist das nicht. Das Lagebild Nordrhein-Westfalens ist beklagenswert.

Man fragt sich – gerade mit Blick auf die Pläne von Sigmar Gabriel, die voll gegen energieintensive Produktion und die Energiewirtschaft gehen – nicht nur bei der CDU – da habe ich es schon angesprochen –, sondern auch bei der Landesregierung: Wo sind sie? Wo ist die industriepolitische Kompetenz der nordrhein-westfälischen SPD in dieser Frage, bei Klimaschutzziele im Bund, die keine Auswirkungen auf das Weltklima haben, weil jede Tonne zusätzlich eingespartes CO₂ in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen in Portugal und in Polen zusätzlich verbraucht wird? Wo ist die Stimme der Rationalität aus dem Industrie- und Energieland Nummer eins?

(Beifall von der FDP)

Vielleicht ist es Zeit, dass Sie sich mal um diese großen Fragen kümmern und nicht um – zugegebenermaßen – lebenswürdige, aber doch sehr kleinteilige Projekte.

Wenn Herr Rimmel beispielsweise gerade damit beschäftigt ist, zu regeln, dass man in Einzimmerwohnungen künftig keine Wölfe, keine Hyänen und keine Bären mehr halten darf,

(Heiterkeit von der FDP und Armin Laschet [CDU])

dann mag das ein außerordentlich wichtiges Anliegen sein. Aber wir würden uns wünschen, Herr Rimmel, dass Sie sich mehr um eine rationale Klimapolitik im Interesse dieses Standorts bemühen würden als um die großen und kleinen Tiere im Land.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich habe mir die Haushaltsänderungsanträge der Koalition zur zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss angesehen. Weil sich Herr Römer eben erlaubt hat, Noten zu verteilen, will ich das in Erinnerung rufen, was Sozialdemokraten und Grüne als ein wichtiges Problem erachtet haben, das in einer Bereinigungssitzung des Haushalts- und Finanzausschusses noch zum Thema gemacht werden musste. Dieses wichtige Thema, meine Damen und Herren, war das Urban Gardening. Zitat:

Durch dieses Förderprogramm werden folgende im Landesinteresse liegenden Anreize für die Akteure im Rahmen eines Pilotprojekts gesetzt: Erhalt und Anpflanzung von Obstbäumen und Sträuchern, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für den Bienen- und Klimaschutz, Unterstützung der Kommunen durch die Erstellung eines Handbuchs „Urban Gardening“.

(Beifall von den GRÜNEN – Daniela Schneckeburger [GRÜNE]: Gut so!)

Urban Gardening – die Begrünung des Betons – kann man ganz einfach machen: Empfehlen Sie den Leuten, einen Blumentopf zu kaufen und auf den Gehweg zu stellen. Dann ist es grün.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Statt mit Samenbomben zu werfen, sollten Sie sich lieber um die wirtschaftspolitischen Brachflächen in diesem Land bemühen. Das wäre eine Aufgabe.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zum Beispiel „newPark“ – ich habe den wirtschaftspolitischen Teil mit Bochum und Opel begonnen –: Ein paar Kilometer entfernt könnte ein ökologisches Industriegebiet mit 10.000 Arbeitsplätzen entstehen. Es kommt nicht zustande – entgegen dem Werben und Beteuern unseres Wirtschaftsministers –, weil Sie bei einem ökologischen Industriegebiet die ökologische Handbremse gezogen haben. Da passiert nichts, obwohl alle Akteure vor Ort – Gewerkschaften, Arbeitgeber, die Kreise, die Städte, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer – das wollen.

Das zeigt: Gerade in der Wirtschaftspolitik ist in Nordrhein-Westfalen mehr Ideologie als gesunder Menschenverstand zu finden. Das schadet dem Land auf mittlere Sicht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mein letzter Punkt: Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen darzustellen, dass wir einen starken, konzentrierten Staat wollen. Ich habe über die Zurücknahme von bürokratischer und finanzieller Belastung gesprochen. Ich habe den Schwerpunkt gesetzt, dass wir mehr Investitionen im Bereich der Chancen durch Bildung brauchen.

Aber – da hat Herr Jäger recht – wir haben auch einen zweiten Bereich, der eine Kernaufgabe des Staates ist, die nicht vernachlässigt werden darf, und das ist unsere innere Sicherheit oder – so will ich es einmal übersetzen – die Autorität unseres liberalen Rechtsstaats.

Es brennen Flüchtlingsheime. Wir haben mehrfach über die menschenunwürdige Unterbringung von Menschen, die in Not zu uns gekommen sind, debattiert. Es gab Ausschreitungen in Köln, wo Hooligans angeblich gegen Salafisten aufmarschiert sind, aber eigentlich den liberalen Rechtsstaat und seine tolerante Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung infrage stellen.

Bei all dem – auch bei der Entwicklung der Einbruchskriminalität, Herr Jäger – will man beschämt den Blick zu Boden richten, weil der Staat bei dieser Kernaufgabe nicht in der Lage ist, seinen Aufgaben nachzukommen. In der Situation noch 4.300 Beamtenstellen bei der Polizei durch demografischen Wandel zu kürzen, ...

(Minister Ralf Jäger: Was?)

– Ja, in den nächsten Jahren.

... wo das Durchschnittsalter in vielen Präsidien bei über 50 Jahren liegt, trotz der enormen körperlichen Belastung durch den Wach- und Wechseldienst, das ist unverantwortlich, Herr Jäger.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen eine Polizei, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Wir müssen die Bürokratie dort abbauen und die Verwaltungsstrukturen stärken. Vor allen Dingen, Herr Jäger – jetzt kommt die Zahl –, müssen Sie die Zahl der Anwärterstellen auf das notwendige Maß erhöhen. 1.500 sind zu wenig, 1.800 Anwärterstellen müssen es sein, wenn der demografische Wandel innerhalb der Polizei ...

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wie viele waren es denn bei Ihnen? – Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Entschuldigen Sie, Herr Jäger. Jetzt will ich Ihnen mal eines sagen: Wenn Sie glauben, dass Sie nach dem katastrophalen systematischen Versagen, das Sie in den letzten Monaten gezeigt haben, hier wieder grinsend Zwischenrufe machen können, dann haben Sie sich getäuscht, was Ihre eigene politi-

sche Position und Ihr politisches Gewicht angeht. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit welcher Autorität machen Sie das? Eigentlich hätten wir alle im Landtag nach diesem katastrophalen Versagen und Ihren Auftritten hier erwartet, dass Sie ein Stück mehr Demut gelernt hätten. Aber nichts davon ist passiert.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Der alte Jäger ist wieder da.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Demut von Lindner! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch eines, weil ich fand – nur noch ein Satz, Herr Präsident –, dass das in der Debatte zu kurz kam: Wir erleben eine große Herausforderung unserer Gesellschaft durch die islamfeindlichen Demonstrationen, auch in Bonn und Düsseldorf. Das hat kaum einer der Vorredner überhaupt in den Mund genommen.

Diese enorme Herausforderung löst man nicht dadurch, dass man denen, die da demonstrieren, opportunistisch nachläuft. Aber eines muss man tun: Man muss die Ängste der Menschen – ausweislich einer Umfrage hat die Mehrheit der Menschen solche Ängste – ernst nehmen.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Wenn Sie mit Ihrer unsensiblen Brutalrhetorik pauschal sagen, das alles seien Nazis in Nadelstreifen, die Sorgen wegen nicht zu leugnender Integrationsdefizite haben, Herr Jäger, dann treiben Sie damit die Menschen in Sorge in die Arme konzeptloser Populisten. Das ist das, was Sie in Nordrhein-Westfalen veranstalten. Falsch

(Beifall von der FDP und der CDU)

Große Aufgabe und große Chancen liegen vor diesem Land. – Frau Kraft, Sie bleiben untätig, weil Sie sich ins Klein-Klein, ins politische Pepita, verliebt haben. Dieses Land ist eigentlich stark. Es wird aber schwach regiert. Es könnte großartig sein, ist aber kleingeistig.

(Langanhaltender Beifall von der FDP – Anhaltender Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Lindner. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wir arbeiten hier natürlich in unterschiedlichen Rollen. Norbert Römer und ich reden für die Fraktionen, die die Regierung tragen und die die Arbeit machen müssen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie müssen das nicht!)

Herr Laschet und Herr Lindner haben für die Opposition gesprochen. Sie waren vor fünf Jahren in der Regierung. Naturgemäß können Sie für das, was Sie sagen, nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Ich habe den beiden anderthalb Stunden lang sehr konzentriert zugehört; denn wenn man die Arbeit macht, interessiert einen natürlich, was die Alternativen sind.

Ich nehme eine ganz eindeutige Botschaft mit: Beide wollen Studiengebühren in diesem Land wieder einführen.

(Karlheinz Busen [FDP]: Das ist doch sozial gerecht!)

Das ist eine ganz klare Botschaft an 700.000 Studierende und ihre Eltern: 1.000 € mehr pro Studierendem gehen im Jahr netto vom Verdienst ab. – Das ist das, was Sie wollen.

Bei Herrn Laschet heißt es noch ein bisschen verschwiemelt „Nutzergebühr“. Wir wollen hoffen, dass er bei der Stange bleibt und das auch in seinem Landtagswahlprogramm klar benennt; denn dann haben alle ganz klare Karten und wissen, wenn sie ihn wählen, was sie als Quittung dafür bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Martin Börschel [SPD]: Herr Laschet nickt!)

Einen weiteren Punkt möchte ich ganz kurz ansprechen. Kollege Lindner, weil Sie der Ministerpräsidentin beim Karnevalskostüm beratend zur Seite stehen wollten, habe ich auch eine Empfehlung für Sie: Da die FDP die Costa Concordia der deutschen Politik ist, wäre die Uniform von Francesco Schettino das richtige Karnevalskostüm für Sie.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann hätten Sie auch etwas Adäquates – wenn wir auf dieses Niveau heruntergehen wollen.

(Christian Lindner [FDP]: Mit Toten macht man keine Witze! Mit Menschen, die bei einem Unglück gestorben sind, macht man wirklich keine Witze!)

Kollege Laschet, es gibt ein altes Kinderlied: Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? – Niemand! Nicht nach dieser Rede, Kollege Laschet. Das ist ja der fünfte Haushalt, den wir vorlegen. Wir sind gespannt gewesen, was Sie als potenzieller Ministerpräsident als Rede bringen würden und ob Sie hier eine alternative Bewerbung vortragen würden. In der Bilanz muss ich Ihnen aber sagen: Das würde maximal für den Platz neben Frau Kraft in einer Großen Koalition reichen. Für den Posten des Ministerpräsidenten war das jedenfalls keine Bewerbung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben das auch schon geahnt.

Besonders schäbig fand ich, wie Sie am Beispiel von Burbach das Land schlechtgeredet haben – nach dem Motto: typisch für NRW. Wissen Sie, in Bayern brennen Asylbewerberheime. Niemand von uns käme doch auf den Gedanken, den Bayern vorzuwerfen, sie wären schlecht, weil es da brennt.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, den PIRATEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir wissen alle, dass das bayerische Volk und auch die bayerische Regierung nichts dafür können. Sie nutzen aber Burbach, um das Land an diesem Beispiel schlechtzureden.

(Armin Laschet [CDU]: Die Flüchtlinge waren in der Obhut des Landes! Das ist der Unterschied!)

Sie dürfen die Regierung kritisieren. Das war aber das typische Beispiel dafür, in welcher Art und Weise Sie das machen.

(Armin Laschet [CDU]: Unter der Verantwortung der Bezirksregierung! Schlechter Vergleich!)

Herr Kollege Laschet, ich bin noch nicht fertig. Sie haben in unglaublicher Dreistigkeit die Demonstration in Köln für sich reklamiert. Er hat sich hierhin gestellt und gesagt: Die Hühner, der FC und alle waren auf der Demo in Köln.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Die einzige Partei, die in Köln nicht aufgerufen hat, war die CDU. So ist es.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN – Armin Laschet [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

– So ist es. – Das ist auch kein Einzelfall, Herr Laschet.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist doch gar nicht wahr! Dann lesen Sie doch den „Kölner Stadt-Anzeiger“!)

Hier in Düsseldorf hat es letzte Woche vor dem Landtag eine Demonstration gegeben, zu der sich Teile von uns verhalten haben.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist die Unwahrheit! Unter allem Niveau!)

Unter der Rheinbrücke haben Parteien, Fraktionen und Bürger aus Düsseldorf demonstriert. Auch hier in Düsseldorf war die einzige Partei, die nicht dazu aufgerufen hat, die CDU.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Armin Laschet [CDU]: In Köln hat die CDU

dazu aufgerufen! Sie müssen sich dafür entschuldigen! Das ist gelogen!)

Lieber Kollege Laschet, wer sich mit solchen Federn schmückt und den Eindruck erweckt ...

(Armin Laschet [CDU]: In Köln hat die CDU aufgerufen! Das ist eine Frechheit!)

Herr Kollege Laschet, dann will ich Ihnen noch eines sagen. Die Situation, dass im Moment tatsächlich Menschen Angst eingejagt wird und gegen ausländische Mitbürger Stimmung gemacht wird, hat auch damit zu tun, dass eine große Volkspartei Sachen diskutiert wie: In unseren Wohnzimmern soll nur noch deutsch gesprochen werden. – Damit schürt man genau diese Stimmung. Da haben Sie eine Mitverantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der eigentliche Anlass meiner Rede ist aber die Haushaltsdebatte. Ich würde gerne ein Stück weit eine Bilanz ziehen. Die CDU ist fünf Jahre in der Regierung gewesen. Der Haushalt, den wir hier beschließen, ist der fünfte, seit Sie wieder in der Opposition sind. Bei aller Kritik, die üblich ist und die Sie auch gerne äußern dürfen, muss ich feststellen: Sie haben Ihre Strategie zum Haushalt in den letzten Jahren mehrfach geändert, und zwar mit einer ganz eindeutigen Richtung.

Hoch spannend war Ihr Sanierungskonzept 2013/2020. Mit Luftbuchungen wollten Sie Einsparungen von 1,5 Milliarden € erzielen.

Der Höhepunkt waren knapp 570 Millionen € als Einnahmen aus der Schweiz wegen vorausgegangener Steuerhinterziehung. Das war Ihr Bußgeld. Gleichzeitig ging der Kollege Sieveke hier als Ablassprediger durch den Landtag und sprach immer von Amnestie. Er sah nur noch reuige deutsche Steuersünder und wollte keine CD-Ankäufe mehr.

(Heiterkeit von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir haben klargemacht: Es gibt diese Ankäufe. Es gibt jetzt mehr Transparenz. – Die Gesamtsumme der Einnahmen aus diesem Bereich von 2010 bis 2013 belief sich auf 1,5 Milliarden €. Alleine bis August dieses Jahres gab es 890 Millionen € Mehreinnahmen durch Steuersünder, nur weil wir hart geblieben sind und Ihnen nicht gefolgt sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Allein im Jahr 2014 gab es 35.000 Selbstanzeigen in Deutschland. Die nordrhein-westfälische Bilanz ist ganz interessant. Ich habe mir einmal die Details angeguckt. Von 2010 bis jetzt sind bei der OFD Münster 8.000 und bei der OFD Köln 19.000 Selbstanzeigen eingegangen, also 70 % im Rheinland und nur 30 % in Westfalen. Ich weiß noch nicht genau, was uns das im Detail sagen soll.

Klar ist aber: Wir kämpfen mit einem guten Ergebnis für Steuerehrlichkeit. Sie haben hingegen für die

Menschenwürde der Tresore gekämpft. Das war die falsche Richtung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In Ihrem Haushaltskonzept 2013 hatten Sie Studiengebühren in Höhe von 250 Millionen € stehen.

Da sind Sie ja jetzt wieder eindeutig. Ich bin gespannt darauf, ob diese Botschaft von Ihnen auf Dauer durchgehalten wird. Sie wollen in Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland dieses roll back durchführen. Alle anderen 15 Länder haben die Gebühren abgeschafft. Aber sagen Sie es klar und deutlich! Sie haben auch gesagt, dass Sie die Kindergartengebühren wieder erhöhen wollen. Das sind 150 Millionen für die Eltern und die Kinder in den Familien. Auch das ist eine ganz klare Sache, die Sie ansagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben 2013 große pauschale Kürzungen vorgenommen, 20 % Kürzung auf alle Förderprogramme. Das erinnert an den großen Baumarkt, der gesagt hat: 20 % auf alles außer Tiernahrung. – Aber Sie werden einfach nicht präzise. Konkret werden Sie da nicht. 32 Millionen beim Personal, aber nicht bei Schule, bei Hochschule, bei Polizei, bei Justiz und bei der Finanzverwaltung. Da sind aber 96 % des Personals. Das heißt, pauschal ist der Vorschlag, und dann ist er im Konkreten nichts wert.

Die ganze Haushaltsoperation 2013 waren nur solche einzelnen Luftbuchungen.

In der zweiten Phase im Haushalt 2014 haben Sie hier in der Rede nur noch einen Vorschlag gehabt. Der war richtig bizarr. Sie haben gesagt: Wie im Saarland 10 % des Personals einsparen! Das war Ihr Vorschlag.

Das Land Nordrhein-Westfalen bezahlt etwas über 400.000 Stellen. Dann erschrecken immer alle. Das sind 160.000 im Lehrbereich, 116.000 in den Hochschulen, 50.000 bei der Polizei, 30.000 in der Justiz, 30.000 in der Finanzverwaltung. Das sind die großen Brocken. Aber wenn es konkret werden soll, wenn Sie sagen sollen, wo denn die Stellen eingespart werden, dann sind Sie immer weg. Dann bleiben immer nur die Ministerien und die Bezirksregierungen übrig. Das sind alles in allem 11.000. Wenn ich die komplett streiche, kann ich die 40.000 nicht einsparen. Aber das ist wohl CDU-Voodoo-Ökonomie. Sie kriegen es anders nicht hin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben eine Konstante, nämlich dass Sie das Land schlechtreden. Sie nehmen das einfach nicht zur Kenntnis. Wir haben im August dieses Jahres eine Untersuchung von PricewaterhouseCoopers gehabt, ein Länderfinanzbenchmarking, einen Vergleich aller 16 Bundesländer. Das heißt, das war kein Gutachten, das wir in Auftrag gegeben haben, das speziell Nordrhein-Westfalen begünstigt.

Wenn Sie sich die Zahlen angucken – ich habe sie zur zweiten Lesung ja im Detail dargestellt –, können Sie sehen, dass das Land Nordrhein-Westfalen sehr gute Ergebnisse hat im Vergleich der Kosten der Strukturen auch zu den anderen Bundesländern. Wir sind nicht auf Platz eins. Das will ich gar nicht sagen. Aber wir sind immer wieder auf den Plätzen fünf oder sechs von 16 Ländern. Das ist also ganz anders, als Sie es jedes Mal darstellen, und zwar in einem Vergleich, der über alle 16 Länder gezogen wurde.

Jetzt nähern wir uns der dritten Phase, in der Sie aus meiner Sicht Ihre Haushaltsstrategie mal offenlegen müssten. Wir befinden uns zwei Jahre vor der Landtagswahl. Wenn Sie den Anspruch hätten, tatsächlich 2017 hier die Regierung zu übernehmen, dann müssten Sie konkreter, präziser, verbindlicher werden. Aber was kommt jetzt stattdessen? – Bürokratieabbau! Stattdessen kommen Wirtschaftsbeschleunigung und Wachstumsprognosen. Aber da, wo Sie uns immer geißeln, dass wir Geld falsch ausgeben, kommt nicht ein konkreter Einsparvorschlag, den Sie tatsächlich umsetzen würden,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

mit der Ausnahme der unsozialen Studiengebühren und der Beiträge zum Kinder- und Jugendbereich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie aber immer machen, ist das Land schlechtreden. Ich habe vorhin eine Strichliste geführt, als Sie angefangen haben, zu reden. Ich habe es nachher aufgegeben. Denn es dauerte keine zwei Minuten, dann waren Sie schon wieder an der Stelle unterwegs.

Sie, Herr Laschet, drehen ja eine interessante Pirouette nach der anderen. Sie wollten uns die Dobrindt-Maut hier auch noch als Gabriel- und Dobrindt-Maut verkaufen. Dann waren Sie der große Drachentöter, der verhindert hat, dass sie auf alle Straßen ausgedehnt wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Betonung liegt auf „groß“!)

Sie haben alle kritisiert, die diesen Unsinn weiterhin „Unsinn“ genannt haben. Sie wissen doch ganz genau – gerade weil wir beide in der Grenzregion wohnen –, welche Reaktionen es gibt, wenn es heute im Kabinett beschlossen wird. Die Holländer, die Belgier und die Luxemburger werden reagieren. Dann wird es alle hier belasten.

(Armin Laschet [CDU]: Wer beschließt das denn?)

Es passt nicht zu einem modernen Europa. Deswegen müssen Sie sich so aufstellen – da haben Sie uns an Ihrer Seite –, dass die Maut überhaupt nicht kommt. Wir können zusammen nur hoffen, dass es irgendeinen verständigen Richter gibt, der das Gan-

ze beerdigt, weil es für uns überhaupt keine Zukunftsperspektive hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich hätte gerne Ihre Unterstützung an einem anderen Punkt. Denn egal, ob Sie 2017 Opposition oder Regierung sind: Mit der strukturellen Benachteiligung dieses Landes hätten Sie genauso zu kämpfen wie wir. Da wäre genau die Zäsur, um sich endlich ehrlich zu machen und um auch draußen zu vertreten: Es gibt seit mehr als 20 Jahren eine Benachteiligung dieses Landes.

Neben dem Strukturwandel müssten wir uns verständigen, worin die besteht. Dann kann man politischen Wettbewerb machen, aber davor müsste man klar haben: Was ist die Benachteiligung? Warum haben wir sie?

Es ist ja angesprochen worden. Der Kollege Optendrenk – Ihr Schattenfinanzminister in spe – hat in seiner Rede zur zweiten Lesung ausgeführt, man dürfe nicht verschweigen, dass NRW von den anderen nicht benachteiligt worden sei, sondern unter anderem vom Kohlepfennig und den Kohlebeihilfen in Milliardenhöhe profitiert habe. Der Kollege Rehbaum von der CDU hat am 5. Dezember in die gleiche Kerbe geschlagen und auch einen Schuldigen ausgemacht. Schuld an der Benachteiligung Nordrhein-Westfalens seien Verhandlungsfehler von Johannes Rau im Jahr 1993.

Interessant ist an der Stelle: Das liegt über 20 Jahre zurück. Ich glaube auch, dass daran etwas richtig ist, aber es war nicht die SPD alleine. Machen Sie sich also da keinen schlanken Fuß! Wir kennen alle die Kollegen: Fritz Kollorz, der hier war, der Bundesknappschaftsvorsitzende und CDU-Kollege, Helmut Linssen, Finanzminister, jetzt noch im Vorstand der RAG-Stiftung, Lothar Hegemann, jetzt gerade nicht im Raum, aber schon lange hier tätig, und auch andere. Das heißt, es gab immer einen großen Kohlekonsens, dass der Strukturwandel in NRW von 600.000 Bergleuten über 170.000 zu Beginn der 90er-Jahre mit Bundesunterstützung aufgefangen werden soll.

Wenn man das aber gemeinsam so lange so getragen hat – ich weiß ja auch, dass erst in den späteren Jahren die Position geändert worden ist, auch mit Ihrer Hilfe –, dann muss man die strukturelle Benachteiligung daraus auch zusammen benennen und muss nach vorne das reklamieren, was geändert werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist der ganz entscheidende Punkt.

Es ist doch eines eindeutig – ich habe mir die Zahlen seit 1990 herausuchen lassen –: Es hat in den Jahren von 1990 bis 2000 in jedem Jahr im Durchschnitt etwa 4 Milliarden an Beihilfen gegeben, Kohlepfennig und Absatzbeihilfen. 4 Milliarden €! Das

sind, wenn Sie es auf heutige Werte umrechnen, 6 Milliarden pro Jahr.

Wenn die im Bund um einen Tisch zusammensitzen, die Finanzmittel verteilen und jemand vorab 4 Milliarden kriegt, dann sagen alle anderen natürlich: Jetzt seid an der einen oder anderen Stelle aber ein bisschen ruhiger! – Daraus rührt her – das ist aus meiner Sicht die Wurzel –, dass wir bei den ...

(Armin Laschet [CDU]: Es hat keiner geholfen!)

– Herr Laschet, das ist genau das, was ich Ihnen vorwerfe. Sie machen sich den schlanken Fuß: Von uns hat keiner geholfen.

Herr Laschet, ich bin einmal in Berlin gewesen und habe mit Ihrem früheren Bundeskanzler über die Kohlestrategie der CDU geredet. Sie waren in der großen Kohlekoalition Jahrzehnte beteiligt. Ich habe eben die Kollegen genannt, die sich persönlich über Jahre dafür eingesetzt haben. Natürlich waren Sie eingebunden und haben Sie es mitgetragen.

Mir geht es nur um Folgendes: Wir wollen Sie als Verbündeten haben, wenn wir uns aufstellen und den Hessen, Baden-Württembergern und allen anderen sagen, dass diese strukturelle Benachteiligung des Landes, die da eine Wurzel hat, aufhören muss. Es kann nicht angehen, dass wir im Verkehrsbereich als großes Infrastrukturland mit Ost-West- und mit Nord-Süd-Achsen 15 % der Regionalisierungsmittel erhalten. Nach Königsstein stünden uns 21 % zu. Die Leistung ist höher. Das sind jedes Jahr 400 Millionen €, die uns fehlen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Laschet, es ist doch völlig klar, dass in der Verteilungsauseinandersetzung, die zurzeit zwischen den Bundesländern läuft, wo die Parameter für die nächsten 20 Jahre fixiert werden, die Hessen und die Baden-Württemberger nicht natürliche Verbündete von Nordrhein-Westfalen sind. Wenn ich zu meinen grünen Kollegen gehe, die jetzt in acht Landesregierungen beteiligt sind, sagen die doch nicht, weil ich so ein sympathischer Kerl sei, mache man das Portemonnaie auf. Wenn aber die Kronzeugen gegen uns immer aus Ihren Reihen kommen – das ist der Punkt – und Sie das mitbefördern, dann wird das Verhandeln nicht leichter. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame Position.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Königsteiner Schlüssel aus dem Königsteiner Staatsabkommen von 1949 regelt die Verteilung zwischen den Bundesländern nach Steuerkraft und Bevölkerungszahl. Da liegt Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten bei gut 21 %, weil wir mit unseren rund 18 Millionen Einwohnern 21 % der Bundesrepublik ausmachen. Abweichend von diesem Schlüssel erhalten wir in relevanten Bereichen weniger Geld. Das ist der Punkt, der geändert werden muss.

Ich habe die Regionalisierungsmittel angesprochen, aber auch im Hochschulbereich ist es so. Wir erbringen eine unglaubliche Leistung im Hochschulbereich. Wir bilden 26 % der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland aus – ich komme nachher noch auf die Finanzen –, was weit mehr ist als unser Bevölkerungsanteil. Das heißt, wir sind ein offenes Land, in das die jungen Studierenden kommen und in dem sie gerne studieren. Wir bekommen aber für den Hochschulausbau und -neubau nur 15 % der Bundeszuschüsse. Das heißt, wir liegen da zehn Prozentpunkte unter dem, was wir leisten. Das Mindeste wäre der Königsteiner Schlüssel, aber eigentlich sollte man fairerweise das zugeben und sagen, die Mittel werden nach dem Schlüssel verteilt, den man leistet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb können wir uns nicht mehr kleinmachen und das akzeptieren.

Herr Kollege Laschet, ich habe mit Interesse Ihr Interview im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 4. Dezember gelesen. Darin schlagen Sie vor, den Soli nicht in den Steuertarif zu integrieren, sondern die Mittel stattdessen für Infrastruktur ausgeben. Dazu kam von der Zeitung die richtige Frage, wie man bei einer zweckgebundenen Abgabe sicherstellen kann, dass nicht wieder der größte Teil nach Bayern fließt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich zitiere Sie, und zwar richtig. – Sie haben geantwortet: „indem die Gelder aus einer solchen Infrastrukturabgabe nach Bedarf vergeben werden.“

Jetzt frage ich Sie: Was glauben Sie, was der bayerische Bundesverkehrsminister antwortet? – Er wird sagen: „Ich vergebe Mittel immer nach Bedarf, nach sachlichen Kriterien.“ Das hat er über die ganzen Jahre so gemacht.

Wir brauchen aber an der Stelle einen klaren Schlüssel, der nicht wieder zulässt, dass dieses Land benachteiligt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das Land ist ein solidarisches Land. Ich führe noch einmal als Beispiel die Fernuniversität Hagen mit über 80.000 Studierenden an. Wir bezahlen 70 % dieser Universität, aber nur 30 % der Studierenden kommen aus unserem Land. Das ist eine Einrichtung, die es berufstätigen Menschen, die nicht hauptberuflich in eine Uni gehen können, wenn sie zum Beispiel in ländlichen Räumen leben, möglich macht, zu studieren und einen Abschluss zu machen. Wir bezahlen das, weil wir solidarisch sind. Das sind 60 Millionen € pro Jahr. Das ist gut so, und das wird auch durchgehalten. Aber dann einzuklagen, dass Nordrhein-Westfalen diese Leistung auch anerkannt bekommt – nicht mehr, als wir leisten, aber eben auch nicht ständig unter dem –, das muss – bei allem Wettbewerb – unsere gemeinsame Aufgabe sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Letzter Punkt dazu: Vor Beginn der Umverteilung zwischen den Bundesländern haben wir die fünfthöchste Pro-Kopf-Einnahme aller Bundesländer. Nach der ganzen Umverteilungsoperation, wenn die Umsatzsteuer einberechnet wird, sind wir auf dem letzten Platz. Wir können hier machen, was wir wollen, aber wenn dieser Missstand nicht grundsätzlich beseitigt wird und nicht andere Weichenstellungen vorgenommen werden, haben wir keine Chance. Sie hätten sie auch nicht, wenn Sie denn noch einmal in der Regierung wären.

Es gibt immer wieder Menschen – der Tenor kam eben in beiden Reden wieder durch –, die, da die Steuereinnahmen gestiegen sind, fragen, was wir eigentlich mit dem Geld machten. – Ich mache in diesem Landtag im fünfzehnten Jahr meine Arbeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass das, was wir im Kabinett und in den Regierungsfractionen leisten, eine vernünftige, solide Arbeit ist. Ich meine auch, dass wir uns auf gar keinen Fall irgendwie zurücknehmen müssen für das, was wir in den letzten fünf Jahren mit den Finanzmitteln gemacht haben und in diesem Haushalt vorsehen. Man kann das sehr gut begründen.

Die Neuverschuldung – das ist schon angesprochen worden – lag in der mittelfristigen Finanzplanung der alten Regierung noch bei 6,5 Milliarden €. Dann sind die Steuereinnahmen zwar besser geworden – das wollen wir gar nicht bestreiten –, aber wir haben die Neuverschuldung schon im ersten Jahr auf 3 Milliarden € gesenkt, und wir werden im nächsten Jahr mit dem Haushalt, den wir beschließen, bei 1,9 Milliarden € landen. Zielgrößen für die Jahre 2016 und 2017 sind 1,4 und 1,3 Milliarden €. Bis jetzt sind wir in jedem Jahr unter der Zielgröße gelandet. Insofern ist das eine klar abfallende Größe trotz allem, was wir geleistet haben und worauf ich gleich noch zu sprechen komme.

Ich möchte aber gern die Punkte, bei denen wir viel Geld in die Hand genommen haben, ansprechen, denn ich bin es leid, dass uns das vorgeworfen wird.

Für mich ist da der allererste Punkt die Finanzierung der Kommunen. Wir haben nämlich alle erlebt und wir erleben es immer wieder, denn wir sind in den Städten verankert und zu Hause, mit welchen Schwierigkeiten unsere Kommunen zu kämpfen haben. Es war ein beispielloser Raubzug, den die Vorgängerregierung an den Kommunen und am Gemeindefinanzierungsgesetz gemacht hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben schon, als wir mit der Minderheitsregierung im Jahr 2010 angefangen haben, im ersten Nachtragshaushalt die allergrößten Probleme beseitigt. Wir haben dafür viel Geld in die Hand genommen.

Die erste Maßnahme bestand in der Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer. Wir haben den Kommunen 2010 sofort ihren Anteil wiedergegeben. Das summiert sich mit diesem Haushalt in den Jahren von 2010 bis 2015 auf 1,1 Milliarden €. Wenn immer wieder gesagt wird, wir hätten Mehreinnahmen, und gefragt wird, was wir damit machen, habe ich keine Lust, mir vorwerfen zu lassen, dass wir den Kommunen den Anteil wiedergegeben haben. Wir könnten uns damit besserstellen, aber wir waren fair.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mit den gleichen Haushalten bis zu diesem Punkt haben CDU und FDP eine obligatorische Betrachtung des GFG zur Konsolidierung des Landeshaushaltes vorgenommen. Man stelle sich vor, wir würden das jetzt genauso machen und 500 Millionen € im Jahr aus dieser GFG-Masse in Höhe von 9 Milliarden € zur Konsolidierung unseres Haushaltes herausnehmen!

Schwarz-Gelb hat das getan. Wir haben das im Jahr 2010 gestrichen. Der Betrag lag bei 166 Millionen € pro Jahr. Das würde über fünf Jahre – einschließlich dieses Haushalts eine weitere Milliarde Euro darstellen, die wir fairerweise den Kommunen, weil sie in dieser Situation sind und weil dieses Geld ihnen zusteht, wiedergegeben und nicht für uns behalten haben. Wir stünden jetzt schon mit 2 Milliarden € besser da, aber wir haben das nicht gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der Regierungsbank)

Dann habe ich mit Freude den CDU-Bundesparteitag in Köln verfolgt. Da hat die Kanzlerin diesen unmöglichen Satz gesagt: Vier Regierungsjahre und vier Niederlagen vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes – die CDU müsse dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen ein Rechtsstaat bleibe.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Schämen sollten Sie sich! – Weitere Zurufe)

– Ich habe mir gewünscht, dass jemand von Ihnen Beifall klatscht. Damit haben Sie sich entlarvt. Das ist genau die Haltung, die Sie an den Tag gelegt haben.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie sind nur so wenige, da fällt das nicht auf.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich habe mich erstens geärgert, weil wir in der politischen Debatte eine gewisse Dualität über „Rechtsstaat“ und „Unrechtsstaat“ haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Da bin ich vielleicht zu sensibel.

Ich habe mich aber zweitens geärgert, dass die CDU uns das vorwirft. Das Verfassungsgericht korrigiert und kritisiert Politik. Das ist völlig in Ordnung. Man verliert nicht gern, aber das passiert.

Die CDU – das haben wir eben gehört – hat in den fünf Jahren ihrer Regierungszeit in NRW zwölf Verfahren verloren. Uns werden vier verlorene Verfahren in vier Jahren vorgeworfen. Bundeskanzlerin und Bundesregierung haben in dieser Zeit bei bundesgesetzlichen Regelungen – in der letzten Legislaturperiode zusammen mit der FDP – 32 Verfahren in vier Jahren verloren.

(Ministerin Barbara Steffens: Oh! – Minister Johannes Remmel: Unrechtsstaatlich!)

Da muss uns niemand vorwerfen, wir hätten hier keinen Rechtsstaat mehr. Das ist eine unglaubliche Entgleisung.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der Regierungsbank)

Ich komme zu einer dieser Verfassungsklagen, die wir verloren haben, was uns angerechnet wird, nämlich die Klage um das Einheitslastenabrechnungsgesetz, genannt ELAG.

(Zurufe von Christof Rasche [FDP] und Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Das ist genau das Gesetz, das den Ausgleich zwischen Kommunen und Land bei der Frage der Bewältigung der Folgen der deutschen Einheit regelt. Da haben die Kollegen von CDU und FDP ein Gesetz gemacht, gegen das die Kommunen geklagt haben. Das Urteil kam zwei Jahre später. Das war dann in Anführungszeichen „unsere“ Niederlage.

Aber vor allen Dingen: Wir bezahlen das jetzt. Wir bezahlen rückwirkend das, was den Kommunen genommen worden ist. Wir haben auf eine Belastung von 240 Millionen € verzichtet, die wir ihnen hätten abnehmen müssen, und tragen das in Zukunft in einer fairen Weise, nachdem wir uns geeinigt haben. Das müssen wir uns als „verschwenderrische Ausgabe“ vorhalten lassen. Das passt doch nicht zusammen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind weitergegangen. Wir haben den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgelegt. Es ist vorhin schon einmal gesagt worden: Zu Beginn unserer Regierungszeit hatten 144 Kommunen einen Nothaushalt. Wir haben geholfen und angepackt, so dass es im nächsten Jahr nur noch drei Kommunen sind.

Ich habe nicht gesagt, dass wir das alleine waren; das will ich gar nicht so darstellen. Die Mehreinnahmen lagen auch auf kommunaler Seite. Aber wir haben das Ganze angepackt und haben 61 Kommunen im Stärkungspakt. Für die ist das zwar eine Belastung, aber sie haben mit der Hilfe des Landes

eine Chance, ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Der Stärkungspakt kostet uns am Ende von 2011 bis 2015 1,93 Milliarden €. Das sind nur für diese fünf Jahre knappe 2 Milliarden €. Wenn er 2020 ausläuft, hat das Land insgesamt 4 Milliarden € zusätzlich in die Hand genommen.

Das alles betraf nur den Bereich „Kommunen“. Wir haben jedes Mal über Beträge in Höhe von 1 Milliarde €, 1 Milliarde € und jetzt 4 Milliarden € in toto geredet. Das ist kein herausgeworfenes Geld. Das ist kein Luxus, den Rot und Grün sich erlauben. Wir gehen nicht verschwenderisch damit um, sondern das ist eine Antwort auf die Notsituation in den Kommunen, die alle kennen und die auch die CDU-Kollegen kennen müssten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Beim GFG gibt es eine Steigerung. Beim GFG – das ist der Anteil, der den Kommunen an den Steuereinnahmen zusteht – ist eine Steigerung von 7,6 auf 9,6 Milliarden € zu verzeichnen. Das sind 2 Milliarden € mehr für die Kommunen. Sie profitieren von den höheren Steuereinnahmen. Alles, was wir gemacht haben, ist noch zusätzlich und hilft jedenfalls ein Stück, das Ganze zu lindern.

Ihnen ist es vielleicht nicht aufgefallen, aber: In den Reden von Herrn Lindner und Herrn Laschet gab es wenig zur frühkindlichen Bildung und zum U3-Ausbau.

(Armin Laschet [CDU]: Mein schmales Manuskript!)

Können Sie sich vorstellen, wie Sie getobt hätten, wenn wir nicht den beispiellosen Ausbauprozess hinbekommen hätten?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Insgesamt finden sich im Haushalt 2015 für den Bereich „frühkindliche Bildung“ 2,3 Milliarden €. 2010, als das Ressort von Herrn Laschet nach der Wahl abgegeben wurde, waren es 1,3 Milliarden €. Das ist im Vergleich 1 Milliarde € mehr für die frühkindliche Bildung! Müssen wir uns vorwerfen lassen, dass wir frühkindliche Bildung finanzieren? – Ich meine nicht!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir schaffen mit dem Haushalt, den wir gleich beschließen, den Ausbau auf 166.000 Plätze – das heißt: noch einmal 10.000 obendrauf. Es ist richtig: Wir wissen, dass die jungen Familien, die jungen Männer und Frauen, wieder in den Beruf wollen. Der Bereich wird ausgebaut. Das ist auch noch nicht das Ende. Aber wir haben jedenfalls eine hervorragende Leistungsbilanz: 100 Millionen € zusätzlich für qualitative Verbesserungen! Insgesamt haben wir 270 Millionen € – auch für qualitative Verbesserungen, weil sie nötig sind. Wir brauchen kein Dankeschön; wir machen nur unsere Arbeit.

Ich habe das dahin interpretiert: Dass die Kollegen dazu nicht geredet haben, ist dem Respekt vor unserer Leistung geschuldet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Den Hilferuf des Kollegen Laschet an Frau Löhrmann „Verbessern Sie das G8!“ habe ich wie folgt verstanden: „Wir haben G8 eingeführt. Wir haben dabei sehr viele Fehler gemacht. Aber wir haben euch im Schulkonsens die Hand gereicht. Jetzt verbessert es bitte so, dass es vernünftig funktioniert.“ – Das ist in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Das wird gemacht. 16 Milliarden € fließen in diesen Bereich; das ist ein Viertel des Haushalts. Die Bilanz ist aus meiner Sicht sehr gut. Wir haben 109 neue Sekundarschulen. Wir haben 91 neue Gesamtschulen seit 2010. Das alles basiert auf einem kommunalen Willen. Egal, ob es sich um SPD- oder CDU-regierte Kommunen handelt: Unten ist der Schulkonsens als ein Mittel angekommen, die Probleme mit fallender Kinderzahl tatsächlich zu lösen. Insofern ist das eine hervorragende Bilanz.

Die Frage „Rückkehr zu G9 oder Beibehaltung von G8“ ist mit dem runden Tisch beantwortet worden. Sie ist im Konsens auch mit den CDU-Kollegen – so habe ich es verstanden – beantwortet worden. Es gibt kein Rollback, weil wir alles noch einmal durch den Wolf drehen würden. Die Schulen sagen hierzu: „Lasst uns erst einmal weiterarbeiten. Macht die qualitative Verbesserung.“

Da müssen wir noch liefern. Das kommt in Kürze. Damit wäre auch diese Baustelle aus meiner Sicht jedenfalls hervorragend bearbeitet.

Das Thema „Hochschulen“ hatte ich schon angesprochen. Ich finde die Leistungsbilanz bei den Hochschulen großartig. Über die letzten vier Jahre wusste man nicht so genau, auf wen sich die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition einschießen. Lange waren die Wissenschaftsminister die Zielscheibe. Aber wir können doch eine Bilanz ziehen über alles, was wir machen – sowohl ökonomisch als auch mit Blick auf die Studienplatzzahlen und die Angebote –, die sehr gut ist.

Wir haben mit 72 öffentlichen und privaten anerkannten Hochschulen in NRW die dichteste Hochschullandschaft in Deutschland und in ganz Europa. Wir haben die Zahl der Studierenden in diesem Wintersemester auf 712.000 gesteigert. Das sind noch einmal 4 % mehr. Und letztes Jahr hatten wir den doppelten Abiturjahrgang. Gegenüber 2010 haben wir 210.000 mehr Studierende. Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen, wir müssen eines lernen – ich bin in der Vorbereitung selbst völlig überrascht gewesen –: Wir haben in nur vier Jahren den Anteil der Studierenden eines Jahrgangs von

45/46 % auf 60 % gesteigert. Das ist eine unglaubliche Leistung, trotz aller Kritik so viel mehr junge Leute zu gewinnen, in die Hochschulen zu gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das dürfen wir nicht verschweigen. Das ist unsere Selbstkritik. Wir müssen das dann auch kommunizieren – bei all dem, was an Kritik kommen kann.

Eben ist vorgetragen worden, wir würden mit dem Haushaltsansatz die Hochschulen verarmen lassen. Dazu sage ich: 2010 waren es 5,8 Milliarden €, 2015 werden es 7,8 Milliarden € sein. Das ist eine Steigerung von 34 % im Wissenschaftshaushalt. Die braucht es allerdings auch.

Ich stehe nicht an, nicht zum Bund zu sagen, danke schön für das, was der Bund zusätzlich gegeben hat. Aber wir haben jedes Mal kofinanziert. Das ist eine Anstrengung gewesen. Wir haben es aber gemacht, weil es eine lohnende Investition ist. Weiß Gott müssen wir uns nicht kleinmachen für das, was wir da leisten, auch nicht vor Bayern und anderen.

Wenn man bei PricewaterhouseCoopers nachschaut, wird man nachlesen können, dass die Bayern 271 € je Einwohner aufwenden. Wir geben 268 € je Einwohner für die Hochschulen aus. Die Zahlen sind übrigens im Jahre 2012 verglichen worden. Das sind 3 € weniger als in Bayern. Da brauchen wir uns nichts kleinreden lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir bilden viel mehr aus. Wir bilden pro Tausend Einwohner 34 Studierende aus. Die Bayern schaffen 26. Die stellen sich aber hin und sagen, sie gäben pro Studierenden viel mehr Geld aus als diese Schuldner in Nordrhein-Westfalen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, weil das eine völlig unfaire Betrachtung ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Bei allen Anstrengungen und bei einer fallenden Linie waren wir in der Lage, an zwei Stellen noch einmal erhebliche Mittel in die Hand zu nehmen. Wir haben uns bei der Schulsozialarbeit darauf verständigt, den Kommunen eine Fortführung zu ermöglichen. Für mich ist das völlig klar: Schulsozialarbeit ist mit dem Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt worden als Leistung dieser Minderheitsregierung. Damals sind 400 Millionen € hineingepackt worden; davon gingen für 2011 bis 2013 100 Millionen € nach NRW. Das ist ganz eindeutig Sozialarbeit in der Schule, eingeführt von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, damals Ursula von der Leyen. Insofern ist die Erwartung, dass der Bund dieses Programm in der Sache, weil es vernünftig ist, auch fortführt, doch völlig normal und auch richtig gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben gesagt: Bevor das alles den Bach heruntergeht, weil sich der Bund nicht bewegt, packen wir

da noch einmal erhebliche Mittel an 47 Millionen € pro Jahr sind kein Kleingeld. Wir machen das, damit Sicherheit da ist, nicht nur für ein Jahr. Wir garantieren die Fortführung dieses Programms für drei Jahre mit entsprechenden Fördersätzen. Wir haben darüber intensive Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt. Es fällt manchem Geschäftsführer schwer, zu lächeln und danke zu sagen. Aber an der Stelle war es so: Es ist anerkannt und akzeptiert worden, dass wir es schaffen – ich verstehe das auch, das ist wie bei den Tarifverhandlungen, wo die Kolleginnen und Kollegen immer ein anderes Gesicht machen müssen –, einen Konsens über die Modalitäten zu erzielen. Und wir stellen uns zusammen auf und weisen darauf hin, dass es eine Sache des Bundes ist und dass wir erreichen wollen, dass nach 2017 der Bund diese Arbeit fortführt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zum Thema „Flüchtlinge“. Wir erleben im Moment in Syrien und im Irak den Zusammenbruch jeder staatlichen Ordnung und eine riesige humanitäre Katastrophe. Die Hälfte der Einwohner Syriens ist auf der Flucht, und in Deutschland werden allein in diesem Jahr 200.000 Menschen als Flüchtlinge Asyl und Schutz suchen. Es ist davon auszugehen, dass das nächste Jahr nicht zu Ende ist. Deswegen müssen wir, weil hier wieder der Königsteiner Schlüssel greift, 21 % der Erstantragsteller aufnehmen und dafür sorgen, dass wir die Kapazitäten in diesem Land schaffen und dass wir die Kommunen dabei unterstützen.

Wir hatten 2011 10.000 Flüchtlinge, in diesem Jahr haben wir 40.000. Die Zahlen sind in den letzten Jahren korrespondierend zu der Krise sehr schnell angewachsen. Der Bund drückt sich. Er hat sich lange Zeit gedrückt, uns oder den Kommunen überhaupt direkt Geld dafür zu geben. Dann hat der Bund öffentlich 1 Milliarde € für zwei Jahre angekündigt. Das war ja schon Teil der Diskussion. Und wenn man dann im Kleingedruckten nachschaute, war klar, dass es die Hälfte als Zuschuss gibt und den Rest als rückzahlbares Darlehen.

Wir leiten alles, was es als Zuschuss gibt, weiter. Wir mobilisieren zusätzlich eigene Mittel in einer Größenordnung von 91 Millionen €. Diese Mittel gehen auch an die Kommunen weiter. Damit leisten wir unsere Unterstützung. Aber wir können nicht noch zusätzliche Darlehen aufnehmen, die wir dann zurückzahlen müssen. Da gibt es dann auch eine Grenze dessen, was wir machen können. Aber wir nehmen schon erhebliches Geld in die Hand.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Um das auch klar zu sagen: 2010 hatten wir im Haushalt 60 Millionen €, jetzt haben wir im Haushalt 390 Millionen € zur Bewältigung der Flüchtlingskatastrophe. Das ist – in Anführungsstrichen: nur – der Teil, bei dem es darum geht, dass die Menschen zu uns kommen. Und wer genau hinschaut, weiß, was

mit den Menschen in Syrien und im Irak passiert. Diese können hierherkommen und brauchen nicht mehr unter Kriegsbedingungen zu leben, sondern werden hier vernünftig angenommen.

Ich bin beeindruckt von der großen Welle von Hilfsbereitschaft in vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Da ist bis jetzt eine andere öffentliche Stimmungslage gegenüber den Flüchtlingen, als das früher schon einmal gewesen war.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir sind dankbar dafür, dass die Stimmungslage nun so ist. Wir unternehmen jedenfalls Erhebliches, um die Kommunen zu unterstützen. Wir erfüllen die Verabredungen der beiden Flüchtlingsgipfel und setzen das um, was wir da zugesagt haben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe versucht aufzuzeigen, wo die strukturellen Probleme liegen. Ich habe versucht, Herrn Laschet das Angebot zu machen, dass wir uns in Berlin zusammen aufstellen bei dem, was jetzt an Verteilungsauseinandersetzungen ansteht. Wir müssen das machen, weil dort die Parameter wieder für 20 Jahre festgelegt werden. Und wir erheben keinen Anspruch, der in irgendeiner Form unbotmäßig wäre, keinen Anspruch, der uns daran hinderte, im normalen politischen Wettbewerb weiterhin miteinander zu ringen und zu arbeiten. Das müssen wir machen; da haben wir unterschiedliche Rollen als Regierungsfractionen und als Opposition.

Aber die Kernfrage, ob wir uns da zusammen aufstellen, ist ganz klar. Dazu gehört, dass Sie aufhören – ich sage es noch einmal –, das Land bei jeder Gelegenheit schlechtzureden, weil Sie meinen, Sie hätten einen kurzfristigen Vorteil davon.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie waren nicht sehr konkret bei dem, was Sie zur Haushaltspolitik gemacht haben. Ich habe geschildert, wie das in den letzten drei Haushalten 2013, 2014, 2015 war. Das ist Ihr gutes Recht, weil Sie genau wissen: Wenn Sie konkret mit Einsparvorschlägen werden, dann kriegen Sie die Widerstände an der entsprechenden Stelle.

Ich kann nur sagen: Das ist der fünfte Haushalt, den wir mit den Fraktionen von SPD und Grünen gemeinsam beschließen. Ich finde, es ist ein sehr guter, ein verantwortbarer Haushalt. Er ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung. Und trotzdem machen wir das, was im Land notwendig ist; genau an den Punkten handeln wir – ohne irgendwelche luxuriösen Sachen, irgendwelche Verwöhnsachen. Diese Minidinger, die immer wieder herausgezogen werden, mit denen Herr Lindner und Herr Laschet irgendwelche Skandale erzeugen: Das ist doch lächerlich, ehrlich gesagt.

Die Grundlinie ist im Haushalt, aus meiner Sicht jedenfalls, solide und vernünftig. Ich bedanke mich

bei den Fraktionen für die Zusammenarbeit, die zu dem Haushalt geführt hat, und bitte natürlich beide Fraktionen um Zustimmung. – Danke schön.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Priggen. – Nun spricht für die Piratenfraktion der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und zu Hause!

Zunächst, Herr Priggen, vielen Dank für Ihre Sachlichkeit. Ich fand es recht angenehm. Denn das Parlament ist ein Ort der politischen Debatte, und das ist auch gut so. Aber wie hier mit Mehr- und Minderheiten umgegangen wird, ist haarsträubend. Am Beispiel der Haushaltsdebatte wird das immer wieder deutlich.

Lassen Sie mich eines ganz klar sagen: Für uns sind fünf Minuten ehrliche und offene Debatte wichtiger als vierzig Minuten Schaumschlägerei.

(Beifall von den PIRATEN)

Deshalb werde ich mich kurzfassen. Wie immer werden in diesen erstarrten Parlamentsritualen Änderungsanträge abgelehnt, weil sie von der falschen Fraktion kommen. Das ist nicht in Ordnung. Auf den Inhalt nehmen die Regierungsfaktionen keine Rücksicht. Dabei reden wir hier über Schulsozialarbeit, über Studierende, über Flüchtlinge. Kurzum: Wir reden hier über Menschen. Und da sollte das parlamentarische Farbenspiel hintanstehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Im Ergebnis befeuert das nur die um sich greifende Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger. Daher haben wir Piraten uns entschlossen, uns diesem Ritual zu entziehen. Wir wollen einen Parlamentarismus, der Inhalte in den Vordergrund stellt.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier die wichtigsten Punkte: Der vorliegende Haushalt ist nicht in der Balance – im Gegenteil. Er ist weit davon entfernt. Hier betreibt die Regierung nur schlichte und hilflose Zahlenmechanik. Die Frage ist: Was sind die Ziele der Landesregierung? Wo bleibt die klare Kante in der Haushaltspolitik? Innovative Zukunft kommt nicht vor. Wir können nur erkennen, dass Sie den Notstand verwalten. Sie bewahren Besitzstände, und Sie schreiben Altlasten fort. Es fehlen wichtige öffentliche Investitionen. Und das Gemeinwohl ist aus dem Blick geraten.

Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig, NRW fit zu machen, und dabei müssen wir die

Sorgen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ernst nehmen – und das muss sich in einem Haushalt von über 60 Milliarden € wiederfinden. Wir haben vergeblich danach gesucht.

Wir brauchen den Ausbau der digitalen Infrastruktur, und zwar jetzt und hier. Denn die Kohle der Zukunft liegt im Netz und nicht in der Erde.

(Beifall von den PIRATEN)

Und bei dieser neuen digitalen Infrastruktur wollen wir Spitze sein. Und wir wollen die Netzneutralität gewahrt wissen, an der Frau Merkel in Berlin gerade herumknabbert: keine Territorialisierung, keine Filetierung des Netzes, keine Netznutzer zweiter Klasse! Das läuft so nicht. Das Netz ist für alle da.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Breitbandausbau, der mit dazu beiträgt, ist nicht unmöglich, sondern eine Frage der Prioritätensetzung. Die Landesregierung hat die Fördermittel eingefroren. Vielleicht hat sie das Glück des Untüchtigen, und ein Teil der Funkfrequenzversteigerungen des Bundes fließt nach Nordrhein-Westfalen. Fest steht dann aber auch, dass dies keine Eigenleistung der Landesregierung ist. Sie verschlafen die Zukunft, anstatt sie zu gestalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Die digitale Revolution ist gleichermaßen mit Gefahren und Herausforderungen verbunden. Hier sind mangelnder Datenschutz und fehlender Schutz für die Privatsphäre zu nennen. Und das ist in NRW katastrophal und strukturell unterfinanziert.

Dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit fehlt es an Personal, um die an ihn gestellten, immer schneller wachsenden Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen. Nach dem Mooreschen Gesetz haben wir eine Verdopplung seit 2011. Das sieht man beim Landesdatenschutzbeauftragten leider nicht, obwohl er sich redlich müht und dafür zu loben ist, ihm „danke“ zu sagen ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Und aufgrund dieser Gefahren und Herausforderungen müssen auch die Medienbildung und Medienkompetenzvermittlung in der Bildungspolitik Priorität haben. Bislange haben sie das in Nordrhein-Westfalen nicht. Hier steht Rot-Grün mit durchgedrücktem Knie auf der Bremse. Dringend erforderlich sind die Stärkung von Fortbildung und die Beratung für Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit den Medien. Wir haben vorgeschlagen, dafür die Kompetenzteams deutlich zu stärken. Es ist jetzt geboten, ein umfassendes Medienbildungskonzept für das Land NRW zu entwickeln – eine effektive und effiziente Maßnahme, um die Schul- und Unterrichtsentwicklung voranzubringen.

Mit Blick auf die zukünftigen Generationen müssen wir uns nachhaltig für Bildung in allen Bereichen

einsetzen. Nicht nur – es wurde gerade erwähnt – angesichts der höchsten Studierendenzahlen in Nordrhein-Westfalen brauchen unsere Hochschulen eine solide Grundfinanzierung. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und auf andere Maßnahmen wie den Hochschulpakt verweisen. Das Potenzial der Zukunft liegt in den Köpfen der Menschen und nicht unter ihren Füßen!

(Beifall von den PIRATEN)

Was für die Hochschulen gilt, gilt auch für weitere Bereiche. Wir dürfen uns nicht erst dann um die Finanzierung der Schulsozialarbeit kümmern, wenn den Schulsozialarbeitern längst gekündigt wurde oder sie sich auf dem Arbeitsmarkt anderweitig umgesehen haben; denn dann bleiben die Kinder auf der Strecke.

Ich sage es noch einmal: Sie verschlafen die Zukunft, anstatt sie zu gestalten!

(Beifall von den PIRATEN)

Aber was das Fass zum Überlaufen bringt, ist doch der Umgang mit der Grunderwerbsteuer. Wir machen uns mitschuldig, wenn wir einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer zustimmen, gleichzeitig der Finanzminister als Mitglied des Aufsichtsrats der Portigon AG offensichtlich dabei wegschaut, wenn ein Objekt mithilfe eines sogenannten Sharedeals an einen Großinvestor verkauft wird und so die Zahlung von Grunderwerbsteuer vermieden wird.

Sollte sich jemand von den Kollegen hier im Saal fragen, wieso wir in Nordrhein-Westfalen so viele politikverdrossene Menschen haben, dann lautet die Antwort: Das liegt genau an solchen Sachverhalten!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte nicht behaupten, dass Ihnen die Anliegen der Menschen in diesem Zusammenhang egal sind. Aber: Sie verschlafen die Zukunft, anstatt sie zu gestalten.

Wenn es um das nackte Überleben geht, wie bei den Flüchtlingen, dürfen wir uns nicht auf Rituale und Symbolpolitik beschränken. Hier in Nordrhein-Westfalen ist es passiert, hier in Nordrhein-Westfalen wurden Flüchtlinge, schwer traumatisierte Menschen, misshandelt. „Ein Hauch von Abu Ghraib“ titelte die „Frankfurter Rundschau“.

Selbst nach diesen schockierenden Vorfällen ist hier niemand bereit, die vom Flüchtlingsrat geforderten Standards für diese Menschen in größter Not einzuführen. Und es zeigt sich, dass die Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen weitaus größer ist als die Entschlussfähigkeit der Entscheidungsträger in Düsseldorf. Das sage ich Ihnen ehrlich: Dafür schäme ich mich.

Und Sie verschlafen die Zukunft, anstatt sie zu gestalten!

Den Rest gebe ich zu Protokoll. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun spricht für die Landesregierung die Ministerpräsidentin, Frau Kraft.

(Zurufe von den PIRATEN)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ging etwas schnell jetzt, aber ich würde doch gerne zu dem ...

(Zuruf: Wo sind denn die regierungstragenden Fraktionen? – Weitere Zurufe)

– Bitte?

(Zuruf von den PIRATEN)

– Herr Präsident, meine Damen und Herren, die armen Kollegen, die jetzt in der Kantine sitzen und schnell aufessen müssen, tun mir leid,

(Zuruf von den PIRATEN: Guten Appetit!)

aber ich kann schon mal an der einen oder anderen Stelle zu dem Stellung beziehen, was heute in der Debatte benannt worden ist. Herr Kollege Laschet hat ja recht: In einer solchen Debatte zum Haushalt, dritte Lesung, werden Unterschiede deutlich gemacht. Dabei wird klar: Wer will was in diesem Land verändern? Wer setzt an welchen Stellen an?

(Zuruf von den PIRATEN: Wo ist die SPD?)

Herr Paul, ich beginne mal mit Ihnen. Sie haben davon gesprochen, dass wir nur den Notstand verwalten und dass viele wichtige Investitionen fehlen in diesem Land. Sie haben gemutmaßt, dass es bei der Ablehnung der Anträge nicht um Inhalte ging, sondern dass wir die Anträge sozusagen per se nicht wollten, nur weil sie von der Opposition kommen.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Das ist keine Mutmaßung, das ist so!)

– Nun lassen Sie mich doch mal ausreden. – Wissen Sie, wenn Sie zusätzliche Anträge mit einem Kostenvolumen von 345 Millionen € stellen und keine Gegenfinanzierung bilden, dann machen Sie hier Wunsch-dir-was-Politik, und das kann keine regierungstragende Fraktion unterstützen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So simpel sind manchmal die Dinge.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Das heißt nicht, dass man nicht in den Inhalten übereinstimmen würde. Aber ich finde es schon sehr irritierend, dass Sie, nachdem Sie bei dem Flüchtlingsgipfel dabei waren, davon sprechen, dass die Flüchtlingspolitik, die wir da gemeinsam verabredet haben, eine reine Symbolpolitik sei. Wir

reden hier über 145 Millionen € mehr für die Kommunen; wir reden über 300 Stellen allein in den Schulen. Das ist doch mehr als Symbolpolitik, verehrter Herr Dr. Paul!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das können Sie doch nicht einfach hier so hinknallen!

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Vor zwei Jahren wäre das angebracht gewesen! – Weiterer Zuruf von den PIRATEN: Haben Sie die Pro-Kopf-Zahlen auch? Da ändert sich nicht viel! Schade!)

– Wir haben die Qualität und die Sätze erhöht, werter Kollege. Sie sollten sich in diesem Thema etwas detaillierter auskennen. Das wäre zumindest sehr hilfreich an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von den PIRATEN)

Mehr konnte ich inhaltlich da nicht aufgreifen.

Zum Kollegen Lindner, der es auch noch nicht geschafft hat ...

(Christian Lindner [FDP], vom Platz neben Armin Laschet [CDU]: Doch!)

– Der ist schon da, Entschuldigung. Oh, er sitzt bei der CDU. Suchen Sie sich schon eine neue Heimat? Das ist ja interessant.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Das wäre vielleicht noch eine Nachricht wert. – Beim Kollegen Lindner hatte ich die Gelegenheit, einmal zu lachen, zweimal habe ich mich sehr geärgert, und eine Stelle hat mich wütend gemacht.

(Zurufe von der CDU: Oho! – Lachen von der FDP)

Gelacht habe ich über Ihre Replik zu meinem Karnevalskostüm, wenn ich dann mein wahres Gesicht zeige. – Ich habe dann, weil Ihre Rede nicht so inhaltsschwer war, die ganze Zeit darüber nachgedacht, was denn das geeignete Kostüm für Sie wäre.

(Zuruf von den PIRATEN: Jetzt aber!)

Ich bin davon überzeugt: Das wäre der Heißluftballon. Ich glaube, das trifft es ganz gut.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Geärgert, lieber Kollege Lindner, habe ich mich an zwei Stellen, bei denen Sie Angriffe fahren. Das ist Aufgabe der Opposition. Es ist auch Ihre Aufgabe, Skandale aufzuzeigen. Das ist richtig. Da tun Sie Ihre Arbeit.

Aber wenn Sie dabei den BLB benennen und die Skandale, die hier im Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden, dann sollten Sie doch wissen,

dass diese Skandale in diesem Land zwischen 2005 und 2010 stattgefunden haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das sollten Sie nicht vergessen, wenn Sie angreifen: Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Das Gleiche, lieber Kollege Lindner – ich glaube, damals waren Sie gerade in Berlin, aber Sie sollten es trotzdem nicht vergessen –: Wenn Sie Gefahren bei der inneren Sicherheit sehen, weil wir zu wenig Polizistinnen und Polizisten hätten, und anmahnen, wir sollten die Zahl der Anwärterstellen anheben, dann bitte erinnern Sie sich daran, dass Ihr Innenminister die Zahl dieser Stellen abgesenkt hatte und wir sie wieder aufgebaut haben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Da bitte ich dann doch sehr, korrekt zu sein.

Wütend, lieber Kollege Lindner, hat mich Ihr letzter Satz gemacht. Ich habe den mitgeschrieben: „Dieses Land ist eigentlich stark. Es könnte großartig sein, es ist eigentlich kleingeistig.“ Ich finde, das ist ein Skandal.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

– Da klatschen Sie noch? Wenn er unser Land Nordrhein-Westfalen als „kleingeistig“ bezeichnet!? Ich finde das frevelhaft. So etwas darf man den Menschen in diesem Lande nicht zumuten.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie können mich angreifen, Sie können die Landesregierung angreifen, aber nicht das Land.

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Darin liegt der Unterschied. Wem unser Land am Herzen liegt, der redet es nicht schlecht. Wir sind nicht Abstiegszone, wie Sie sagen, Herr Laschet, sondern in vielen Bereichen sind wir top, sind wir Champions League.

(Zuruf von der CDU: Bei den Steuern!)

Warum sagen Sie ständig, NRW sei Schlusslicht im Ländervergleich. Sie kennen die Daten und Fakten: 22 % des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts werden von den Menschen hier hart erarbeitet. 22 %, das ist in Deutschland top!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Wachstumsrate des BIP von 2010 bis heute beträgt 9 %. Damit liegen wir knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Das sind die Realitäten in diesem Land. In der Tat: Das, was Sie hier an Szenarien, an Beschreibung unseres Landes dargestellt haben, ist nicht das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger, die hier leben.

(Zuruf von der CDU: Das müssen Sie ja wissen!)

– Nein, wirklich nicht. – Dazu, dass Sie dann noch Stichwortgeber für Frau Merkel sind für diese unsägliche Rechtsstaatsreplik, die sie abgeliefert hat, kann ich Ihnen nur sagen: Sie hätten stattdessen mit Frau Merkel über Regionalisierungsmittel und GVFG-Mittel reden sollen,

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

damit endlich der Wegzug aus dem ländlichen Raum, den Sie immer verteidigen, nicht mehr geschieht, weil wir dort demnächst keine Anbindung des ÖPNV mehr hinkriegen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie hätten vielleicht auch Herrn Bouffier etwas detaillierter informieren sollen. Ich fand ja hochinteressant, was in dem Interview stand. Da sagt er – ich zitiere aus der „Rheinischen Post“ –:

„Wir haben mit Nordrhein-Westfalen einen Patienten, der auf der Intensivstation liegt.“

Zweiter Satz, direkt folgend:

„Wenn die NRW-Ministerpräsidentin sagt, sie wolle weniger aus der Umsatzsteuer geben,“

– mein Zusatz: Wenn jemand gibt, wieso ist er auf der Intensivstation? –

„dann muss sie eine Antwort geben, wie sonst der Aufbau der neuen Bundesländer finanziert werden soll.“

Ich finde, das zeigt deutlich, wie stark die Leistung Nordrhein-Westfalens für den Aufbau des Südens und für den Aufbau des Ostens ist. Und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie dann immer mit den Vergleichen mit Hessen und mit Bayern kommen, seien Sie vorsichtig!

(Jochen Ott [SPD]: Nicht parlamentarisch!)

Ich erinnere mich gut, als die Bilder von Burbach kamen, für die ich mich und für die wir uns geschämt haben. Da haben Sie gesagt: In Bayern wäre so etwas nicht passiert. Kurze Zeit später hatten wir entsprechende Nachrichten aus Bayern. Das, was dort gemeldet wurde, war nicht viel besser. Ich will das nicht vergleichen, aber es war nicht besser.

(Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

– Sie sollten die „Süddeutsche“ zwei Tage später lesen. Vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen. – Wenn Sie jetzt aber auch noch Hessen als Vergleichsfall aufbauen, empfehle ich doch einmal einen Blick auf die Kreditfinanzierungsquote entspre-

chend der Stabilitätsberichte der Länder für den Stabilitätsrat, lieber Kollege Lindner. Ich nehme also nicht irgendwelche Institute, die sich äußern, sondern ich nehme die, die dafür zuständig sind, hier den Stabilitätsrat.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dort hat Hessen 2013 eine Kreditfinanzierungsquote von 5 %, wir eine von 2,6 % gehabt. 2014 ist unsere weiter gesunken, und Hessen liegt immer noch bei 3,5 %. Soweit zum Vergleich mit Hessen. Oder reicht das noch nicht? Ich kann noch einen Nachsatz liefern.

Bei den Bundesländern sieht der Beirat des Stabilitätsrates Licht und Schatten – Wissenschaftlicher Beirat, Stabilitätsberichte.

(Armin Laschet [CDU]: Was heißt das? Alles top?)

Dort steht: Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein können sich reale Ausgabensteigerungen von 0,7 % pro Jahr leisten mit Blick auf die Schuldenbremse. – Das sind nominal, werter Kollege Lindner, 2,9 %, die wir uns leisten könnten, und trotzdem könnten wir die Schuldenbremse noch einhalten. Brandenburg, Hessen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern – mit Sachsen machen Sie ja auch gerne Vergleiche – müssen ihre Ausgaben real in etwa konstant halten.

Das sind die Realitäten, die Sie hier verweigern. Sie binden den Menschen hier einzelne Zahlen auf, stricken daraus ein Märchen, aber dieses Märchen wird niemand glauben, lieber Herr Kollege.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wem unser Land am Herzen liegt, der redet nicht klein, was hier geleistet wurde und geleistet wird.

Ja, ich nenne den Strukturwandel. Fahren Sie doch mal in vergleichbare Regionen in Nordfrankreich, in Großbritannien! Ich war jetzt gerade in Nord-Pas-de-Calais, unser Partnerregion, bei der Einweihung eines bemerkenswerten Denkmals zum Ersten Weltkrieg. Eine wunderbare Geschichte, da sollten Sie hinfahren.

Wenn Sie durch das Land fahren und sich eine Region anschauen, die strukturell in den 50er- und 60er-Jahren genauso aufgestellt war wie das Ruhrgebiet, sehen Sie die Unterschiede zwischen dort und hier. Ja, wir haben unseren Strukturwandel selbst finanziert. Wir haben ihn mit Schulden finanzieren müssen, während wir gleichzeitig den Süden und später den Osten solidarisch mit aufgebaut haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war gut, und das war richtig. Aber wir haben diesen Strukturwandel auf den Weg gebracht.

Deshalb gilt, lieber Herr Kollege Laschet, wem unser Land am Herzen liegt, der kämpft im Bund und gegenüber den anderen Ländern dafür, dass Nordrhein-Westfalen fair behandelt wird – nicht mehr und nicht weniger –,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

damit wir mehr von dem behalten können, was hier von den Bürgerinnen und Bürgern hart erwirtschaftet wird. Wir lamentieren nicht, wir kämpfen für unser Land. Warum kämpfen Sie eigentlich nicht mit, werte Kollegen aus den anderen Fraktionen? Kämpfen Sie doch mit dafür, dass hier Fairness gilt!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, lieber Herr Lindner, bei der Google-Suche so viele Ergebnisse zu haben – dass Sie da neidisch draufschauen, kann ich verstehen –:

(Zurufe von der CDU)

Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, dieses Thema auch einer breiten Öffentlichkeit transparent zu machen. Ich komme nachher noch darauf zurück, was wir dort im Einzelnen tun.

Aber es gilt zu kämpfen, sich gemeinsam aufzustellen und nicht die Nuancen zu betonen, die wir offensichtlich an der einen oder anderen Stelle haben. Wem unser Land am Herzen liegt, der will es wirklich voranbringen. Der macht Vorschläge, die Substanz haben, und liefert keine Luftnummern wie in diesen Haushaltsanträgen, die ich gelesen habe. Substanz ist leider Mangelware, auch bei der Bundes-CDU. Insofern, lieber Kollege Lindner, sehe ich da nicht den großen Unterschied zwischen Bundes- und Landes-CDU, den Sie hier dargestellt haben.

Ich habe das in der Zeitung gelesen. In der „WZ“ vom 10. Dezember steht:

„Erst kommt Merkel – und dann ganz, ganz lange nichts. Die CDU ist eine leere Hülle geworden. Wenn Angela Merkel dereinst gehen sollte, fällt die Partei in sich zusammen wie ein Soufflé.“

„Die führende Regierungspartei“

– so heißt es weiter –

„des viertgrößten Industriestaates der Welt ... kommt einmal im Jahr zur Positionsbestimmung zusammen ... und redet ausschließlich über – Belanglosigkeiten. Über die kalte Progression, Burka-Verbot und eine Personalie in der dritten (!) Reihe der Parteiführung. Das waren schon die Höhepunkte.“

Im „Handelsblatt“ wurde es kürzer formuliert: Konkret wurde es aber nie; Merkel blieb trostlos im Ungefähren. – So ist Ihre Politik hier in diesem Land. Da unterscheiden Sie sich in null Komma nichts.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wem unser Land am Herzen liegt, der eiert eben nicht herum und verhält sich nicht opportunistisch, wenn es um zentrale landespolitische Themen geht.

Ich habe bei G8 immer darauf geschaut, was Sie dazu gesagt haben. Was habe ich festgestellt? – Sie haben erst einmal geguckt, lieber Kollege Laschet, woher der Wind weht. G8-Abitur: Laschet legt sich nicht fest – „Westfälische Nachrichten“ vom 5. April. Aber Gleiches haben wir auch beim Flüchtlingsgipfel erlebt. Laschet redet am 20. Oktober erst von einem Dissens in Kleinigkeiten und dann am 31. Oktober plötzlich davon, es sei in zentralen Fragen keine Einigkeit erzielt worden.

So kann man dieses Land nicht regieren, lieber Herr Kollege Laschet; das geht so nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wem unser Land am Herzen liegt, der sichert Nordrhein-Westfalens Zukunft. Darum denken und handeln wir langfristig. Kollege Priggen hat das gerade in vielen einzelnen Punkten deutlich gemacht. Auch der vorbeugende Ansatz unserer Politik „Kein Kind zurücklassen“ wirkt, werter Kollege Lindner. Es zeigt sich, dass Vorbeugung funktioniert und dass Vorbeugung sich rechnet. Ich empfehle Ihnen die Veröffentlichung, die wir zur Halbzeitbilanz des Projektes mit den Kommunen aufgelegt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Nichts steht da drin!)

– Da steht eine Menge Gutes drin; viele konkrete Zahlen. Dass die Ihnen nicht passen, kann ich ja verstehen, aber mit den Einzelheiten geben Sie sich ja sowieso nicht so gerne ab. Das ist ja das, wie wir Sie wahrnehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde gerne noch auf einzelne Punkte zu sprechen kommen. Kollege Laschet hat angesprochen, wir würden uns auf Kosten der Kommunen bereichern. Dazu hat Herr Kollege Priggen einiges deutlich gesagt. Ich möchte nur eine Zahl nennen: Die Zuweisungen Richtung Kommunen sind um 40 % seit dem Jahr 2010 gestiegen, und zwar von 14,8 auf 20,7. Das sind eindeutige Zahlen, die deutlich machen, dass wir Wort halten mit unserem Satz „Stadt und Land – Hand in Hand“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Oder nehmen Sie das Thema Flüchtlinge: Die Einigung, die auf der Ebene zwischen Bund und Ländern erreicht worden ist, versuchen Sie in unsere Richtung schlechtzureden. Lassen Sie das doch! Lieber Kollege Laschet, das werden Ihnen doch der Kollege Innenminister und die Kanzlerin sicherlich berichtet haben. Als wir das in der Ministerpräsidentenkonferenz miteinander besprochen hatten, lag eine Verständigung auf dem Tisch. Die müssten Sie auch kennen. In dieser Verständigung heißt es unter TOP 4:

„Der Bund erklärt sich bereit, Ländern und Kommunen im Jahre 2015 in Höhe von 500 Millionen € zu entlasten.“

Später folgen die Sätze:

„Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern bestimmt. Die hälftige Refinanzierung ... wird ... durch die Länder übernommen.“

Ich habe es etwas abgekürzt. Das steht da alles schon drin. Und was machen Ihre CDU-Bundestagsabgeordneten? – Die nehmen die Milliarde, teilen diese auf alle Städte und Gemeinden, unabhängig davon, ob die überhaupt Flüchtlinge aufgenommen haben, und schreiben denen: Ihr könnt jetzt diese und jene Summe erwarten. – Das ist unredliche Politik, lieber Kollege Laschet. Unredliche Politik!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat es vorhin dargestellt. Das, was vom Bund kommt, leiten wir eins zu eins durch, und zusätzlich geben wir noch 91 Millionen € für die Flüchtlingspolitik. Ob es am Ende reichen wird, wissen wir noch nicht, weil wir nicht wissen, wie sich die Zahlen entwickeln werden. Aber seien Sie versichert: Wir haben einen Paradigmenwechsel vorgenommen, und der ist mir sehr ernst. Wir machen Politik aus der Sicht der Flüchtlinge, und das werden wir auch in den nächsten Jahren tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt, bei dem Sie „Betrug, Betrug“ schreien, ist die Entlastung beim BAföG. Wir beide haben an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen, ich auch in der letzten Runde. Ich weiß noch, als wir aus der Sitzung kamen, haben alle gefragt: Was ist denn jetzt an Entlastungen herausgekommen für Infrastruktur, für Kommunen und für die Länder?

(Armin Laschet [CDU]: Und Bildung!)

Alle wollten Nettoentlastung für die Länder. – Und Bildung; diese vier Punkte. An allen diesen Stellen haben wir gemeinsam Erfolge erzielt. Es war immer davon die Rede, dass es sich um Nettoentlastungen handeln muss. Bei den Kommunen werden wir sehr genau darauf achten, dass dieses Geld als Nettoentlastung kommt und nicht wieder mit zusätzlichen Aufgaben befrachtet wird, wie Sie es hier mit der Schulsozialarbeit vorhatten. Darauf werden wir sehr genau achten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann malen Sie das Bild, wir hätten das im großen Landeshaushalt versickern lassen. – Da nicken Sie auch noch. Das ist ja wunderbar. Sie kennen doch

die Realitäten. Sie wissen doch, dass von dem jetzigen 64-Milliarden-Etat 26 Milliarden € alleine in Bildung, Betreuung, Hochschule und Forschung gehen.

(Armin Laschet [CDU]: Das war doch vorher auch schon!)

Oder wissen Sie nicht, lieber Kollege Laschet, dass wir allein für die U3-Betreuung seit 2010 eine Milliarde mehr ausgeben? Wissen Sie nicht, lieber Kollege Lindner – Sie wissen es definitiv nicht, weil Sie von Qualitätsverlust gesprochen haben –, dass wir an den Hochschulen seit 2010 25 % mehr Studierende haben, dass der Etat aber um 33 % gewachsen ist? Da können Sie doch nicht allen Ernstes von Qualitätsverlust reden. Das ist doch albern!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lieber Herr Kollege Laschet, beim Ganzttag kennen Sie sich offensichtlich auch nicht aus. Wie sind denn die Ganztagszahlen? Nehmen Sie doch zur Kenntnis: Nordrhein-Westfalen liegt bei 36,3 %. Der Bundesdurchschnitt beträgt 32,2 %. Wir sind Spitze. Die Bayern – das sage ich, weil Sie die immer so gerne als Beispiel nehmen – liegen bei 12,6 %. Wir geben dieses Geld gerne aus, weil es für die Zukunft unseres Landes ist! Das ist die Politik dieser Regierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme noch zum Thema „Inklusion“, weil es eben auch eine Rolle spielte. Da wurde eine Katastrophe vorhergesagt, die gar nicht eingetreten ist – wie in vielen anderen Bereichen auch, zum Beispiel beim Rechtsanspruch auf U3-Betreuung.

(Zuruf von der FDP)

– Ja, hören wir doch einmal auf die Fachleute. Das Deutsche Institut für Menschenrechte – es ist Berater der Bundesregierung in diesen Fragen – hat uns ausdrücklich für das strukturierte, ganzheitliche Konzept im Bereich der Inklusion gelobt. Wir sind Vorreiter, meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn Ihnen das nicht gefällt!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie zitieren hier Studien aus dem Bildungsmonitor, der mit veralteten Zahlen arbeitet. Sie fassen grob das zusammen, was uns die Gewerkschaften vorgelegt haben. Sie haben uns zehn Hürden – davon neun messbare – vorgegeben. Davon haben wir sieben übersprungen, zwei nicht. Eine davon betrifft – sehr zu meinem Bedauern – die Zahl der Ausbildungsplätze. Deshalb bleibe ich dabei, dass ich in diesem Feld Druck mache, damit die Unternehmen die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen; denn Zukunft vorzubereiten ist nicht nur Aufgabe von Politik, sondern auch von Wirtschaft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Oder reden wir über die Berufskollegs. Das Berufskolleg ist für uns ein unverzichtbarer Baustein der

Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen. Entgegen dem, was Sie hier gesagt haben, gibt es keine Standardverschlechterung an den Berufskollegs. Die Stellenentwicklung folgt den Schülerzahlen. Trotz rückläufiger Schülerzahlen hat das Land die Zahl der Stellen an den Berufskollegs wegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung zum Schuljahr 2013/14 von 280 auf 350 erhöht.

Wir ziehen alle Register, um mehr Berufsschullehrerinnen und -lehrer zu finden. Dazu zählt die Kooperation von Universitäten und Fachhochschulen bei der Gewinnung von mehr Lehramtsstudierenden für das Berufskolleg, die wir bis 2018 mit 11 Millionen € unterstützen werden. Wir rechnen mit einer Präventionsrendite von 500 Stellen, weil wir mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Warteschleifen reduzieren. Schon jetzt haben wir eine der besten Quoten bei Schülern, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Das heißt, bei uns verlassen die wenigsten die Schule ohne Abschluss. Daran wollen wir weiterarbeiten!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns dann über Wirtschaft sprechen. Reden wir über Breitband, lieber Kollege Laschet. Es muss Ihnen durchgegangen sein, dass das „Handelsblatt“ am 15. Dezember – dabei ging es um den Anteil der deutschen Haushalte mit verfügbaren Anschlüssen von mindestens 50 Megabit pro Sekunde – Folgendes berichtete: Führend ist Hamburg. Dann kommt Berlin. Die großen Stadtstaaten gehen da klar vorweg. Dann aber kommt als Flächenland Nordrhein-Westfalen mit 69,3 %. Die Bayern liegen bei knapp über 50 %. Das sind die Realitäten. Wir investieren, wir bringen dieses Land voran!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie hier noch mehr Investitionen verlangen bzw. einfordern, ist das richtig. Wir tun das auch. Das habe ich gerade in der letzten Woche bei der Ministerpräsidentenkonferenz wieder gemacht. Weil wir uns stur gestellt haben, kommt jetzt die Hälfte der Erlöse aus den zu versteuernden Frequenzen den Ländern genau für diese Aufgabe zugute, damit wir auch noch die letzten Prozente schaffen; denn wir wissen, wie wichtig das für die Zukunft dieses Landes ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Energiebereich haben wir – auch wenn Sie es anders darstellen – relativ wenig Dissens. Es ist nicht einfach, eine Energiewende auf den Weg zu bringen. Natürlich haben wir – das haben Sie auch in den Koalitionsverhandlungen gemerkt – haben wir immer den Blick auch auf die Arbeitsplätze in diesem Land. Wir brauchen aber diesen Strukturwandel auch hier in Nordrhein-Westfalen; und wir gestalten ihn. Wir gestalten ihn mit Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan. Auch das ist eine Form von Strukturwandel, der wir uns nicht verweigern, sondern wo wir gestaltend mit hineingehen.

Wenn Sie davon sprechen, dass Kraftwerkstechnologie aus Nordrhein-Westfalen nicht mehr verkauft werden kann, sind Sie nicht auf der Höhe der Zeit. Einer der größten Kraftwerkshersteller liegt in meinem Wahlkreis in Mülheim an der Ruhr. Sie können mir glauben, dass ich seit Wochen an diesem Thema dran bin und dass da schon längst Entwarnung gegeben worden ist. Hier sind Sie schlicht und einfach nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann mir, glaube ich, die alte Debatte „LEP und Flächenverbrauch“ schenken. Wir sind und werden da nicht einer Meinung sein; denn die Ziele, die wir hier umsetzen, sind solche, die Sie unter anderem in der Bundesregierung mit gesetzt haben. Wir schauen mit darauf, dass nicht nur Ziele in weiter Ferne gesetzt werden, und wir zeigen auch, auf welchem Weg wir diese Ziele erreichen wollen.

Wenn wir Politikverdrossenheit begegnen wollen, dürfen wir nicht genau so eine Politik machen, wie Sie sie immer gemacht haben, sondern wir müssen es konkret machen. Wir müssen sagen, was kommt, die Menschen zusammenrufen und ihnen klarmachen, welche entscheidenden Prozesse auf sie zukommen. Das ist Politik dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zu den Bundesfernstraßen. Herr Laschet, Sie haben in Ihrer PK am 28.11. gesagt, Nordrhein-Westfalen habe 2014 nur 596 Millionen € der Bundesmittel für Bundesfernstraßen abgerufen, obwohl rund 700 Millionen € für NRW durchschnittlich zur Verfügung stehen würden. Das wäre eine weitere substantielle Schwächung der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen.

Heute haben Sie diese Zahl von 596 Millionen € auf 638 Millionen € korrigiert. Ich muss Ihnen leider sagen: Auch diese Zahl ist noch falsch.

Das liegt daran, dass Herr Laschet nur die Bauinvestitionen betrachtet und die übrigen Mittel, etwa für die Straßenunterhaltung, außer Acht lässt. Man muss aber alle Mittel betrachten.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist das für ein Taschenrechnertrick?)

Schaut man sich an, was wir in diesem Jahr bekommen und abgerufen haben, sieht die Bilanz ganz anders aus. Ich stelle Ihnen das gerne kurz dar: Für den Bau und Betrieb von Bundesfernstraßen haben wir bis zum 4. Dezember dieses Jahres 951 Millionen € erhalten, und zwar 411 Millionen € für den Erhalt der Fernstraßen, 227 Millionen € für den Aus- und Neubau, 144 Millionen € für Lärmschutz und Radwegebau und 169 Millionen € für die Straßenunterhaltung.

Faktisch sind es sogar 956,3 Millionen €. Denn im September haben wir gegenüber dem Bund einen

Mehrbedarf von 40,4 Millionen € geltend gemacht, und im November waren es noch einmal 35,6 Millionen €. Von den 76 Millionen € sind 70,7 Millionen € bereits ausgezahlt worden. 5,3 Millionen € fehlen noch, aber die kommen dann noch oben drauf.

Zum Vergleich: Baden-Württemberg geht für 2014 von einer Gesamtsumme von 800 Millionen € aus. Dabei sind wir deutlich besser. Kurzum: Wir sind auf Kurs, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Haben Sie keine Angst, dass wir dieses Geld in diesem Land nicht gut ausgeben können. Keine Angst!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir zum Länderfinanzausgleich. Ich möchte allerdings die Eckdaten des Haushalts vorweschicken. Im Rahmen einer Haushaltsdebatte kann man das völlig zu Recht tun.

Das Haushaltsvolumen beträgt 34,3 Milliarden €, und die Investitionen liegen bei 5,7 Milliarden €. Das ist mehr als die Neuverschuldung. Es handelt sich somit um einen verfassungskonformen Haushalt. Die Nettoneuverschuldung liegt bei rund 1,93 Milliarden €. Das sind 70 % weniger als im Jahr 2010. Ich finde, es ist ein gigantischer Erfolg, dass dieser Weg nach unten kontinuierlich beschritten wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Einsparungen in diesem Haushalt betragen rund 1,5 Milliarden €. Wir bleiben bei unserem Dreiklang: Wie ich bereits gezeigt habe, investieren wir in Bildung, in Kinder und in Kommunen. Ich bin dem Kollegen Herrn Priggen für seine detaillierte Darstellung sehr dankbar.

Wir investieren an den richtigen Stellen, auch in den Straßenbau. Wir erhöhen die Einnahmen, soweit es uns möglich ist, und es fällt uns nicht leicht, das an der einen oder anderen Stelle zu tun. Damit meine ich nicht nur die Grunderwerbsteuer, sondern auch die vielen Gebührentatbestände, die wir erhöht haben, die auch eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger darstellen.

Wir verfügen aber nun einmal nur über wenige Stellschrauben, mit denen wir selbst unsere Einnahmen verbessern können. Wir haben dafür gesorgt, dass der Bund sowohl uns als auch die Kommunen entlastet. Wir werden in dieser Hinsicht auch nicht lockerlassen. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass der Bund uns das Geld an den richtigen Stellen bereitstellt.

Das alles wird für die nächsten Jahre unsere Basis sein. Die Frage, die sich in dem Zusammenhang stellt, ist: Was passiert, wenn der Soli nach 2019 ausläuft und der Länderfinanzausgleich neu gestaltet werden muss? – Ja, das ist die Debatte, in der es um die Zukunft der Finanzen unseres Landes geht.

Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir weiterhin den Dreiklang beibehalten müssen, dass wir inves-

tieren müssen, dass wir die Einnahmen erhöhen und die Steuerstrafäter auch weiterhin erfolgreich in die Schranken weisen. Immerhin hat das bei uns zu Steuermehreinnahmen von mehr als 1,5 Milliarden € geführt. Darauf sind wir stolz, und das bleiben wir auch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden auch weiterhin im Bund erfolgreich die NRW-Interessen vertreten. Im Jahr 2014 erfolgte die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung, was eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden € bedeutete. Die Städtebauförderung wird bis 2017 um 600 Milliarden € aufgestockt. Zusätzliche 6 Milliarden € bis 2017 werden für Kitas, Schulen und Hochschulen bereitgestellt sowie insgesamt 5 Milliarden € bis 2017 für die Verkehrsinfrastruktur. Hier warten wir noch auf Details und hoffen, dass nicht alles schon vorher verausgabt war. Der Bund finanziert außeruniversitäre Forschungseinrichtungen allein mit 3 Milliarden €, und für die Eingliederung Arbeitssuchender erhöhen sich die Mittel um 1,4 Milliarden €.

Das ist alles gut und richtig, aber wir betrachten die weitere Perspektive und stellen fest: Aus einem Länderfinanzausgleichssystem ist eine Überkompensation geworden, und das darf auf Dauer nicht Bestand haben.

Wir waren solidarisch mit dem Süden Deutschlands, und wir sind und waren solidarisch mit dem Osten Deutschlands. Wir wissen auch, dass es dort an vielen Stellen noch vieles zu tun gibt. Das wird man in einem neuen Länderfinanzausgleich berücksichtigen müssen. Außerdem werden wir den beiden am höchsten verschuldeten Ländern, dem Saarland und Bremen, nicht die Luft zum Atmen nehmen. Auch das wird Bestandteil eines neuen Länderfinanzausgleichs sein.

Es kann aber nicht so bleiben, dass wir über den Umsatzsteuervorwegenausgleich systematisch weiterhin auf Dauer benachteiligt werden. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal die eine oder andere Zahl nennen. Seit der Neuordnung des horizontalen Länderfinanzausgleichs im Jahr 1995 und der Gründung des Fonds „Deutsche Einheit“ im Jahr 1990 hat Nordrhein-Westfalen per Saldo andere Länder mit rund 70 Milliarden € unterstützt. Bis dahin hatte NRW unter dem Strich schon im ursprünglichen Finanzausgleichssystem 7,5 Milliarden an die alten Bundesländer gezahlt. Das war richtig.

Ich sage es aber noch einmal: Mit der Zeit ist aus einem Ausgleichssystem eine Überkompensation geworden. Vor den Ausgleichszahlungen im Jahr 2013 übertrafen die Ausgaben in den ostdeutschen Ländern inklusive Berlin die Einnahmen. Diese kann man ganz gut mit uns vergleichen, weil die ostdeut-

schen Länder zuzüglich Berlin ungefähr so groß sind wie NRW.

Die Ausgaben betragen dort 75,5 Milliarden € und die Einnahmen 55,1 Milliarden €. Das heißt, sie hatten vor den Ausgleichszahlungen einen Negativsaldo von 20,4 Milliarden €. Nach den Ausgleichszahlungen kamen diese Länder insgesamt auf einen Überschuss von 2,4 Milliarden €.

Das ist kein Ausgleichssystem mehr, das ist eine Fehlsteuerung, und die müssen wir korrigieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann es auch anders sagen: Nordrhein-Westfalen muss Kredite aufnehmen, um seinen solidarischen Beitrag für den Aufbau Ost zu bezahlen. Aber den eigenen Strukturumbau und die Folgekosten musste das Land bisher immer aus eigener Kraft stemmen.

Wenn Sie die Kohleförderung ansprechen – Kollege Priggen hat dazu schon viel Richtiges gesagt –, dann frage ich mich: Warum guckt man eigentlich immer nur auf die Kohleförderung? Warum gucken wir nicht mal auf die Agrarsubventionen? Warum gucken wir nicht mal auf die Förderung von Häfen?

(Christian Lindner [FDP]: Fotovoltaik!)

– Wenn Sie etwas sagen wollen, haben Sie, glaube ich, noch ein paar Minuten übrig.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, Sie müssen erst überziehen! – Marc Herter [SPD]: Das ist ja sein Problem!)

– Sein Problem ist, dass er keine Zeit mehr hat? Oh, Entschuldigung. Dann lasse ich Sie gerne dazwischenreden.

(Christian Lindner [FDP]: Überziehen Sie mal! Sie sind ja schon gut dabei!)

Also: Schauen wir doch auf die anderen Subventionstatbestände. Warum sollen wir uns, nur weil wir den Strukturwandel im Kohlebereich sozial abgefedert haben – übrigens zum Wohle von ganz Deutschland –, dauerhaft dafür rechtfertigen? Das mag ich nicht einsehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil es so schön ist, noch einmal die schönen Zahlen von Sachsen: Vor der Umverteilung hat Nordrhein-Westfalen pro Einwohner rund 1.000 € mehr an Steuereinnahmen als Sachsen. Wir sind auf Rang 5 in der Wirtschaftskraft. Nach der Umverteilung sind wir auf dem letzten Platz und haben pro Einwohner 500 € weniger als die Sachsen. 2013 waren wir mit rund 2,4 Milliarden € im Umsatzsteuerausgleich belastet. Das war absolut gesehen der höchste Betrag aller Bundesländer. Auch unter dem Strich, nach Abzug der Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich, sind wir mit 1,7 Milliarden € im-

mer noch Nettozahler im horizontalen Finanzausgleich.

Ich kann Ihnen sagen: Solidarität ist gut. Aber wenn ein Land von Platz 5 nach Umverteilung auf den letzten Platz rutscht, wenn andere, deren Wirtschaftskraft nicht stark genug ist, Unterstützung bekommen

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

und dann in der Lage sind, Überschüsse zu produzieren, dann ist das eine Ungerechtigkeit, die ich auch weiterhin anprangern werde. Das darf so nicht bleiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb steht der Satz: Wir wollen nicht Bettler sein, wir sind nicht Bittsteller, unser Land ist stark genug. Aber wir wollen mehr von dem Geld behalten, das von den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land erarbeitet wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kommen wir doch zum Soli – die Debatte ist auch ganz interessant –: Alle Regierungschefs und -chefinnen der Länder haben sich auf einer Sonderkonferenz am 27. November in Potsdam darauf verständigt, dass künftig die Hälfte der 18 Milliarden € Ländern und Kommunen zukommen soll.

Jetzt geht es darum, einen Weg zu finden, wie dieses Ziel bestmöglich erreicht werden kann. SPD- und grün-geführte Länder unterstützen den Vorschlag, den Wolfgang Schäuble entwickelt hat, das heißt Einbeziehung des Soli in die Einkommensteuer, in den Körperschaftsteuertarif. Wir haben dabei von Anfang an klar im Blick gehabt – übrigens auch Herr Schäuble; den muss ich da mal in Schutz nehmen –, dass das nur gehen kann, wenn man dabei bestimmte Unwuchten beseitigt. Man kann nicht einfach integrieren. Das würde in der Tat dazu führen, dass beispielsweise Familien demnächst mehr Steuern zahlen müssen. Das wollen wir nicht. Wir haben sozusagen gedanklich Geld abgezogen, um diese Unwuchten zu beseitigen. Das haben wir im Blick.

Wir haben zweitens in den Blick genommen, dass man bei dieser Gelegenheit – wenn wir uns einigen könnten – auch leichte Verbesserungen bei der sogenannten kalten Progression erzielen könnte. Auch das hatten wir mit in den Blick genommen.

Und plötzlich lief die Debatte ganz anders. In der CDU hatte man Angst vor der eigenen Courage, Angst davor, sich einer Steuererhöhungsdebatte gegenüberzusehen, deren Ursprung ich nicht nachvollziehen kann. Im Wahlkampf haben sowohl die Kanzlerin als auch der Spitzenkandidat der SPD bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht, dass sie sich angesichts der Herausforderungen und der wachsenden Zahlen bei Schulen, bei Kitas, im Hochschulbereich, bei den Notwendigkeiten in der Infra-

struktur darüber im Klaren sind, dass der Soli nicht wegfallen kann. Wir reden über 5 % des Bundeshaushalts. Das ist die Größenordnung. Die kann man nicht von heute auf morgen wegfallen lassen.

Jetzt geht es um die Frage – wenn wir uns da einig sind, und Herr Laschet hat genickt –, dass dieses Aufkommen gebraucht wird.

(Armin Laschet [CDU] nickt.)

– Ja, ich sehe ein klares Nicken. Herr Laschet hat in den vergangenen Wochen anstelle des jetzigen Solidarzuschlags einen zweckgebundenen Infrastruktursoli für mindestens zehn Jahre ins Spiel gebracht, unter anderem im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 4. Dezember. In diesem Fall, lieber Kollege Laschet, würde der Bund entscheiden, was und wo es gefördert wird. Offen bliebe, ob Nordrhein-Westfalen angemessen und bedarfsgerecht beteiligt wird. Bei der Integration in den Tarif entscheiden doch die Landesparlamente über die Verwendung der Mittel und nicht der Bund. Das ist Föderalismus. Die Kommunen würden direkt profitieren. Deshalb haben wir diese Variante bevorzugt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe in den mittlerweile 14 Jahren in der Landespolitik zu oft erlebt, dass Bundesfördermittel – Maßnahmen für Hochschulen, für Forschungseinrichtungen – nicht danach verteilt wurden, wo der größte Bedarf ist, sondern nach politischen Kriterien. Das wollen wir gerne verhindern. Bitte streiten Sie mit dafür. Das ist meine herzliche Bitte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum sind wir beim Länderfinanzausgleich so leidenschaftlich? Warum wollen wir, dass sich da etwas verändert? – Weil wir auch sparsam wirtschaften. Wir haben im Ländervergleich die niedrigsten Ausgaben pro Kopf. Wenn Sie bei der Kommunalisierung sind – damit kommt immer Herr Witzel von der FDP; den sehe ich heute nicht –,

(Ralf Witzel [FDP] meldet sich und begibt sich zu seinem Platz.)

dann müssen Sie vernünftig saldieren, und dann sind wir immer noch im oberen Drittel.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Doch, weil die Zahlen, die Sie anwenden, rein systematisch nicht angewendet werden können. Da ist die Vergleichbarkeit gar nicht gegeben. Nehmen Sie die Zahlen, mit denen sich die Länderfinanzminister jeden Tag auseinandersetzen. Dann sehen Sie, dass wir sehr kostengünstig aufgestellt sind. Wir haben auch beim Personal den geringsten Schlüssel von Personal pro Bürgerin und Bürger.

Sie nehmen, um zu skandalisieren, immer die absoluten Zahlen und sagen: NRW hat die höchsten Schulden; NRW hat die höchsten Kosten. – Das ist aber unredlich; denn solche Zahlen muss man pro

Kopf herunterbrechen. Sonst sind wir schon wegen unserer Größe immer an der Spitze. Das ist rein statistisch so. Deshalb müssen Sie redlich mit diesen Daten und Fakten umgehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Wem unser Land am Herzen liegt, der redet es nicht schlecht. Die Menschen sind stolz auf dieses Land. Sie wollen auch stolz auf dieses Land bleiben. Daran arbeiten wir.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wem unser Land am Herzen liegt, der redet nicht klein, was hier geleistet wurde und geleistet wird.

Wem unser Land am Herzen liegt, der kämpft im Bund und gegenüber den anderen Ländern dafür, dass eine faire Behandlung unserer Interessen stattfindet.

Wem unser Land am Herzen liegt, der will es wirklich voranbringen. Er macht deshalb Vorschläge, die Substanz haben, und keine Haushaltsvorschläge, die sich als leere Blasen entpuppen.

Wem unser Land am Herzen liegt, der eiert nicht herum und verhält sich nicht opportunistisch, wenn es um zentrale landespolitische Themen geht.

Wem unser Land am Herzen liegt, der sichert Nordrhein-Westfalens Zukunft. Darum muss man mittel- und langfristig denken und handeln.

Das tun wir mit unserer vorbeugenden Politik. Und falls Sie es noch nicht gemerkt haben: Ja, uns liegt dieses Land am Herzen. Und das bleibt auch so.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Laschet das Wort.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Er will jetzt mitteilen, dass er dem Haushalt doch zustimmen wird! – Weitere Zurufe von der SPD)

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerpräsidentin hat dazu eingeladen, hier noch einmal in den Diskurs einzutreten. Ich muss Ihnen sagen, dass wir in dem, was wir vorgetragen haben, fundamentale Unterschiede haben.

Erstens. Sie haben keinen einzigen Satz und keinen Gedanken darauf verwendet, wie wir mehr Arbeitsplätze bekommen, wie wir die Wirtschaftskraft stärken und wie wir die Einnahmen verbessern, und zwar ohne Steuererhöhung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das kommt bei Ihnen gar nicht als Kategorie vor. Das ist der Unterschied.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Habe ich über Digitalisierung gesprochen oder nicht?)

– Dann haben Sie aber über Breitband gesprochen. Ich rede jetzt erst einmal über die Arbeitsplätze, die wir haben und die wir belasten – genauso wie die Mittelständler und die Unternehmer. Darüber rede ich.

Zweitens. Breitband ist – da haben Sie recht – in Bayern unterentwickelter, weil es dort mehr ländliche Regionen gibt. Bei uns in den Städten ist die Versorgung gut. Die neuen Arbeitsplätze entstehen aber in den ländlichen Regionen. Während Bayern da 2 Milliarden € in die Hand nimmt, beschränken wir uns auf 70 Millionen €. Das ist der Kernunterschied und das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens. Sie haben gesagt, wie vorbildlich Ihre Bildungspolitik sei. Sie sind bei den U3-Plätzen weiterhin 16. von 16.

(Beifall von der CDU)

Natürlich erfüllen Sie inzwischen das, was Frau von der Leyen Ihnen damals als Ministerin als Rechtsanspruch aufgegeben hat. Dort hatten wir zwischen 2005 und 2010 auch eine Riesenaufholjagd begonnen.

(Lachen von der SPD)

– Natürlich. Entschuldigen Sie einmal; ich habe als Minister bei 2,8 % begonnen und dann ein Gesetz vorbereitet, um den Ausbau der U3-Plätze voranzutreiben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nur mit Bundesmitteln!)

Trotzdem sind Sie immer noch Letzter. Dann würde ich mich an Ihrer Stelle bei diesem Thema hier nicht so lautstark äußern. Sie sind 16.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Das ist Bauernfängerei!)

– Statistik ist Statistik. Darüber kann man nicht diskutieren. Selbst als Sozialdemokrat kann man nicht gegen die Statistik argumentieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Viertens. Wir kämpfen gerne mit Ihnen in Berlin dafür, dass wir aus dem Soli ab 2019 mehr Geld nach Nordrhein-Westfalen bekommen. Dieses Geld muss aber zielgerichtet verwendet werden. Am Anfang hatte ich gedacht, dass Sie das genauso sehen. Schließlich haben Sie den Initiativkreis Ruhr für sein Papier gelobt. Er sagt ausdrücklich: zweckgebunden für Infrastruktur –

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

nicht in Ihren allgemeinen Topf, sondern zweckgebunden für Infrastruktur, nämlich für den Zustand im Ruhrgebiet, für Breitbandverkabelung, für klare Projekte. Da sind wir an der Seite derjenigen im Ruhrgebiet und nicht an der Seite dieser Landesregierung. Das ist der fundamentale Unterschied.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache an dieser Stelle.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die beiden **Gesetzentwürfe** in dritter Lesung. Das Beratungsverfahren wird hiermit abgeschlossen. Somit handelt es sich jeweils um eine **Schlussabstimmung** gemäß **§ 6 Abs. 3** unserer **Geschäftsordnung**.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 Drucksachen 16/6502 und 16/6990. Bei der Drucksache 16/6990 handelt es sich um die Ergänzung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7601, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 16/6502 und 16/6990 in der Fassung der Ergänzung in der Fassung nach der zweiten Lesung anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7601** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7609 zum Haushaltsgesetz. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer möchte sich enthalten? – Die Piratenfraktion enthält sich. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/7609** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2015. Das sind die Drucksachen 16/6500 sowie 16/6710 und 16/6990 mit den Ergänzungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7600, das Haushaltsgesetz 2015 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den sich aus der Drucksache 16/7600 ergebenden Änderungen und der soeben vorgenommenen Änderung anzunehmen. Wer dem zustimmen

möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7600** mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2015 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7616. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Demzufolge bei der CDU-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 16/7616** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur letzten Abstimmung. Das ist die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7617. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Die gibt es bei der FDP-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag** der CDU **Drucksache 16/7617** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **abgelehnt** worden.

Wir sind am Ende von Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/7552

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7620

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7626

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen muss sich für eine gerechte Verteilung zum Wohl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7542

Und:

Abschiebung in die Kälte stoppen – NRW muss eine Anordnung zur Aussetzung von Abschiebungen gemäß § 60a Abs.1 AufenthG in ausgewählte Staaten während der Wintermonate erlassen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7543

Ich eröffne zu dem Gesamtkomplex die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute plenar über das sogenannte Flüchtlingsaufnahmegesetz. Lassen Sie mich aber beginnen mit einem Hinweis auf zivilgesellschaftliches Engagement bezogen auf Flüchtlinge in unserem Lande, das uns alle stolz machen sollte. Ich bin froh darüber, dass sich sehr, sehr viele Menschen in allen Kreisen, Städten und Gemeinden unseres Landes das Anliegen, Willkommenskultur zu leben, zu eigen gemacht haben.

Ich habe gestern einen Weihnachtsbrief erhalten mit der Überschrift „Macht hoch die Tür“, der Bezug nimmt auf die Situation von Flüchtlingen in unserem Land. Dieses Schreiben des Bundes der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften Bezirksverband Mönchengladbach, Rheydt und Korschenbroich hat mich sehr berührt, weil dort eine Verbindung zwischen der christlichen Heilsbotschaft und der Verantwortung für Menschen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Not, Verfolgung und Hunger fliehen, hergestellt wird. Ich erlaube mir jetzt, wörtlich zu zitieren:

Es geht um die Anerkennung einer Verantwortung für eine menschliche Welt. Die Kernfrage kann nur lauten: Was können, wollen, müssen wir tun? Die Ansätze sind klar. Macht hoch die Tür, aber geht auch an die Quelle des Elends!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, treffender kann man das nicht beschreiben, was alle Fraktionen in diesem Haus, die Menschen in unserem Lande und auch alle Ebenen staatlicher Verantwortung und kommunaler Verantwortung derzeit eint. Wir wollen gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen.

(Beifall von der SPD)

Insoweit halte ich es auch für lobenswert und anerkennenswert – das ist in der Debatte zum Haushalt eben mehrfach angesprochen worden –, dass wir